Dienstag, 2. Oktober 1984 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 231 - 40. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kontakte: Das vitale Interesse Japans an den westlichen Bemühungen zu weltweiter Friedenssicherung hat der japanische Verteidigungsminister Yuko Kurihara in seinen Bonner Gesprächen mit seinem Amtskollegen Manfred Wörner unterstrichen. (S. 10)

Spionage: Der unter Spionageverdacht verhaftete Abteilungsleiter des Luft- und Raumfahrtunternehmens Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Manfred Rotsch, hat sich nach neuesten Erkenntnissen bereits 1953/54 dem sowjetischen Nachrichtendienst KGB zur Mitarbeit verpflichtet. (S. 10)

Jugend: Bundestagspräsident Rainer Barzel hat über 500 Jugendliche aus allen Teilen der Bundesrepublik zum Besuch des Deutschen Bundestags eingeladen. Sie sollen an einer Plenarsitzung teilnehmen und Parlamentsarbeit kennenlernen.

Kritik: Massiv hat die polnische Presse die Forderung der katholischen Bischöfe in der Bundesrepublik zurückgewiesen, in den ehemals deutschen Gebieten Polens deutschsprachige Messen zu lesen. Die Zeitungen sprachen von „revisionistischen Tendenzen" und der „angeblichen Existenz" einer deutschen Minderheit.

Hochschule: Die erste private Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung hat in Koblenz ihren Semesterbetrieb mit 48 Studenten aufgenommen. 21 Dozenten lehren in den Fächern Betriebswirtschaft/Marketing und Industriebetriebslehre. (S. 5)

Offensive: Die iranische Armee plant offensichtlich im Krieg gegen Irak eine neue große Offensive. An der Südfront sollen mindestens 20 Divisionen zusammengezogen worden sein.

Europa: Bundesfinanzminister Stoltenberg ist verärgert über den schleppenden Verlauf der EG-Beratungen. Wenn in der Frage der Haushaltsdisziplin keine Fortschritte erzielt würden, werde er weder einem EG-Nachtragsetat für dieses Jahr noch einem Haushaltsentwurf für 1985 zustimmen, drohte er.

Dialog: Die Bundesregierung hat die Gespräche der amerikanischen Regierung mit Moskaus Außenminister Gromyko positiv bewertet. Bonn hofft auf eine möglichst rasche Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche. Auch US-Außenminister Shultz zeigt sich vorsichtig optimistisch: Die Chancen für einen künftigen konstruktiven Dialog nach einem Wahlsieg von Reagan seien nicht schlecht.

ZITAT DES TAGES



„Eine Partei kann schlecht gewinnen, wenn einige auf das eigene Tor schießen und andere uninteressiert auf die Zuschauertribüne gehen"

CDU-Generalsekretär Geißler nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen FOTO: AP

WIRTSCHAFT

Schiffahrt: Ein Auftrag zum bisher größten Umbau in der Geschichte der Handelsschiffahrt ist nach Hamburg gegangen. Die Howaldtswerke erneuern den einstigen amerikanischen Luxus-Liner „United States" – ein Auftrag über 400 Millionen Mark.

Video: Japan will seine Ausfuhr von Videorekordern in die Europäische Gemeinschaft gegenüber der ursprünglich gesetzten Quote von 3,95 Millionen Geräten um zehn Prozent kürzen. Offensichtlich soll damit der Rückgang der Einzelverkaufspreise gebremst werden.

Erholung: Zu hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse – so warnt die Bank von England – könnten den Erholungsprozeß in Großbritannien gefährden. Die Bekämpfung der Inflation sei bislang erfolgreicher gewesen als angenommen. Die Rate lag im August bei fünf Prozent, auf Jahresbasis gerechnet.

Börse: Das Ergebnis der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen blieb an den Aktienmärkten ohne Wirkung. Die Kurse erwiesen sich als widerstandsfähig. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 155,6 (155,1). Dollarmittelkurs 3,0315 (3,0253) Mark. Goldpreis pro Feinunze 345,40 (343,75) Dollar.

KULTUR

Märchen: Rotkäppchen wird zum akustischen Comic auf der Kassette – ein Knopfdruck ersetzt die erzählenden Eltern. Diese Klage auf der Tagung der „Europäischen Märchengesellschaft" korrespondiert mit der dringenden Bitte: Die Eltern sollten wieder selbst Märchen erzählen. (S. 19)

Neuer Glanz: Nach dreijähriger Renovierung ist das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg mit einer Inszenierung von Lessings „Minna von Barnhelm" wieder eröffnet worden. Intendant Rudolph euphorisch: „Uns allen ist ein herrliches Haus wiedergegeben."

SPORT

Fußball: Das Deutsche Fernsehen berichtet am Mittwoch in seiner Sendung ARD-Sport-extra zeitversetzt von 22.30 Uhr bis 24.00 Uhr über die Europapokalspiele mit Beteiligung der sechs Bundesligaklubs.

Motorsport: Die Verhandlungen des Formel-I-Rennfahrers Niki Lauda mit Ferrari und Renault sind gescheitert. Wahrscheinlich wird der Österreicher auch in der nächsten Saison bei McLaren fahren. (S. 17)

AUS ALLER WELT

Sekten: Initiativen betroffener Eltern machen Front gegen das Sektenunwesen, gegen „Religionsfirmen", die Einsamkeitsgefühle und Verlassenheit junger Menschen schamlos ausnutzen. (S. 20)

Infusionen: Vier Babys sind auf der Intensivstation eines Krankenhauses in Villach (Österreich) gestorben, nachdem ihnen falsche Infusionen verabreicht worden waren. Die Flaschen enthielten eine Kochsalzlösung statt Glucose, sie waren von den Pharmazeuten im Krankenhaus falsch ausgezeichnet worden.

Wetter: Schauer. Zwischen 14 und 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl setzt weiter auf die FDP. Deutliche Mahnung an Strauß

Kanzler spricht von „Schlappe" in Nordrhein-Westfalen / Kritik an Worms

F. DIEDERICHS/DW. **Berlin**

Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Kohl hat klargemacht, daß er, ungeachtet aller Kritik von seiten der Schwesterpartei CSU, an seinem Kurs festhalten werde, auch künftig zusammen mit einem Koalitionspartner – gemeint ist die FDP – zu regieren. Einen Tag nach dem für die CDU enttäuschenden Ausgang der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen sagte Kohl vor dem CDU-Bundesausschuß, deutlich an die Adresse der CSU gerichtet, er werde keine Ratschläge befolgen, die ihm keinen Partner in Bonn, Berlin, dem Saarland oder Nordrhein-Westfalen belassen würden. In den Strategiediskussionen der CSU spielt die Forderung eine große Rolle, die Anstrengungen zu verstärken, damit die Union nach der Bundestagswahl 1987 allein die Regierung stellen könne. Daß die Partei „einen Koalitionspartner" brauche, habe sich gerade in Nordrhein-Westfalen herausgestellt, hob der Kanzler hervor.

Kohl räumte vor den Delegierten des Bundesausschusses, des obersten Beschlußgremiums zwischen den Parteitagen, ein, daß die Partei „eine Schlappe" erlitten habe. „Wir dürfen nicht drumherum reden, sondern sollten klar sagen, daß das Ergebnis für uns nicht befriedigend ist", sagte der Kanzler und CDU-Vorsitzende. „Eine Summe von Gründen" sei dafür zu nennen, die auch im Bereich der Bundespolitik gesucht werden müßten. Ohne den CSU-Vorsitzenden Strauß beim Namen zu nennen, meinte Kohl, auch „die bayerischen Vorschläge am Vorabend der Wahl" seien „alles andere als günstig gewesen". Strauß hatte am Wochenende Kritik an der Darstellung und auch an inhaltlichen Fragen der Bonner Regierungsarbeit öffentlich vorgetragen. Mit Interesse wurde vermerkt, daß Kohl aber auch die CDU in Nordrhein-Westfalen aufforderte, eine Antwort auf die Frage zu suchen, ob von ihr ein Bild der Geschlossenheit habe vermittelt werden können. Bei einem Stimmenverlust von 4,1 Prozent gebe es „keinen Grund, zufrieden zu sein". Der Kanzler war bisher dafür bekannt, daß er die Politik des rheinischen CDU-Landeschefs Bernhard Worms ausdrücklich stützte. Vorsichtig auf Distanz zur Politik von Worms war vor Kohl der westfälische Landesvorsitzende Professor Kurt Biedenkopf gegangen. Die Union in Nordrhein-Westfalen, formulierte er in einem Gespräch mit der WELT, „muß mehr inhaltliche Politik machen, ehrgeizige politische Ziele formulieren. Es müssen Ziele sein, die in den Augen einer Mehrheit der Bürger das Zeug in sich haben, die Probleme auch gerade im Revier wirklich zu lösen". Biedenkopf sprach von einem „Defizit", das es aufzuarbeiten gelte, aber auch von einem „Erläuterungs- und Darstellungsdefizit der Politik in Bonn".

An diesem Punkt traf sich Biedenkopfs Kritik mit der des Kanzlers. Auch Kohl meinte, es sei nicht gelungen, die Erfolge der Regierung dem Wähler ausreichend zu vermitteln: „Die Tatsache, daß wir die Renten gesichert haben und sich die Ausbildungsplatzsituation erheblich verbessert hat, ist beim Wähler noch nicht rübergekommen." Der Regierungschef räumte aber auch ein, daß auf einigen Feldern „wegen des großen sachlichen Stresses Erfolge noch ausstehen". Die Partei habe eine Wende eingeleitet und Beachtliches erreicht. Kohl: „Wir haben auf diesem Weg aber auch Blessuren erlitten, und da spreche ich von dem gestrigen Wahltag."

● Fortsetzung Seite 10

SEITE 2: Lust, Laune und Lähmung
SEITE 4: Weitere Berichte
SEITE 11: Verluste bleiben aus

Polen: Furcht vor Verbannung wächst

Spekulationen um Aufnahmeländer / Walesa verwahrt sich gegen Vorwürfe des Regimes

DW. **Warschau**

In Polen wachsen die Zweifel an der regierungsamtlichen Version, daß der Plan einer „Verbannung" von prominenten Regimekritikern über das Stadium der „Überlegung" noch nicht hinausgekommen ist. Wie es heißt, hat der „Ausschuß für Recht und öffentliche Ordnung" des Warschauer Regimes unter dem Vorsitz von Innenminister General Czeslaw Kiszczak mehrere Varianten solcher „Ausbürgerungen auf Zeit" bereits durchgespielt.

Als Zielländer werden in Kirchenkreisen Libyen, Kuba, die Mongolei und auch der NATO-Mitgliedsstaat Griechenland genannt. Zu Libyen und Kuba unterhält Warschau vor allem auf militärischem Gebiet – und hier insbesondere im Ausbildungswesen – enge Kontakte. Griechenland ist aus mehreren Gründen im Gespräch: Zum einen gibt es persönliche Verbindungen zwischen Ministerpräsident Papandreou und General Jaruzelski, zum anderen könnte die KP Griechenlands eine Mittlerrolle spielen. Das ZK der KP Griechenlands hatte nach dem verlorenen Bürgerkrieg bis zur Wiederzulassung der Partei in der Heimat seinen Sitz in Warschau. Im polnischen Parteiapparat sitzen noch heute zahlreiche Funktionäre griechischer Herkunft.

Zu den von einer möglichen Verbannung betroffenen Personen gehört Arbeiterführer Lech Walesa. Er verwahrte sich gestern gegen die These des Regimes, daß die von ihm geführte „Solidarität" nach der politischen Macht gestrebt habe.

Aus Anlaß der Verleihung eines Friedenspreises, den die Kopenhagener Zeitung „Politiken" und das Stockholmer Blatt „Dagens Nyheter" gestiftet haben, an zwei Südafrikanerinnen schrieb Walesa in einem in Kopenhagen veröffentlichten Artikel: „Unsere Organisation war sehr jung und unsere Aussagen nicht immer exakt und konkret genug. Mitunter haben wir uns auch fahrlässig und schlecht ausgedrückt. Zum Beispiel, als wir das polnische Wahlsystem kritisierten." Er räumt auch ein, daß die „Solidarität" keine Garantie für eine bessere Machtausübung sei.

„Deshalb sage ich allen denkenden Menschen mit aller Kraft, die ich aufbringen kann: Wir wollen nicht die Regierungsmacht übernehmen. Wonach wir streben ist, in der Gesellschaft solche demokratischen Strukturen aufzubauen, daß jede Regierung, gleich wie sie gebildet wurde, gezwungen wird, diese zu respektieren."

Walesa betont auch, daß Freiheit in verschiedenen Situationen etwas anderes bedeuten könne.

Der „Freiheitspreis" ist der südafrikanischen Parlamentsabgeordneten Helen Suzman und Winnie Mandela, der Frau des seit 23 Jahren inhaftierten schwarzen Bürgerrechtskämpfers Nelson Mandela, verliehen worden. 1983 war Walesa ausgezeichnet worden.

Malta: Kirche protestiert mit Schulsperre

Sie wendet sich gegen repressive Bildungspolitik der Regierung / Kampf um Schulmonopol

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

In dem sozialistisch regierten Inselstaat Malta hat sich der seit Jahren andauernde „Kulturkampf" zwischen der Labour-Regierung und den katholischen Kirche in den vergangenen Tagen gefährlich zugespitzt. Nachdem in der vergangenen Woche randalierende Anhänger der Regierungspartei mit Gewalt in das erzbischöfliche Palais eingedrungen waren und dort Verwüstungen angerichtet hatten, blieben gestern auf Anweisung des Erzbischofs Mercieca alle 70 katholischen Privatschulen aus Protest gegen die repressive Schulpolitik des Labour-Ministerpräsidenten Dom Mintoff geschlossen.

Rund ein Drittel aller maltesischen Schüler wurde dadurch zu Beginn des neuen Schuljahres – mit voller Zustimmung ihrer katholischen Eltern – „ausgesperrt".

Der Erzbischof entschloß sich zu dieser Maßnahme, weil Dom Mintoff in einem persönlichen Gespräch die von der Regierung verfügte Schließung von acht katholischen Privatschulen nicht rückgängig gemacht hatte. Diese Schulen waren mit der Begründung geschlossen worden, sie hätten versäumt, den Anweisungen der staatlichen Schulbehörde nachzukommen und eine Lizenz zu beantragen.

Nach dem neuen maltesischen Schulgesetz bedürfen alle Privatschulen einer solchen Lizenz, deren Vergabe unter anderem davon abhängig gemacht wird, daß sie keinerlei Schulgeld erheben und auch keine Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Mit der Aufforderung an acht der insgesamt 70 katholischen Privatschulen, eine solche Lizenz zu beantragen, hatte die Regierung nach Überzeugung kirchlicher Stellen versucht, das katholische Schulsystem zunächst an einer Stelle aufzubrechen, um es dann später ganz aus den Angeln zu heben. Die Kirche lehnte es ab, die angemahnten Lizenzanträge zu stellen. Als die Schulen daraufhin geschlossen wurden, griff sie aus Protest zum Mittel der Generalaussperrung.

In der Schulfrage geht es Mintoff und seiner Regierung, wie sie behaupten, ausschließlich darum, den ärmeren Volksschichten Chancengleichheit durch generelle Schulgeldfreiheit zu verschaffen. Nach Überzeugung kirchlicher Stellen möchte sich die Regierung jedoch aus ideologischen Gründen das Schulmonopol sichern. Darauf deutet auch eine Äußerung des Mintoff-„Kronprinzen" Carmelo Mifsud-Bonnici hin. Der stellvertretende Premier bezeichnete dieser Tage das katholische Schulsystem als „reaktionär" und erklärte, die Regierung könne sich gar nicht erlauben, in dieser Auseinandersetzung mit der Kirche zu unterliegen.

Sikh-Extremisten stürmten Tempel von Amritsar

DW. **Amritsar**

Zwei Tage nach der Übergabe des Tempels von Amritsar an die höchsten Priester der Sikh-Religion durch die indische Armee haben gestern extremistische Sikhs den „Akal Takht", den heiligsten Bezirk des Tempels, gestürmt. Nach Angaben der Nachrichtenagentur UNI wurden gegen die Anhänger des am 6. Juni beim Sturm der Armee auf den Tempel getöteten Extremistenführers Sant Jarnail Singh Bhindranwale bewaffnete Polizei und Mitglieder einer Sondertruppe eingesetzt. Sie waren von den Sikh-Führern zu Hilfe gerufen worden. Die Regierung hatte den Tempel unter der Bedingung an die Priester zurückgegeben, daß den Extremisten der Zugang verwehrt bliebe. Der Tempel von Amritsar war etwa zwei Jahre lang Kommandozentrale der Extremisten für Terroranschläge im Punjab gewesen.

Seite 3: Der ruhmlose Abgang

Kellner und Köche demonstrieren für ihren Wies'n-Wirt

dpa, **München**

Mehr als 100 Kellnerinnen, Köche, Küchenhilfen und Musiker des Wies'n-Wirtes Richard Süßmeier haben gestern vor dem Münchner Rathaus für ihren Arbeitgeber demonstriert. Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) empfing sie zu einem Gespräch. Eine Sprecherin sagte, viele Frauen seien auf ihren Arbeitsplatz bei Süßmeier angewiesen, da ihre Männer arbeitslos seien. Rund 220 Mitarbeiter wären von einem Entzug der Konzession betroffen. Das Personal forderte Kronawitter auf, die Entscheidung bis zum Wochenende zu verschieben. Süßmeier war am Sonntag wegen Verstößen gegen das Ausländergesetz die Konzession für sein Oktoberfestzelt entzogen worden. Das Münchener Verwaltungsgericht hat die Verfügung der Stadt inzwischen bestätigt.

Spitzengespräch Kohl–Strauß zur Agrarpolitik

rtr, **München**

Bundeskanzler Helmut Kohl und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß wollen sich nach Angaben von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle in den nächsten vier Wochen in Bonn zu einem Spitzengespräch über die Agrarpolitik und mögliche weitere Hilfen für die deutschen Bauern treffen. An dieser Begegnung sollten auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und die zuständigen Fachminister teilnehmen, sagte Kiechle gestern.

Im Gespräch sind nach seinen Worten eine Verbesserung der Bergbauernhilfe sowie gezielte soziale Hilfen für Klein- und Mittelbauern zum Ausgleich für die EG-Agrarbeschlüsse. Während die Bundesregierung für die Bergbauern bisher 50 Millionen Mark vorgesehen habe, sei die bayerische „Wunschgröße" 150 Millionen Mark.

DER KOMMENTAR

Dengs Parade

JÜRGEN LIMINSKI

Es ist keineswegs chinesische Donquichotterie, wenn Peking erstmals seit 25 Jahren mittels einer Militärparade Abschreckungskraft und Stärke demonstriert. Zwei neue Typen von Interkontinentalraketen aus rein chinesischer Fertigung stellen zwar kein atomares Gleichgewicht zu den Supermächten her. Aber sie unterstreichen das alte Ziel und den Anspruch der Politik Pekings, die bipolare Welt von Jalta zu sprengen.

China ist keine aggressive Macht. Das riesige Reich ruht in sich, genügsam, defensiv, aber auch immer bereit, jedem Angreifer die Stirn zu bieten und ihm offensiv zu begegnen: in Indien 1962, in Vietnam 1979. Für Peking ist Rußland heute die imperialistische Macht par excellence, vor der selbst die Solidarkraft des Sozialismus zurückweicht. Denn Sowjetrußland besteht manu militare auf der Gleichung von Jalta. Das ist der Unterschied zu Amerika und der Grund für den stillen Pakt mit der anderen Macht am gegenüberliegenden Ufer des Pazifiks.

Von dort geht, bei aller „kapitalistischen Dekadenz", nach Pekings Meinung keine militärisch-aggressive Gefahr aus. China ist kein asiatisches NATO-Land, wie der ehemalige US-Botschafter in Tokio, Mansfield, zu betonen pflegt. Unabhängigkeit und Unantastbarkeit der Souveränität bleiben oberste Maxime der chinesischen Außenpolitik. Das hat ihr auf der Weltbühne schon viel Applaus eingebracht, besonders in der Dritten Welt, zu deren Wortführer China gerne avancieren würde. Die Länder der Dritten Welt aber sind ein zu heterogenes Ensemble, als daß man damit konsequente Politik im Sinne einer dritten Kraft betreiben könnte. Deshalb sind Dengs Worte von der Öffnung seines Riesenreichs auf der Basis der Stärke wohl auch an Westeuropa gerichtet.

Dengs Botschaft zum 35. Jahrestag der Staatsgründung ist für den Westen beruhigend. Sie bedeutet die Fortsetzung einer unabhängigen Politik – und die Stärkung einer Hoffnung, die auch andere vergleichbare Mächte beim Thema Jalta hegen.

Peking: Zum Jubiläum Aufruf zur Einheit

DW. **Peking**

Die „Pekinger Volkszeitung" hat die Regierung Taiwans aufgerufen, sich unverzüglich zu Gesprächen über eine Wiedervereinigung Chinas bereit zu erklären. In einem Leitartikel zum 35. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik heißt es weiter, es gäbe keine Gründe mehr, die gegen eine solche Rückkehr der Insel zum chinesischen Mutterland sprechen würden.

Gleichzeitig begrüßte das Pekinger Parteiorgan die Bewohner von Hongkong, die noch vor der Jahrhundertwende wieder zur „alten Heimat" zurückfinden werden. Als wichtigste Aufgaben der unmittelbaren Zukunft nannte das Blatt die Modernisierung des Landes und die Schaffung eines „chinesischen Sozialismus", der den Realitäten Chinas entspreche.

Mit einer großen Militärparade feierte Peking offiziell den 35. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China. Der einflußreichste Politiker der chinesischen Führung und Vorsitzender des Verteidigungsrates, Deng Xiaoping, bekräftigte aus diesem Anlaß die außenpolitische Öffnung Chinas und die Forderung nach friedlicher Wiedervereinigung mit Taiwan.

Bei der ersten Militärparade in China seit 25 Jahren wurden erstmals zwei neue Raketentypen gezeigt, darunter eine Interkontinentalrakete vom Typ CSS-3 mit einer Reichweite von 8000 Kilometern. Deng, Parteichef Hu Yaobang und Ministerpräsident Zhao Ziyang nahmen die Parade am Tor zum Platz des Himmlischen Friedens ab.

Seite 3: Wo Mao den Sieg vollendete

Mubarak nimmt Preiserhöhungen zurück

PMR./DW. **Kairo**

Nach schweren Unruhen in Kfar el Dauwar, einem Industrievorort der Stadt Alexandria, hat Ägyptens Staatspräsident Hosni Mubarak angeordnet, Preiserhöhungen für bestimmte Nahrungsmittel zurückzunehmen und Anweisung zu erteilen, daß Brot in guter Qualität ausreichend angeboten werde. Die Entscheidung Mubaraks wurde von der staatlichen Nachrichtenagentur MENA gemeldet.

Bei den Ausschreitungen gab es mindestens drei Tote und 20 Verletzte. Mehr als 3000 Demonstranten forderten Preissenkungen für Brot, Mehl und Zigaretten und griffen anschließend öffentliche Gebäude und Fahrzeuge an. Die Polizei ging mit Warnschüssen und Tränengas vor. Etwa 50 Personen wurden festgenommen.

Die Regierung machte für die Unruhen „Linksradikale" verantwortlich. Es waren die schwersten Unruhen seit dem „Brot-Aufstand" im Januar 1977, als der damalige Präsident Sadat die Subventionen für Grundnahrungsmittel streichen wollte. Der Preis für ein Fladenbrot wurde am Wochenende auf etwa fünf Pfennig verdoppelt. Auch die Preise für Mehl und Zigaretten wurden erhöht. Die Weltbank fordert seit langem ein Ende der Subventionen. Aus politischen Gründen ist Kairo jedoch dazu nicht bereit.

Die Ernährung der fast 50 Millionen Ägypter wird vor allem durch ausländische Lebensmittelhilfe gesichert. Jedes zweite Brot wird aus US- oder EG-Weizen gebacken.

„Ich habe meine Familie sieben Jahre nicht gesehen"

Sportler aus „DDR" seit sechs Wochen im Hungerstreik

sid. **München**

Der Hungerstreik von sechs aus der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland geflohenen Trainern und Sportärzten für die Zusammenführung ihrer Familien geht auch in der sechsten Woche weiter. Nach der in innerdeutschen Menschenrechtsfragen engagierten Autorin Brigitte Klump und Ruder-Bundestrainer Richard Wecke verweigert seit Samstag der in Bochum als Leichtathletik-Trainer arbeitende Peter Hunold die Nahrungsaufnahme.

In einem Interview mit dem „Deutschlandfunk" forderte Wecke die Bundesregierung auf, „sich mehr als bisher in diesen Fällen zu engagieren". Bei zwei Volleyballveranstaltungen seien Unterschriftenaktionen gestartet worden.

„Seit sieben Jahren habe ich meine Frau und meinen Sohn nicht mehr gesehen", berichtete der Trainer. Nach Darstellung von Wecke sind bisher alle Versuche fehlgeschlagen, auf diplomatischem Weg über die Bundesregierung oder die Vereinten Nationen die Familienzusammenführung zu erreichen. Der 43jährige Wecke war Cheftrainer der erfolgreichen „DDR"-Frauen, als er sich bei den Weltmeisterschaften 1977 in Amsterdam absetzte. Er betreute ein Jahr später den Ruderer Peter Michael Kolbe, der in Neuseeland die Weltmeisterschaft gewann. Nach seiner Flucht wurde der Sohn nicht zum Abitur zugelassen, er hatte auch keine Möglichkeit, eine Lehrstelle zu bekommen.

„Das ist nichts anderes als eine Abschreckungsmaßnahme", sagte die Autorin Brigitte Klump zu den nicht stattgegebenen Anträgen auf Familienzusammenführung. Die „DDR" habe bis heute nicht die von ihr übernommenen Verpflichtungen als Mitglied der UNO erfüllt.

„Fortgesetzt wird damit seit 1977 Sippenhaftung betrieben", meinte Frau Klump. Ihre Arbeit hat dazu beigetragen, daß bisher vor der Menschenrechtskommission der UN über 300 Verfahren eingeleitet wurden.

Den Weg über die Medien sieht Frau Klump als ihre einzige Chance.


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ende des Basken-Asyls

Von August Graf Kageneck

Die französische Regierung hat die Nerven behalten und die Entwicklung hat ihr recht gegeben. Mit der Auslieferung dreier baskischer ETA-Terroristen, von der französischen Justiz des mehrfachen Mordes an spanischen Polizisten und Zivilgardisten überführt, riskierte sie und riskiert noch Repressalien gegen französisches Eigentum auf spanischem Boden durch die baskische Terrororganisation. Aber sie weiß zweierlei: Ihr „Dossier" ist solide und die ETA-Desperados kämpfen auf verlorenem Posten.

Diesseits und jenseits der Pyrenäen hat sich die Bevölkerung von ihrem illusorischen Ziel abgewandt, durch Mord und Totschlag die Unabhängigkeit ihres Landes zu erkämpfen. Paris hat sich in seiner politischen und juristischen Entscheidung von zwei Prinzipien leiten lassen: Der Zweck heiligt nicht alle Mittel, und Terrorakte in einem demokratisch regierten Land können nicht als Mittel des politischen Kampfes gelten.

Schon 1978 hatte die damalige bürgerliche Regierung Frankreichs im Fall Croissant ähnlich entschieden und den Baader-Anwalt an die demokratisch regierte Bundesrepublik ausgeliefert. Daß die französischen Sozialisten ihrem spanischen Parteifreund Felipe González mit der Auslieferung der drei Basken ein politisches Reifezeugnis ausstellen konnten, hat die Proteste gegen die Aufgabe des geheiligten Prinzips des „Asyls für alle" zum Schweigen gebracht.

Paris hat die Basken an die Regierung, nicht an die Polizei ausgeliefert, die Rache für die Morde an Hunderten von Kameraden üben könnte. Und es hat eine Reihe von Garantien für einen fairen Prozeß an die Auslieferung gebunden, die beiderseits der Grenze Rechtsgeschichte machen werden. Die Terroristen aber (ein weiterer befindet sich seit dem Wochenende in französischer Haft und sieht einem ähnlichen Schicksal entgegen) wissen jetzt ebenfalls zweierlei: Es gibt für sie keine rettende Insel mehr. Aber sie können, falls sie sich ergeben sollten, auf korrekte Behandlung rechnen.

Ein Don verströmt sich

Von Friedrich Meichsner

Die Mafia hat einen schweren Schlag erlitten. Ihr sakrosankter Schweigekodex der „Omertà" ist durchbrochen worden. Und zwar nicht etwa von irgendeinem kleinen Wasserträger, sondern von einem der „pezzi da novanta", der „Paten". Tommaso Buscetta, ein echter „Don" der sizilianisch-amerikanischen Verbrecherwelt, hat die eiserne Regel verletzt, daß ein Mafioso nichts sieht und nichts hört, und daß er, wenn er schon sieht und hört, auf keinen Fall spricht.

Vieles von dem, was Buscetta an seinem geheim gehaltenen Haftort dem Ermittlungsrichter ausgeplaudert hat, hört sich sensationell an. Der nicht mehr stille Don enthüllte nicht nur die Hintergründe vieler Verbrechen, darunter der Ermordung des Carabinieri-Generals Dalla Chiesa, die angeblich das Werk eines Killers von der Mafia-Familie Santa Paola in Catania war. Er lieferte den Justizbehörden auch einen regelrechten Mafia-Atlas von Palermo und beschrieb im Detail die Aufteilung der Stadt in zehn Zonen, über die jeweils eine Familie herrscht. Er nannte Roß und Reiter, was zu der Massenverhaftung in der Nacht zum Samstag führte.

Ist der Staatsmacht damit im Kampf gegen die Mafia der entscheidende Durchbruch gelungen? Die Hoffnung, daß dem so sein möge, ist in Italien weit verbreitet. Manches an den Aussagen des so plötzlich alle „Omertà"-Ufer sprengenden Don scheint freilich geeignet, allzu große Euphorie zu dämpfen.

Zunächst ist Buscettas Motiv ganz offensichtlich nicht Reue, wie etwa bei den umgefallenen Rotbrigadisten, die mit ihren Geständnissen dieser Terrororganisation das Rückgrat brachen, sondern Rache. Rache an den siegreichen Familien, die seinen Einflußbereich beschnitten und seine eigene Familie durch eine Serie von Morden dezimiert haben. Seine Aussagen müssen unter diesem Gesichtspunkt als zielgerichtet gewertet werden. Soweit bekannt ist, enthalten sie auch keinerlei klare Hinweise auf die dritte Mafia-Dimension der politischen Protektion.

Und schließlich: Die eigentliche Stärke der Mafia war seit eh und je weniger ihre Organisation als die sie stützende Mentalität. Ob diese wirklich durch einen Mann – und sei er selbst ein Don – aufgebrochen werden kann, muß sich wohl erst noch erweisen.

Modell-Prozeß

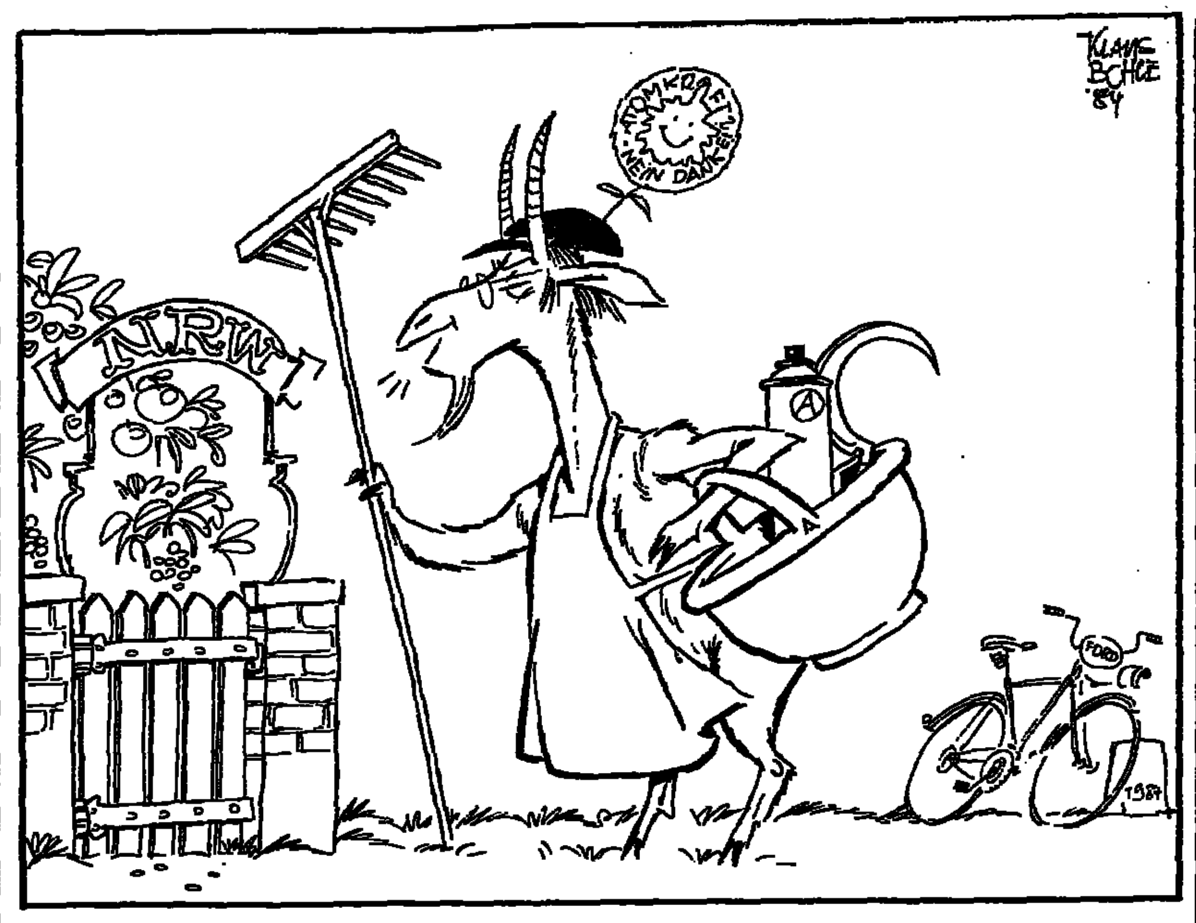
Von Enno v. Loewenstern

Ein richtungweisendes Urteil des Verwaltungsgerichts Münster hat festgestellt, daß Modellflugzeuge keine Luftfahrzeuge im strengen Rechtssinne sind. Der Fall war sozusagen als Versuchsballon von einem Modellfliegerverein gestartet worden, der die Anerkennung seiner ferngelenkten Flugobjekte als gleichwertig mit Düsenjägern der Bundeswehr durchsetzen wollte.

Oder vielmehr: Das Gericht sollte sogar bestätigen, daß Modellflugzeuge gegenüber Bundeswehrmaschinen den Vortritt haben, nach dem Grundsatz der Luft- und Schiffahrt, daß der Stärkere dem Schwächeren Platz zu machen habe. Und daß demzufolge nicht der Modellflugverein sich nach den Flugzeiten der Bundeswehr zu richten habe, sondern umgekehrt. Das Gericht konnte sich dazu nicht durchringen.

Freilich – wer ist stärker? David hat bekanntlich Goliath zu Fall gebracht, und zwar auch und gerade im Wege des Flugobjekts. Düsenflugzeuge könnten womöglich zu Fall kommen, wenn Trümmer von Modellflugzeugen sich in ihren Triebwerken verheddern. Die Regelung zur See besagt im Grunde, daß der Manövrierfähigere Platz zu machen habe, etwa: der Dampfer dem Segelschiff. Ein Düsenflugzeug ist im Tiefflug nicht sonderlich manövriergewandt gegenüber kleinen Flugobjekten, die kaum rechtzeitig wahrgenommen werden können.

Bedeutsamer als die Einstufung von Spielzeug als Nicht-Luftfahrzeug dürfte jedoch sein, daß wir weiterhin eine Rechtslage in Deutschland haben, wonach die Bundeswehr wichtiger ist als das gewiß liebenswürdige Hobby eines Modellflugvereins. Man muß dankbar sein. Immerhin haben die Modellflieger doch anscheinend die Rechtsentwicklung bei uns so gedeutet, daß das Verlangen nicht aussichtslos sei, dem privaten Hobby den Vortritt vor der allgemeinen Sicherheit einzuräumen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts klagte soeben über die Prozeßflut, die über den Gerichten und speziell der Karlsruher allerletzten Instanz zusammenschlägt. Wen wundert das in einem Land, wo mündige Bürger solche Klagen einreichen.



„Der neue Gärtner ist da!" KLAUS BÖHLE

Lust, Laune und Lähmung

Von Herbert Kremp

Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen künden von einer folgenreichen Veränderung im deutschen Parteiensystem. Noch nie war die Wahlbeteiligung (65,8 Prozent) so niedrig; die gewohnten Parteien verzeichnen die schlechtesten Ergebnisse seit zwanzig Jahren. Das Potential der Grünen, die als Mehrheitsbrecher, nicht als Mehrheitsbeschaffer auftreten, ist in der Basiswahl des größten deutschen Bundeslandes gegenüber den Europawahlen des Sommers (8 Prozent) weiter gewachsen (8,9), hat sich also stabilisiert. Die Grünen konnten im Unterschied zu den alten Parteien ihre Anhängerschaft voll mobilisieren – ohne große organisierte Anstrengung. Der Begriff Protest erfaßt das Phänomen nicht mehr – „Proteste" sind von Natur kurzlebig –; hier kommt eine dynamische Tendenz zum Ausdruck.

Die ersten Analysen der Parteiführer Rau, Worms und Möllemann waren wenig hilfreich und infolge der tendenziösen und unsoliden Manier des regionalen Fernsehens, die Politiker mit den frühesten, teilweise unzutreffenden Hochrechnungen zu konfrontieren, überdies falsch. Den Sozialdemokraten ist es keineswegs gelungen, der Bundesregierung in Bonn einen rotumrandeten Denkzettel zu präsentieren, wie der Düsseldorfer Regierungschef es gehofft haben mag. Im Gegenteil: Die SPD verlor 2,5 Prozent und kommt in vielen Kreisen und kreisfreien Städten in den Abhängigkeitssog der neuen, organisierter Zusammenarbeit abholden Kraft. Daß sie die CDU um genau 0,3 Prozentpunkte überragt, reißt niemanden vom Stuhl. Die Union hat landesweit schwere, regional massive Verluste zu verzeichnen, und es gab eine Wählerwanderung von ihr zu den Sozialdemokraten. Aber Löcher im Reservoir haben beide, und der Inhalt floß in dieselbe Richtung ab.

Wenn ein Drittel der Wähler sich verweigert, wenn traditionelle Parteien verlieren und eine Grundsatz-Opposition, die dem Staats- und Wirtschaftssystem der Republik offen den Konsens aufkündigt, mehrheitsverändernd einbricht, dann geschieht nicht etwas Alltägliches. Mit den mächtigen, aber normale Tradition verkörpernden freien Wählervereinigungen Baden-Württembergs zum Beispiel kann man die Grünen nicht vergleichen. Die Alternativ-Partei ist eine Bundes-Kraft, und sie profitiert offensichtlich von einem tiefreichenden und weitverbreiteten Überdruß gegen alteingeführte Politiker. Politiker, die durchaus erfolgreich arbeiten und daher (zwangsläufig) fast immer dasselbe reden; die miteinander verbal streiten, um dann Kompromisse auszuhandeln; die das spezifische Erdgewicht der Probleme kennen und deshalb utopistische Capricen meiden. Wenn das der Geist ist, der die Grünen nährt, muß man sich fragen, was mit den Deutschen los ist: Sind sie noch normal, oder wollen sie's wieder einmal ganz anders?

Das heißt sicher nicht, daß die traditionellen Parteien auf Selbstkritik verzichten dürften. Biedenkopf hat ganz recht, wenn er es ablehnt, die Basiswahlen nur als „Ergebnis vor Ort" zu deuten. Umwelt und Technologie, Arbeitslosigkeit und Sparpolitik, kleine und große Affären, Hickhack wie im Fall Buschhaus, Huschhusch wie im Fall der Spendenamnestie spielen eine Rolle, weil sie von zwei Seiten überdimensioniert werden: durch die Darstellungsschwäche der Verantwortlichen – damit ist nicht nur die Bundesregierung gemeint –, die mit der öffentlichen Empfindlichkeit nicht rechnen; und durch einen erheblichen Teil der Medien, die alles tun, um jene gesteigerte Empfindlichkeit zu neurotisieren. Das Katalysatoren-Auto ist ein gutes Beispiel. Endlich packt die Bundesregierung an, was ihre Vorgängerin zehn Jahre lang verschlafen hat. Ins Bewußtsein der Öffentlichkeit schallt und knallt aber nur die Diskussion über Details der Umsetzung, die als Anzeichen von Uneinigkeit und Inkompetenz in der Sache dargestellt wird. Wer wundert sich dann noch über das Gären der allgemeinen Skepsis?



Schwere Verluste zu verzeichnen: CDU-Chef Worms FOTO: DPA

In Wirklichkeit brachten die zwei Jahre Regierung Kohl, die heute abgeschlossen sind, ein ansehnliches Wachstum (trotz politischer Streiks), den Rückgang von Verschuldung und Inflation, ein Stagnieren zumindest der Arbeitslosigkeit und eine nach Daten und Atmosphäre gerechnet verbesserte Position der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis. Davon wird aber im Regierungslager selber zu wenig gesprochen. Dort wackelt immer nur die Wand. Man ist froh, wenn die Manöver-Störungen „nur Millionen" kosten, so, als handle es sich bei Gewalt (vornehmlich) gegen Sachen im Grunde um eine recht vernünftige Selbstbescheidung der Protestierenden. Geistig-moralische Führung ist das nicht. Der Eindruck gegenüber Gutwilligen wie gegenüber Böswilligen tendiert gleichermaßen nach Null. Die Regierung und die Opposition, soweit sie von den traditionellen Parteien gestellt werden, schweigen oder giften einander an. Das fördert nicht den Konsens und die Zustimmung im Volk.

Die Gefahr, daß irrationale und unberechenbare Kräfte, die sich einfach frisch und „engagiert" geben, die alten Dreadnoughts, die etwas unbeweglichen Schlachtschiffe der alten Parteien, aus der Mehrheit manövrieren, besteht nicht erst seit den Kommunalwahlen, wurde durch deren Ergebnis jedoch verstärkt. Ein verbreiteter Mißmut, eine schwer zu erforschende, aber erkennbar in den Seelen nistende Laune und Überdrüssigkeit kommt den Grünen entgegen. Daß sie überall, wo sie Position erlangen, blocken, ohne sinnvolle Lösungen beizusteuern, wird hie und da wie ein lustbringendes Gesellschaftsspiel beobachtet. Die Folgen einer Entscheidungs-Lähmung in Kommunen, in Ländern und womöglich eines Tages im Bund werden zu leicht genommen. Es bedarf wohl noch einiger Erfahrung mit hessischen Zuständen, bis oben und unten der Groschen fällt.

IM GESPRÄCH Paul Lusaka

Gemäßigter aus Sambia

Von Gitta Bauer

Wenn alle fünf Jahre ein Vertreter des dunklen Kontinents die Geschicke der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu leiten hat, kann man mit Sicherheit eine im wahrsten Sinne des Wortes farbige Persönlichkeit erwarten. Denn die meisten afrikanischen Staaten entsenden einen ihrer Besten in die Präsidentschaft der Vollversammlung, dem dann auch eine Zukunft gewiß ist, wie Salim Ahmed Salim, vor fünf Jahren UNO-Präsident und heute Premier von Tansania. Es kann aber auch ein Unbequemer abgeschoben werden, der sich drei Monate lang im New Yorker Rampenlicht der Weltgeschichte produzieren darf, um dann ins Dunkel der Vergessenheit zu tauchen, wie Abdel Aziz Bouteflika, vor zehn Jahren Außenminister Algeriens, nach seiner Präsidentschaft eine Unperson.

Paul J. F. Lusaka, der Ständige Vertreter Sambias bei den Vereinten Nationen, trägt den Namen der Hauptstadt seiner Heimat wie eine Auszeichnung. Er genießt das Vertrauen seines Staatschefs, Kenneth Kaunda, einer der unabhängingen Persönlichkeiten Afrikas, von der gelegentlich Überraschungen zu erwarten sind. Kaundas Emissär, der jetzt den 158 mehr entzweiten als vereinten Nationen präsidiert, ist mit der Weltorganisation vertraut. Seine diplomatischen Sporen verdiente sich der 49jährige Sambier, der politische Geographie in Kanada studiert hatte, als Botschafter Ende der sechziger Jahre in Moskau. Danach vertrat er 1972 und 1973 zum ersten Mal sein Land bei den Vereinten Nationen, um dann zunächst in die Innenpolitik Sambias zurückzukehren. Er diente im Parlament in Lusaka und versah in mehreren Ressorts Ministerämter.

Als Lusaka 1979 zu den Vereinten Nationen zurückkehrte, wurde er rasch Teil des Establishments. Er übernahm die Präsidentschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO und machte sich einen Namen als ein gemäßigter Politiker, dem Konservatismus zugeneigt. Seine Sachkenntnis, seine umgängliche, ausgleichende Art bewies Lusaka auch in seiner



Spezialist für Namibia-Fragen: UNO-Präsident Lusaka FOTO: AP

Amtszeit im Sicherheitsrat, dessen Vorsitz er mehrfach führte. Als Sprecher der afrikanischen Gruppe übernahm er den Vorsitz eines dieser Region besonders am Herzen liegenden Gremiums, des Rates für Namibia. Nach dem Willen der UNO vertritt der Rat die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika als Quasi-Regierung, ohne daß je eines seiner Mitglieder den Fuß auf namibischen Boden gesetzt hätte. In den langjährigen Beratungen über die Zukunft des mineralreichen Territoriums und seiner einen Million Einwohner unternahm Lusakas Chef, Präsident Kaunda, in diesem Jahr einen mutigen Vorstoß, indem er Südafrika und die Guerilla-Organisation Swapo in seiner Hauptstadt an einen Tisch brachte.

Die Verhandlungen sind in zweimaligem Anlauf zunächst steckengeblieben. Paul Lusaka wird – auf der Linie von Kaunda – am Rande der Vollversammlung die Gespräche fortsetzen. Eines allerdings ist von ihm nicht zu erwarten: Daß er als Präsident den von seinem Vorgänger Bouteflika verhängten Ausschluß Südafrikas von den Verhandlungen der Vollversammlung rückgängig macht. Auch diese, die 39. Vollversammlung, wird unter der Führung eines Schwarzafrikaners den Grundsatz „audiatur et altera pars" mißachten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die NRW-Kommunalwahlen beschäftigen Zeitungen quer durch die Bundesrepublik:

Frankfurter Allgemeine

Die Bundesregierung und die sie stützenden Parteien machen einen Fehler, wenn sie in den nächsten Monaten alles aus ängstlichem Rückblick und vorsichtigem Ausblick auf die nächste Regionalwahl zurückstellten.

Hannoversche Allgemeine

Überraschend ist an dem Ausgang der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen weniger der hohe Stimmenanteil der Grünen als vielmehr die Tatsache, daß zum ersten Mal seit zwanzig Jahren die Sozialdemokraten die CDU überflügelt haben. Dies wird der Partei für die Landtagswahl im kommenden Jahr Auftrieb geben, während die CDU dadurch eher in die Resignation getrieben wird.

Münchner Merkur

Weder die Schelte aus Bayern noch die CDU-Schlappe an Rhein und Ruhr werden Helmut Kohl aus dem Gleichgewicht bringen. Der Kanzler ist von sich und seiner Politik so überzeugt, daß er glaubt und das auch allen Ernstes ausspricht, er könne und werde die Bundestagswahl 1987 im Alleingang mit absoluter Mehrheit gewinnen. Ist das nun Selbstbewußtsein? Selbsttäuschung? Realitätsmangel? Oder ganz einfach die Auswirkung eines Beratergremiums Dritter Klasse?

WESTFALEN-BLATT

Das diesmal gänzlich Neue ist der Tatbestand des praktisch landesweiten Einzugs der Grün-Bunten in die Stadt- und Gemeindeparlamente. Diese Entwicklung hat mithin System bekommen, und die traditionellen demokratischen Parteien werden nun selbst am besten wissen, wo sie den Gegenhebel ansetzen müssen. **(Bielefeld)**

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Bemerkenswert ist vor allem das Ergebnis im Ruhrgebiet. Es hat sich weiterhin als politisch stabil erwiesen. Die roten Rathäuser in den großen Städten bleiben in der Hand der SPD. Das hat seinen Grund überwiegend in solider Arbeit der Ratsmehrheiten, doch ein durchgehender Trend half auch einigen schwachen Kandidaten, den Wahltag unbeschadet zu überstehen. **(Essen)**

DARMSTÄDTER ECHO

Helmut Kohl wird sich langsam Gedanken darüber machen müssen, ob die Freien Demokraten ein weiteres Mal als Mehrheitsbeschaffer taugen.

STUTTGARTER ZEITUNG

Die Grünen können zerstritten sein, wie sie wollen – ihre Wähler nehmen ihnen das nicht übel. Die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen hat es wieder bewiesen.

Die Kommunisten schlagen, die Moslembrüder schonen

Überleben ist alles, sagen sich Mubarak und König Hussein / Von Peter M. Ranke

„Der Mann will doch überleben und sein Regime nicht gefährden." So urteilen westliche Diplomaten in Kairo über Präsident Mubarak, nachdem die sofortige Niederschlagung der Brotrevolte im Nildelta und die milden Urteile gegen die islamische Verschwörergruppe „Jihad" bekannt geworden waren. Es gab keine Todesurteile und nur sechsmal lebenslänglich unter den 302 Angeklagten; die meisten wurden freigelassen. Dabei standen sie vor drei Jahren mit den Mördern Sadats in Verbindung und hatten in zweitägigen Kämpfen versucht, die Stadt Assiut zu besetzen.

Während Mubarak mit den Urteilen den islamischen Fundamentalisten Waffenruhe signalisiert, griff die Polizei gegen Aufrührer in der Delta-Stadt Kafr el Dauwar scharf durch. Linksradikale sollen die Unruhen geschürt haben, gab die Regierung noch am Sonntag bekannt. Anlaß sind Preiserhöhungen bei Brot, Mehl und Zigaretten, die einen Abbau der Staatssubventionen einleiten sollen, die in die Milliarden gehen und den Haushalt schon zu einem Viertel belasten. Seit den Hungerunruhen von 1977 weiß Mubarak, daß er gegen linke Aufwiegler strikt vorgehen muß, da es sich bei ihnen im Gegensatz zur breiten fundamentalistischen Bewegung der Moslems um revolutionäre Zellen handelt, die vom Ausland gesteuert werden.

Allerdings sind die linke Arbeiterpartei und die KP-nahe „Progressive Unionspartei" als Parteien offiziell zugelassen und haben in ihren Zeitungen sehr kritische Begleiter des Regimes. Mubarak muß aber vor allen Dingen verhindern, daß sich linke und radikale Moslems gegen ihn verbünden, wie es bei Sadat der Fall war. Daher seine Reaktion, die einen zu schlagen und die anderen zu streicheln.

Keinesfalls ist das übervölkerte Nilland so statisch und ruhig, wie es oberflächlichen Beobachtern erscheint. In dieser Lage kommt außenpolitische Entlastung gelegen. Der Durchbruch Jordaniens, mit dem offiziell noch im Araberlager isolierten Ägypten wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen, wird in Kairo als Freundestat gefeiert. Der Schritt König Husseins hat aber auch wieder die tiefen Spalten und Risse sichtbar gemacht, die die arabische Welt teilen und die vom Westen geforderte „friedliche Gesamtlösung" unmöglich machen.

Was hat König Hussein verbrochen, daß er in Damaskus als „Verräter" beschimpft wird und Zeitungen zum „Volkskampf" gegen ihn aufrufen? Nach Syrien erklärte auch Libyen, man werde keinen neuen Sadat hochkommen lassen, während Sudan die Entscheidung von König Hussein begrüßte. Einmal ist es die Furcht der Syrer (in Israel die Hoffnung), der jordanische König werde ohne und gegen sie den Friedensabmachungen von Camp David 1979 folgen oder mit Kairo zusammen eine eigene Friedensinitiative starten. Zum anderen hat der König, und das ist für die Radikalen noch schlimmer, daran erinnert, daß Jordanien mit Ägypten wie mit Israel durchaus friedlich zusammenleben kann. Hussein hat durch seine charmante Informationsministerin Leila Sharaf sofort erklären lassen, er werde weiter gegen Camp David und für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser kämpfen. Er hat demonstrativ mit PLO-Chef Arafat verhandelt, der von den Guerrilla-Gruppen in Damaskus nicht mehr anerkannt wird. Aber er hat durch die Wiederaufnahme der Beziehungen eben doch zu erkennen gegeben, daß er im Zusammenleben mit Ägypten „Normalität" sucht, so wie Kairo seinerseits mit Israel „normal" zusammenlebt, wenn auch nicht gerade freundlich.

Beide arabischen Länder, Ägypten wie Jordanien, haben zum Ärger der Radikalen eine offene Grenze gegenüber Israel. Ausländische Touristen und Israelis machen Urlaub im ägyptischen Sinai. Jährlich passieren über eine Million Menschen die beiden Jordanbrücken zwischen Israel und Jordanien. Der Warenverkehr dort ist auf 120 Millionen Dollar gestiegen. Ägypten und Jordanien schützen ihre Grenzen gegen PLO-Übergriffe. Die sieben jordanischen Parlamentsabgeordneten vom besetzten Westufer nehmen an Sitzungen in Amman teil, während 3000 israelische Araber in diesem Jahr zum ersten Mal über Jordanien nach Mekka pilgerten. In Bethlehem wurde jüngst ein großer Obst- und Gemüsemarkt eingeweiht, gebaut mit Regierungsgeldern aus USA, Jordanien und Israel.

„Normalität" ersetzt sicherlich keinen Friedensvertrag. Aber daß es sie zwischen den drei Nachbarn Ägypten, Jordanien und Israel in gewissem Maße gibt, daß sie täglich exerziert wird, das darf nach Meinung der Syrer, der Saudis und der Radikalen nicht sein. Das ist „Verrat". Dabei läuft ihnen die Zeit davon, wie König Hussein längst erkannt hat. Auch ohne neue „Friedensinitiativen" des Westens oder der Sowjets und der UNO. Die Gewöhnung an die Macht des Faktischen beweist zunächst, daß man miteinander auskommen muß und kann. Ist das nichts? Die Richtung für spätere Friedensregelungen ist damit gegeben, falls sie dann noch notwendig sind.

Ein Neubeginn in Berlin mit viel Harmonie

Die Berliner Festwochen schlossen mit einem musikalischen Versöhnungsfest. Mit einer Aufführung von Bachs h-Moll-Messe fanden Herbert von Karajan und die Berliner Philharmoniker wieder zusammen. Doch auf den Festwochen geschah – am Rande – noch viel mehr.

Von KLAUS GEITEL

Von hoch oben aus dem schmalen Fenster des Tonstudios der Berliner Philharmonie sieht man wie aus der Vogelperspektive in Scharouns Saal. Der Blick schweift über die Hänge und Terrassen dieser architektonischen Rheinlandschaft, in deren Flußbett sich das Podium der Konzerte erhebt, allseitig von hochstrebenden, jetzt leeren Sitzreihen eingeschlossen.

Es geht gegen Abend. Doch Karajans Probe zur Matthäus-Passion ist noch nicht zu Ende. Die Solisten sind da. Man sieht sie, man hört sie oben im Studio nicht. Man blickt auf sie nieder, die sich unter dem winzigen Taktschlag Karajans unhörbar regen.

Hingehockt auf seinen philharmonischen Barstuhl, halb stehend, halb sitzend, gibt er seine Anweisungen. Er unterbricht, er korrigiert, er beginnt aufs neue. Es ist die sechste Probenstunde des auslaufenden Tages. Baustein zu Baustein wird unermüdlich zur Errichtung des musikalischen Riesengebildes gefügt, das h-Moll-Messe heißt.

Szenenwechsel. Im Restaurant des Hotel Kempinski hat sich nachts um halb elf die neunzigjährige Martha Graham zu Tisch gesetzt. Sie kommt gerade aus der Freien Volksbühne, wo ihre Tanztruppe, mit Rudolf Nurejew als Gast, einen gefeierten Auftritt hinter sich hat. Und beim Verbeugen stand immer, von links und rechts eisern festgehalten, klein und zart Martha Graham, die Uralte, in ihrer Mitte. Ihre jüngste Choreographie brachte sie erst in diesem Frühjahr in New York zur Welt.

„Sie fassen schnell auf, die jungen Tänzer von heute", sagt die Graham. „Sie sind wißbegierig, kenntnisreich, stark im Nachmachen. Sie liefern ab, tadellos, sie tanzen in Reinschrift das Vorgeschriebene."

„Wir beide aber wissen", und sie sieht Nurejew an ihrer Seite an und spricht nur noch zu ihm, „was es heißt, mit dem Körper zu sprechen, mit ihm zu behexen, mit ihm die Neugier auf Neues zu wecken: Star zu sein. Stars kommen nun einmal aus einer anderen Welt."

Sie verstummt. Sie schließt die alten Augen in ihrem bis zum Zerreißen straff gespannten, marmorglatten Gesicht. Nur die schrecklich von Arthrose zerstörten Hände wehen noch: verkrüppelte Äste im Wind.

Eine junge Frau geht durch das Restaurant, ihren kleinen Sohn an der Hand. Es ist jetzt beinahe schon Mitternacht. Aller Augen wenden sich ihr zu. Es ist Pina Bausch.

Nurejew springt auf, küßt sie auf beide Wangen, führt sie zum Tisch. Die alte Graham fährt aus Träumen hoch. „Wer ist das?" – „Das ist Pina Bausch, Martha." Die Graham erhebt sich. Sie läßt den schweren Nerzmantel von den alten Schultern gleiten. Sie schiebt sich hinter dem Tisch hervor. Sie geht auf Pina Bausch zu, die anscheinend Verwirrte. Sie schließt die junge Kollegin weit in die Arme. Das Tanzjahrhundert schlingt sich symbolhaft in einer Umarmung zusammen.

„Ich bin der tanzende Methusalem", kichert Nurejew. Es ist nachts um eins. Selbst Martha ist inzwischen zu Bett gegangen. Für Nurejew allerdings ist noch Tag. Schlafen kann man genug, wenn man tot ist. Bis dahin heißt es tanzen und streunen. In seiner Hotelsuite zieht er sich um. Sein Flugzeug nach Paris geht um acht Uhr. Bis dahin wirft er sich hinaus auf den Kurfürstendamm: ein einsamer Wolf.

„Sie können es drucken. Es ist ein Versprechen, das bindet", sagt Simon Estes, der Wotan im Festwochen-„Rheingold" der Deutschen Oper Berlin. „Wenn ich merke, daß ich nicht mehr singen kann mit allem Reichtum an Stimmkraft, Schönheit und Ausdrucksvermögen, trete ich ab, unwiderruflich." Weiß er, wieviele Versprechen dieser Art die Hotelzimmer Berlins schon gehört haben? Es ist das alte Lied, die Schicksalsmelodie sozusagen, die sich durch die Jahrhunderte spinnt.

Wachablösung der Kunst? Generationenwechsel? Wer tritt schon ab, freiwillig, nichts als das Grab mehr vor Augen. Es ist schließlich für alle Platz in der Kunst. Man lernt von den Alten, man jubelt dem Neuen zu. Ariane Mnouchkines „Théatre du Soleil" spielt Shakespeare in der Deutschlandhalle. Berlin lernt seinen Shakespeare neu auf französisch. Ein anderer Gérard Philippe ist da. Er heißt Georges Bigot und spricht mit wundersam angeheiserter Stimme: ein Wolf, der Kreide gefressen hat. Blumenwerfende Rotkäppchen sammeln sich Abend für Abend in der ersten Reihe zu seinen Füßen. Sie wollen gefressen sein. Doch der Wolf tut ihnen offenbar nicht den Gefallen. Macht nichts; sie kommen Abend für Abend wieder.


Versöhnung in Berlin: Herbert von Karajan auf dem Weg zu Konzertproben mit seinen Berliner Philharmonikern FOTO: DPA

Zwölf Vorstellungen spielen die Franzosen, alle ausverkauft. Man hockt sich den Rücken krumm auf Tribünen. Man sieht den Schauspielern über die Schulter beim Schminken zu. Noch nach Stunden, in der Pause, keilen sich Kartensuchende vor den verschlossenen Türen, um wenigstens zum zweiten Teil noch hineinzukommen.

„Ich weiß gar nicht", sagt Ulrich Eckhardt, der Festwochenchef, „ob die Aufführung der h-Moll-Messe durch die Philharmoniker unter Karajan nun eigentlich schön war oder nicht. Ich war viel zu erschöpft, um noch hinzuhören. Wieviele Monate des Hoffens, der Resignation, der Zusagen und des Widerspruchs. Noch vor wenigen Tagen konnte man durchaus nicht sicher sein, ob sich die Konzerte überhaupt realisieren ließen. Heute abend sah ich nun auf das Podium wie zu einer Fata Morgana hinauf, die sich vor meinen ungläubigen Augen erhob, und hörte Musik. Aber wie und was – danach dürfen Sie in diesem Falle nicht fragen."

Wo Mao den Sieg vollendete, glänzt nun Rivale Deng

China feierte den 35. Jahrestag der Volksrepublik. Seit mehr als zwei Jahrzehnten sah Peking wieder eine Militärparade, in der nun zum ersten Mal Interkontinental-Raketen gezeigt wurden.

Von HEINER KLINGE

Ein riesiges Gewimmel und Gedränge herrschte am Sonntag und Montag vom Morgen bis in die tiefe Nacht im strahlend hell illuminierten Zentrum der chinesischen Hauptstadt. Auf der mehr als hundert Meter breiten Ost/West-Achse wälzten sich riesige Menschenströme aus beiden Richtungen zum Festplatz am „Tor des Himmlischen Friedens", unter dessen weit ausladendem Doppeldach aus glasierten Ziegeln in goldgelber Kaiserfarbe am 1. Oktober 1949 von Mao Zedong die Volksrepublik ausgerufen wurde.

Sein Nachfolger Deng Xiaoping, den der alternde Mao wiederholt aller Führungsämter enthoben und zutiefst gedemütigt hatte, nahm gestern von derselben Stelle aus die Huldigungen einer rigoros auf eine halbe Million gedrosselten Menge von Demonstranten entgegen.

Vierzig Tage nach seinem 80. Geburtstag feierte Deng die durch seinen triumphalen Sieg über die „Vierer-Bande" von Maos Witwe ermöglichten ersten Erfolge seiner pragmatischen Politik auch mit einer imposanten Militärparade, die es in Peking seit mehr als zwei Jahrzehnten nicht gegeben hatte. Vor Beginn der Parade fuhr Deng Xiaoping, der den Vorsitz der Militärkommission der Kommunistischen Partei Chinas innehat, in einem offenen Wagen der in China gebauten Marke „Hongqi" (Rote Fahne) die Front der Ehrenformationen ab und ließ sich vom Befehlshaber der Parade und Kommandeur der Pekinger Militärregion, General Qin Jiwei, Meldung erstatten.

Als die schwarzen Limousinen Dengs und seines Gefolges über die gewölbten weißen Marmorbrücken in das Tor auf der Südseite des Kaiserpalastes eingefahren waren und Deng seinen Platz neben den anderen Mitgliedern der Staats- und Parteiführung wieder eingenommen hatte, marschierten hunderttausend Soldaten aller Waffengattungen sowie Arbeiter- und Bauernmilizen im Stechschritt über den größten Platz der Welt, vorüber an dem immer noch am Tor befestigten Riesenporträt Maos, der über die auf der anderen Seite aufgestellten Konterfeis von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu seinem eigenen Mausoleum hinüberblickt.

Sämtliche in der Parade zur Schau gestellte Rüstung, so hatte General Qin schon am Vorabend betont, sei in China entworfen und produziert worden. Dies gilt für die von olivgrün uniformierten Soldaten mit weißen Handschuhen präsentierten Handfeuerwaffen, für die über den Platz rasselnden Panzer, für die Stalinorgeln und Geschütze ebenso wie für die erstmals gezeigten mehrstufigen Interkontinentalraketen von der Art, wie sie im Oktober 1982 aus dem Reich der Mitte zur Erprobung in den Südpazifik abgefeuert worden waren.

Als nach Raketen kurzer und mittlerer Reichweite diese Langstreckenraketen von schweren Zugmaschinen am Tor des Himmlischen Friedens vorbeigezogen wurden, bemerkte ein offizieller Vertreter Chinas, diese Feuerpfeile (so lautet das chinesische Wort für Raketen) seien geeignet, entweder Satelliten in eine Erdumlaufbahn oder Atomsprengköpfe in ein feindliches Ziel zu schießen. Bei der Parade trugen die Soldaten und Offiziere aller Waffengattungen mit Schirmmützen, Schulterklappen und Rangabzeichen verzierte neue Uniformen, die künftig die schmucklosen Kampfanzüge aus Baumwolle und die Ballonmützen mit dem roten Stern ersetzen sollen.

Nach den Soldaten zogen mehr als 400 000 Demonstranten an der Pekinger Führung und ihrem Gast, Prinz Norodom Sihanouk, vorüber, der als Ministerpräsident der mit China verbündeten und gegen die vietnamesische Okkupation kämpfenden Koalitionsregierung Kambodschas auf einem Ehrenplatz gleich neben Deng stehen durfte. Voller Stolz zeigte dieser dem Prinzen die Formation weißgekleideter Sportler, die bei den Olympischen Spielen so viele Goldmedaillen geholt hatten.

Zahlreiche Festwagen rollten als Symbole des wirtschaftlichen Fortschritts im Massenaufmarsch vorüber: Hier winkte ein Riesenroboter mit einem roten Blumenstrauß, dort drehte sich eine elefantengroße weiße Leghornhenne im Kreise. Scharen fröhlicher Kinder ließen tausende rote, blaue und grüne Luftballons aufsteigen. Auch rote Riesenlampions mit gelben Seidenkordeln schwebten an diesem warmen Pekinger Herbstmorgen in den nur leicht bewölkten blauen Himmel. Tänze und Lieder auf Pekings Straßen und Plätzen sowie ein großartiges Feuerwerk beschlossen den Nationalfeiertag.

In ihren Festreden hatten Deng, der Parteichef Hu Yaobang und andere Mitglieder der Pekinger Führung ihre Entschlossenheit zur Fortsetzung ihrer pragmatischen Politik auf allen Gebieten bekräftigt. Ministerpräsident Zhao Ziyang versicherte, die Öffnung Chinas zur Außenwelt „ist unsere langfristige und grundlegende Staatspolitik". Als ob darüber in der Führung neue Differenzen aufgetaucht seien, betonte der Premier geradezu beschwörend: „Diese Politik wird sich niemals ändern, und sie kann nicht geändert werden."

Als großen außenpolitischen Erfolg feierte Zhao die erst vor wenigen Tagen in Peking erfolgte Paraphierung des Abkommens mit Großbritannien über die Rückgabe Hongkongs an China im Jahre 1997. Er charakterisierte diesen Vorgang als einen „großen Schritt vorwärts in unserer großen Sache der nationalen Wiedervereinigung". Zhao zielte damit auf Taiwan und sprach denn auch vom „gemeinsamen Wunsch all unserer Landsleute auf beiden Seiten der Meerenge von Taiwan, der Trennung Taiwans vom Mutterland bald ein Ende zu bereiten und das Land wieder zu vereinigen".

Der ruhmlose Abgang des Wies'n-Wirts Richard Süßmeier

Man nennt – oder nannte – ihn den Wies'n Napoleon. Heute soll auf Anordnung der Münchner Behörden das Armbrustschützenzelt des Richard Süßmeier geschlossen werden.

Von PETER SCHMALZ

Auf die Wies'n gekommen ist er mit Frechheit; das zumindest meinten die alteingesessenen Bierburg-Barone des Münchner Oktoberfestes, die es sich nicht nehmen lassen, am Eröffnungssamstag in gelackten und gewienerten Kutschen hinter prachtvollen Pferdegespannen herrschaftlichen Einzug zu halten auf der Theresienwiese. Damals, vor 26 Jahren, als Richard Süßmeier seine erste Konzession als Wies'n-Wirt in der Tasche hatte und sich in dem Glücksgefühl sonnen durfte, mit 28 Jahren jüngster dieser Wirte zu sein, da zeigte er den Kollegen und den Münchnern, daß er ob des Erfolgs nicht vor sich selbst in Ehrfurcht erstarrt war und den Humor im Kühlschrank eingesperrt hatte: Hinter der Kutschenparade holperte er im Leiterwagen und ließ sich von zwei Eseln ziehen.

Von der Wies'n gehen wird er nun mit einem Paukenschlag, den eine Lokalzeitung schon als Erdbeben zu spüren vermag, wobei zur Stunde noch ungewiß ist, wie weit die Wellen der behördlich verordneten Erdstöße reichen werden. Immerhin: Erstmals in der 174jährigen Festgeschichte hat die Stadt München noch während der 16 Festtage die Konzession zur Fortführung eines hölzernen Bierpalastes entzogen. „Wir haben", sagte Oberbürgermeister Georg Kronawitter vor Journalisten, „zuvor ausführlich und umfassend Alternativen erörtert, die einen weniger gravierenden Eingriff bedeutet hätten. Sie mußten als nicht angemessen und deshalb nicht vertretbar verworfen werden."

So wird ab heute acht Uhr morgens mit dem Armbrustschützenzelt die erste Bierhalle geschlossen sein, falls nicht in letzter Sekunde der Bayerische Verwaltungsgerichtshof doch noch ein Einsehen mit dem Wirt hat und den sofortigen Konzessionsentzug bis zum Ende des Oktoberfestes am kommenden Sonntag verschiebt.

In seinem Zeltbüro hat der 54jährige, der wegen unübersehbarer Ähnlichkeit mit einem bekannten Korsen nicht ungern auf den Rufnamen „Wies'n-Napoleon" hört, auf einem Zettel den Schlachtplan für sein Waterloo skizziert: „Was ist los? Was ist zu tun? Wie geht es weiter?".

Da fehlt nur noch als erste Frage der Satz: „Wie kam es dazu?" Für Süßmeier ist es keine Frage: „Ich bin ein Opfer der Behörden." Oder kommt man dem Grund näher, wenn man auf Volkes Stimme wie der einer jungen Münchnerin hört, die sagt: „Süßmeier glaubt, durch die Macht, die er hat, kann er sich alles erlauben."

Ob er mächtig ist oder war, darf nach den Vorkommnissen der letzten Tage bezweifelt werden. Erfolgreich war er, und großzügig war er im Umgang mit Freibier, was ihn weithin beliebt machte. Sein Vater war Münchner Gastronom, der Sohn bekommt nach der Hotelfachprüfung bescheinigt, er habe „auch die richtige Wirtsnatur für die Führung einer speziell bayerischen Gaststätte", was er seither mehrfach und als einer der Erfolgreichsten in München bewies.

Aber am Dienstag vor der Festeröffnung machte er seinen kapitalen Fehler, glauben Süßmeier und nicht wenige in der bayerischen Landeshauptstadt. Da hatte er wie alljährlich Presse, Funk und Fernsehen zur Wies'n-Einstimmung geladen und ihnen eine Parodie auf den CSU-Politiker Peter Gauweiler vorgespielt. Gauweiler ist als Kreisverwaltungsreferent so eine Art Münchner Innenminister und hatte für dieses Jahr besonders strenge Kontrollen gegen das schlechte Einschenken angekündigt. Und wirklich: Schon am zweiten Wies'n-Tag erwischte Gauweilers „Bier-Polizei" in Süßmeiers Zelt einen Schenkkellner, der aus einem 152-Liter-Faß 198 Maß zapfte. Den eilends zugestellten Buß- und Zwangsgeldbescheid über 4000 Mark zerriß Süßmeier wütend vor den Augen des Beamten und legte eidesstattliche Versicherungen vor, daß in der fraglichen Zeit 30 bis 40 Radlermaß gezapft wurden, bei denen der Krug zur Hälfte mit Limo gefüllt ist.

Tags darauf kam es noch schlimmer: Während der Münchner Polizeipräsident und andere Prominente mit Süßmeier beim Bier saßen, umstellten Polizeibeamte das Zelt und holten 23 Ausländer aus der Küche, 19 blieben in Haft, weil sie keine Papiere vorweisen konnten. Der Staatsanwalt ermittelt seither, Büros, Gaststätten und Wohnung von Süßmeier wurden durchsucht und die Stadt leitete ein Konzessionsentzugsverfahren mit obigem Ausgang ein. Gauweiler dazu: „Die Festnahme der illegalen Arbeitnehmer war der größte Schlag in einem Gaststättenbetrieb." Das Aufgedeckte habe „unsere Vorstellungskraft schon sehr strapaziert."

Was Gauweiler aber nun so überrascht, war in Fachkreisen längst kein Geheimnis mehr. Süßmeier-Kollege Hagn vom Löwenbräu-Zelt: „Wir hatten alle schon Schwarzarbeiter." Und Jahn-Schwiegersohn Günther Steinberg vom Hofbräu-Zelt: „Wir kriegen ja kein vernünftiges deutsches Personal her. Und die Ausländer, die arbeiten wollen, bekommen keine Papiere."

Süßmeier befürchtet, seine Gauweiler-Persiflage sei in diesem sauer aufgestoßen, weshalb er ihn ins behördliche Visier genommen habe, was dieser vehement bestreitet. In München aber hält sich hartnäckig die Vermutung, Gauweiler habe den harten Durchgriff bei dieser Wies'n zur eigenen Profilierung nutzen wollen; wird ihm doch nachgesagt, 1990 Münchner Oberbürgermeister-Kandidat der CSU werden zu wollen.

Wie aber soll es ab heute weitergehen. 20 000 Gäste haben noch bei ihm Plätze reserviert und Gutscheine für Bier und Hendl gekauft, sagt Süßmeier. Die wollen wir nicht treffen, sagt OB-Kronawitter. Die Lösung wäre: Der Wies'n-Napoleon übergibt sein Bier-Imperium im fliegenden Wechsel an einen Nachfolger. Aber schon drohen die Bedienungen mit Streik: „Viele von uns wollen unter einem neuen Pächter nicht arbeiten." 100 von ihnen zogen gestern unter Protest zum Rathaus.

Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen / Grüne lösen FDP als drittstärkste Kraft ab

Die rot-grünen Mehrheiten können für CDU und FDP 1985 eine Chance sein

Von WILM HERLYN

Die nordrhein-westfälische Kommunalwahl sah nur einen Sieger: die Grünen, aber viele Unterlegene. Die größten Verlierer aber sind die Bürger selbst, in erster Linie die Verweigerer, die das Ihre dazu beitrugen, den Erfolg der Grünen erst zu ermöglichen, mit einer seit 1952 nicht mehr dagewesenen Minusrekordmarke an Wahlbeteiligung. Diese Gruppe wird nicht in den kommenden fünf Jahren lamentieren dürfen über die Politik, die ihnen nicht gefallen kann, denn in vielen Städten haben die Grünen die Rolle des Züngleins an der Waage übernommen und werden damit die politischen Kräfte mit ihrer Nein-Sage und Verweigerertaktik und des sich so teuer wie möglich Verkaufens nahezu parellelisieren.

Das Beispiel Düsseldorf zeigt das: Dort heißt die Sitzverteilung im Rat 37 für die Union, 4 für die FDP, aber 34 für die SPD und 8 für die Grünen. Das bedeutet eine rechnerische Mehrheit für ein rot-grünes Bündnis. Doch was nutzt es dem SPD-Kandidaten Klaus Bungert, mit grünen Leihstimmen zum Oberbürgermeister gewählt zu werden? Entscheidend bleibt, wie er mit den Träumereien und Phantastereien der Alternativen im Rat zurecht kommt und wie die etablierten Parteien noch Politik in die Praxis umsetzen können. Düsseldorf steht ja nicht als einzige Kommune da.

Die Grünen wurden zur drittstärksten Kraft in Nordrhein-Westfalen. Sie lösten damit die FDP wie zuvor schon in Rheinland-Pfalz oder im Saarland ab. Trotz einer höheren Wahlbeteiligung als bei der Europawahl im Juni erreichten die Alternativen ein besseres Ergebnis. Die hohen Prozentsätze für die Grünen waren bislang auf die geringe Wahlbeteiligung zurückgeführt worden, denn diese begünstigte den Anteil der Ökopartei prozentual. Doch gegenüber der Europawahl gewannen die Alternativen noch mehr als 150 000 Stimmen hinzu.

Die Gewinne kamen vorwiegend aus dem sozialdemokratischen Lager. Aber es gibt auch genügend Hinweise darauf, daß auch ehemalige CDU-Wähler jetzt alternativ stimmten. Nach ersten Rechnungen der Wählerbewegungen muß die Union damit rechnen, daß sie an die Grünen einige 10 000 Stimmen verloren hat. Die größeren Verluste aber erlitt sie dadurch, daß viele ihrer Stammwähler zur Sozialdemokratie abwanderten. Dadurch konnte die SPD ihre zum Teil einschneidenden Verluste wettmachen, die sie zu Gunsten der Grünen hinnehmen mußten.

Durchgängig erweist sich, daß die CDU in den von ihnen beherrschten ländlichen Gebieten weniger einbüßte als die Sozialdemokratie. Alerdings verlor sie in der traditionellen Hochburg Münster ihre absolute Mehrheit und ist auch jetzt auf die FDP angewiesen. Oder in der klassischen CDU-Stadt Rheine rutschte die Union von 76,1 Prozent auf die magische 50-Prozent-Marke ab.

Nachdem die Union 1979 landesweit als stärkste Kraft hervorging (56,3 Prozent), mußte sie Platz eins jetzt der SPD überlassen (CDU 42,2; SPD 42,5 Prozent). Überall dort, wo sie sich den Wähler zerstritten und uneinig zeigte, verlor sie überdurchschnittlich, wie in Mönchengladbach (10,0 Prozentpunkte), Hagen (minus 7,4), Heinsberg (minus 6,7), Köln (minus 6,5), Paderborn (minus 6,2) oder Euskirchen (minus 6,1) – hier insbesondere hervorgerufen durch die Affäre des Bundestagsabgeordneten Peter Milz. In den Hochburgen Heinsberg und Paderborn ist außerdem deutlich abzulesen, daß sich die CDU-Stammwähler schlicht verweigerten und gar nicht erst zur Wahl gingen.

Klar festzustellen ist auch, daß überall dort, wo die Wahlbeteiligung noch unter dem Landesdurchschnitt sank, vor allem die CDU die negativen Folgen zu tragen hat. Hier muß man ihr bescheinigen, daß sie ihr Ziel, ihre Anhänger zu mobilisieren, schlicht verfehlt hat.

Auch wenn die SPD wieder zur landesweit stärksten Kraft avancierte, kann sie sich ihres Sieges kaum erfreuen. Denn auch sie konnte wie die CDU ihre eigenen Anhänger nicht in dem Maße motivieren, wie es Ministerpräsident Johannes Rau schon befürchtet hatte. Dies ist für ihn auch ein beängstigendes Zeichen für die Landtagswahl 1985. Auch wenn Kommunalwahlergebnisse nicht direkt auf Landtagswahlergebnisse umzurechnen sind, so zeigt der Sonntag doch, daß die beiden großen Parteien Kopf an Kopf liegen. Bei der Landtagswahl hatten die Sozialdemokraten noch 48,4 Prozent geholt und damit die absolute Mehrheit gestellt.

Überdurchschnittliche Verluste mußten sie in Solingen (minus 6,6 Prozent), Gütersloh (minus 5,7), Krefeld (minus 4,8), Mettmann (minus 4,8), Bielefeld (minus 4,5), Rheinisch-Märkischer Kreis (minus 4,5) hinnehmen. Die größten Zugewinne schafften sie in Oberhausen (plus 3,5), Hamm (plus 3,2), Köln (plus 1,9) und Duisburg (plus 0,8).

Fröhlich können die Sozialdemokraten aber vor allem deswegen nicht sein, weil sie in mindestens 15 denkbaren Fällen ihre Politik nicht mehr ohne die Grünen machen können. Beispiele dafür sind Wesel (Kreis Aachen), Erftkreis, Herford, Lippe, Minden-Lübbecke, Märkischer Kreis, Siegen-Wittgenstein. Oder in den kreisfreien Städten Düsseldorf, Remscheid, Solingen, Wuppertal, Köln, Leverkusen, Bielefeld. In 13 von 54 Kreisen schafften die Grünen mehr als 10 Prozent. Vor allem in den Universitätsstädten Münster (15,5), Bielefeld (13,5), Bonn (12,5), Köln (10,8), Düsseldorf (10,2), Aachen (10,6), Wuppertal (10,6) und gar Dortmund mit 10,7 Prozentpunkte.

Die FDP ist in 27 von 54 Kreisen vertreten und holte von der Stimmenzahl her ihre besten Ergebnisse in Bonn (9,5 Prozentpunkte), Mönchengladbach (8,5) – dort führten sie einen ausgesprochen „Grünen"-Wahlkampf gegen die zerstrittene Stadt-CDU –, im Rheinisch-Bergischen Kreis (8,5), in Minden (8,2) und in Solingen (8,1). Zuwächse erreichten sie in Mönchengladbach (1,1 Prozentpunkte), Viersen (0,6) und Paderborn (0,3).

Eines ist sicher: In den kommenden Wochen und Monaten wird bis zur Landtagswahl ein Thema die Politik beherrschen. Es ist das Thema der rot-grünen Konstellationen. Daran wird der Wähler die Qualität der Grünen und der SPD messen können. Das ist die Chance für die Union wie für die FDP, sich als regierungsfähige und handelnde Koalition anzubieten.

Keine Liberalen mehr im Revier

hy, **Düsseldorf**

Von den meisten Auguren nicht erwartet ist der drängende Vormarsch der Grünen in der Industriezone zwischen Rhein und Ruhr. Die SPD behauptete sich dort in ihrer Hochburg mit einem durchschnittlichen Verlust von einem Prozentpunkt relativ gut und kam im Durchschnitt auf 53,2 Prozent. Die CDU dagegen, die zum Sturm auf die roten Rathäuser geblasen hatte, mußte unerwartet hohe Verluste hinnehmen. Sie sank von dem Ergebnis 1979 von 37,4 auf 33,1 Prozent ab. Die FDP, vor fünf Jahren noch mit einem blauen Auge davon gekommen (5,5 Prozent), sank auf 3,0 Prozent.

In einer ersten Analyse machte dann auch ihr Landesvorsitzender Möllemann den desolaten Zustand der Ruhrgebietsliberalen für das schlechte Abschneiden der FDP im Land mitverantwortlich: „Wir sind im Revier massiv eingebrochen". Bislang war die FDP noch in drei Räten vertreten – jetzt spielt sich die Politik im Revier ohne die Liberalen ab. Die eigentliche Überraschung lieferten die Alternativen. 1979 noch als bunte Paradiesvögel abgetan, erreichten sie an diesen Sonntag aus dem Stand heraus durchschnittlich 9,3 Prozent. Dabei ist es kein Geheimnis, daß der Städtegürtel mit seinen Gesamthochschulen und Universitäten von Duisburg bis Dortmund erheblichen Anteil am Zuwachs der Grünen hat. Doch ist an Hand der Wahlkreisergebnisse auch abzulesen, daß sich frühere SPD- oder CDU-Wähler verdrossen von den etablierten Parteie abgewendet haben. Trotz flammender Appelle ist es gerade den im Ruhrgebiet eher konservativ eingestimmten Sozialdemokraten nicht gelungen, ihre Anhänger von den Grünen fernzuhalten. Mit der Taktik, die alternative Bewegung links liegen zu lassen und totzuschweigen, erreichten die Sozialdemokraten offensichtlich das Gegenteil.

Aber auch in den traditionellen Arbeiterstädten wie Bottrop, wie die Grünen zwar nicht so viele Stimmen holten wie in Dortmund, ist die Öko-Partei doch deutlich über fünf Prozent im Rat vertreten. Bottrop ist auch die einzige Stadt, bei der die Grünen bei gleichzeitiger Kandidatur der DKP nicht das Kontingent von Protestwählern abzogen – beide Parteien sind im Rat vertreten. Mit mehr als zehn Prozent besonders stark sind die Alternativen in Dortmund, Marl, Castrop-Rauxel, Datteln, Mülheim und Witten vertreten.

Auch in Bochum, wo die SPD mit 55,1 Prozent absoluter Sieger wurde, verblieben noch 9,3 Prozent für die Grünen (CDU: 28,6 Prozent, FDP: 1,9 Prozent). In Hamm konnte sich die SPD von 46,0 auf 49,2 Prozent sogar verbessern – obwohl der populäre Oberbürgermeister Werner Figgen aus Altersgründen aufhörte und mit Sabine Zech eine neue Kandidatin für das Amt des Stadtoberhauptes antrat. Die CDU, die in Hamm bis 1979 den Oberbürgermeister gestellt hatte, verlor 3,9 Prozentpunkte und landete bei 41,6. Die Liberalen, schon bisher nicht im Rat, halbierten sich von 4,5 auf 2,4 Prozent, während die Grünen mit 6,6 Prozent triumphierten.

Die Grünen kündigten an, sie würden dafür sorgen, „daß Mauscheleien, Klüngel, Filz und Vetternwirtschaft kein Platz mehr in Rathäusern und Kreistagen haben". Sie würden alle Anstrengungen unternehmen, auf kommunaler Ebene einer ökologischen, natur- und menschengerechten Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Gerade an diesen Maximen werden sie im Ruhrgebiet, das seit Jahrzehnten traditionell von den Sozialdemokraten beherrscht wird, gemessen werden können.

Düsseldorf: Keine Mehrheit für Kürten

rb. **Düsseldorf**

In der Landeshauptstadt Düsseldorf droht nach den Stimmen-Verlusten von CDU und FDP einerseits und dem guten Abschneiden der Grünen andererseits ein rot-grünes Regiment. Die Sitzverteilung im Rat der Stadt – CDU 37, SDP 34, FDP 4 und Grüne 8 – hat möglicherweise auch einen Oberbürgermeister-Wechsel zur Folge. Der bisherige CDU-Oberbürgermeister Josef Kürten gestand bereits zwei Stunden nach Schließung der Wahllokale ein, daß er die angestrebte Wiederholung einer Koalition mit der FDP verfehlt und im Rat keine Mehrheit mehr habe. Die Frage, wer neuer Oberbürgermeister von Düsseldorf werde, beantwortete Kürten ohne Umschweife: „Mein Vorgänger Klaus Bungert von der SPD." Für das gute Abschneiden der Grünen hatte Kürten keine Erklärung. „Weder vom Programm noch von den Personen her ist deren Zehn-Prozent-Ergebnis zu verstehen. Wir haben es offenbar mit einem bundesweiten Unbehagen der Wähler zu tun."

Jürgen Gocht, der Sprecher vom Kreisverband Düsseldorf der Grünen, kündigte an, seine Partei werde der SPD ein sorgfältig erarbeitetes Konzept mit allen Forderungen und Zielsetzungen der Grünen vorlegen. Gocht wörtlich: „Nur wenn die SPD ausreichend Bereitschaft zeigt, auf unsere Forderungen einzugehen, kann sie auf Unterstützung der Grünen rechnen."

OB Burger fehlt eine Stimme

geo. **Köln**

Das Wahlergebnis in der Domstadt (SPD 46,4; CDU 37,8; Grüne 10,8 und FDP 4,5) scheint wie auf den „Kölner Klüngel" zugeschnitten. Helfen die 36 CDU-Ratsherrn dem SPD-Oberbürgermeister Burger, dessen Partei bei 45 Ratssitzen nur ein Sitz zur absoluten Mehrheit fehlt, wieder in den Sattel? Oder stützt sich Burger auf die zehn Vertreter der Grünen? Die CDU signalisierte bereits bei einem entsprechendes Angebot Gesprächsbereitschaft. Und auch die Grünen ließen wissen, daß sie die Kandidatur für das Oberbürgermeisteramt unterstützen, sofern die SPD zu Gegenleistungen bereit ist. Und Burger? „In Köln wird es keine Koalition geben", sagte er und fügte hinzu, man wolle von Fall zu Fall Entscheidungen treffen. Von Ferne muß die FDP zuschauen. Ihr bisheriger Fraktionsvorsitzender, Winkler, wird nach dem Aus seiner Partei versuchen, von den Bezirken aus das Überleben zu sichern. Die jetzt beginnenden Verhandlungen kann sie nur von außen beobachten.

Bonn: CDU hat sich behauptet

Ke. **Bonn**

Bonn wird auch in Zukunft von einem CDU-Oberbürgermeister regiert: Mit 48,8 Prozent schaffte Hans Daniels jedoch nur eine äußerst knappe Mehrheit. Seine CDU hat 35 Ratssitze, SPD, FDP und Grüne zusammen 34 Sitze. Ohne die FDP wird in der Bonner Stadtpolitik in Zukunft nichts mehr laufen. Liberalen-Chef Rudolf Wickel erklärte, man werde mit den Bonner Christdemokraten in „Sachfragen" zusammenarbeiten. Ein „riesiges Ergebnis" nannten die Bonner Grünen ihren Wahlsieg. Mit 12,5 Prozent schafften sie zum ersten Mal den Sprung in den Rat. Im Geleitzug der Grünen kamen die Bonner Punks ins Rathaus. In der Beamtenstadt erreichte die FDP mit 9,5 Prozent wie früher ein beachtliches Ergebnis: Die SPD mit 28,9 Prozent hat in Bonn noch nie spektakuläre Erfolge erzielt.

Nach dem ökologischen Schub drohen U-Bahn und Oper das Aus

Von WALTER H. RUEB

Lange bevor im Düsseldorfer Rathaus das örtliche Endergebnis der Kommunalwahl feststand, verwandelten die Grünen das ihnen überlassene Sitzungszimmer in ein Meer überbordender Freude und lautstarken Triumphs. Inmitten von viel Wolle und Haar, Scheinwerfern, Luftballons und Plakaten, Sonnenblumen und reich gedeckten Tischen bellten ein halbes Dutzend Hunde, winkten Kinder in die Kameras, jubelten bärtige Männer und außer Rand und Band geratene Frauen.

Das Ergebnis der Grünen in der Landeshauptstadt hatte sich schon eine halbe Stunde nach Schließung der Wahllokale über der Zehn-Prozent-Marke stabilisiert und damit die kühnsten Voraussagen übertroffen. Die Tips zahlreicher grüner Wetter lagen zwischen 5,1 und 9,8 Prozent. Ein Grüner mit einem schwarzen Zylinder notierte die Wett-Sieger, derweil Parteifreunde dem FDP-Bürgermeister Bruno Recht eine lederne Lendenschürze überreichten. Sie hatten nicht vergessen, daß der liberale Spitzenkandidat noch wenige Tage zuvor gesagt hatte: „Wenn die Grünen ins Stadtparlament einziehen, muß man wegen ihrer rückschrittlichen Politik bald wieder einen Lendenschurz tragen ..."

Am Sonntag abend hatten die Grünen bei ihrer Kabarett-Nummer im Dienstzimmer von Bruno Recht die Lacher auf ihrer Seite. Wie lange aber wird es dauern, bis den Beobachtern der Szene und allen anderen Bürgern unseres Landes das Lachen vergeht? Einen kleinen Vorgeschmack dessen, was die Grünen planen, erfuhren Millionen am Sonntag vor den Fernsehschirmen. Da war von ökologischem Schub von unten die Rede, von inhaltlicher und klimatischer Änderung in der politischen Landschaft. Mauscheleien, Klüngel, Filz und Vetternwirtschaft hätten jetzt ausgespielt, tönte der grüne Pressesprecher Matthias Hoppe, ehe er vor den Kameras des WDR in die Tasten eines Klaviers griff.

Daß die Szene in der Landesgeschäftsstelle der Grünen an der Düsseldorfer Volksgartenstraße überhaupt über den Bildschirm kam, war jedoch nur einem teuren Sonder-Engagement des Kölner Senders zu verdanken. Er mußte einen Kranwagen mit einem 40 Meter hohen Arm an den künftigen Wallfahrtsort der grünen Systemveränderer beordern, um überhaupt einen Sender zu haben.

Vielleicht sollte der provisorische Sender am besten gleich stehenbleiben. Hier wird der WDR in den kommenden Monaten mit Sicherheit immer wieder engagiert sein. Eine der Forderungen der Düsseldorfer Grünen lautet nämlich, den freien Zugang der Bevölkerung zum Volksgarten auch während der Bundesgartenschau von 1987 zu gewährleisten.

Auseinandersetzungen und Streit sind nach dem Einzug der Grünen in die Kommunalparlamente aller Städte und Gemeinden des Landes vorprogrammiert; denn viele normale Bürger vermögen den Forderungen der politischen Emporkömmlinge keinen Geschmack abzugewinnen. Oder sollte die Düsseldorfer SPD etwa gar bereit sein, die Hundert-Millionen-Mark-Investition in den hauptstädtischen U-Bahn-Bau abzuschreiben, nur um die grünen Forderungen nach Stillegung der unterirdischen Baustellen zu erfüllen?

Die Pläne der Grünen in der Hauptstadt von Nordrhein-Westfalen aber sind noch harmlos im Vergleich zu anderswo erhobenen. In Bonn umschrieb sie ein FDP-Ratskandidat so: „Hätten die Grünen das Sagen, dann bestünde Bonn bald aus Frauen- und Männerhäusern, deren Bewohner als wertvollstes Eigentum ein Fahrrad besitzen, darüber ein Superwasserkopf an Verwaltung, der die totale Armut zu verplanen hätte."

In Bonn werden sich die Träume der Grünen nach dem Ergebnis vom Sonntag zunächst nicht erfüllen, aber über Köln und seinen Fordwerken hängt heute deutlicher als je das Damoklesschwert grüner Bedrohung. Wie erinnerlich, wollen die Grünen in der Domstadt die Automobilfabrik demontieren und statt dessen eine Fahrradfabrik bauen. Außerdem möchten sie den Braunkohle-Abbau stillegen. Doch nicht nur Rheinbraun und Autofahrer, sondern auch Opernfreunde sollen die Macht der Grünen in Köln zu spüren bekommen. Die Umwandlung des Opernhauses in ein Wohnhaus wurde angekündigt. Das bringe Mieteinnahmen, sei also vorteilhafter. Wer von der Oper nicht lassen könne, dürfe sich in die Mailänder Scala fliegen lassen, das komme die Stadt billiger.

Neben Kohle, Oper und Automobilfabriken wird auch dem Maklerberuf, der Werbung, den neuen Medientechnologien und dem Wirtschaftswachstum der Kampf angesagt. Ferner wollen die Grünen städtische Verwaltungsgebäude und Polizeistationen abreißen. Für Ordnung wollen sie überall selbst sorgen, selbstverständlich auch für die Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Mitglieder von Randgruppen werden aus dem Stadtsäckel ein monatliches Salär erhalten, sogar Familienplanung wird nicht vergessen. In den Rathäusern sollen Verhütungsmittel abgegeben, in den Krankenhäusern Schwangerschaftsabbrüche und selbst Sterilisationen vorgenommen werden. Kommt trotz aller Maßnahmen ein Kind, erhalten die Eltern mindestens ein Jahr lang Urlaub – natürlich bei voller Lohnfortzahlung und Weiterwachsen der Rentenansprüche.

FDP-Diskussion um Möllemann entbrannt

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Bei den Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen ist einen Tag nach den Kommunalwahlen die Diskussion um die Spitzenkandidatur ihres Vorsitzenden, dem Staatsminister im Auswärtigen Amt Jürgen Möllemann, für die Landtagswahlen am 12. Mai nächsten Jahres entbrannt. Nicht ausgeschlossen wurde, daß die Liberalen nun doch mit einem anderen als Möllemann an der Spitze um die Rückkehr ins Landesparlament kämpfen werden.

So wurde auf einer Sitzung des Landesvorstands gestern abend bereits gefordert, den bisher für Mitte Dezember in Gütersloh geplanten Wahlparteitag vorzuverlegen. Außerdem wurde in der Diskussion der Vorschlag gemacht, innerhalb der nächsten Wochen Kreisparteitage durchzuführen. Auf ihnen solle dann entweder Möllemann als Spitzenkandidat bestätigt oder nach einer „machbaren Alternative" zu ihm gesucht werden.

Mit Interesse wurde registriert, daß der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher nicht an der Sitzung teilgenommen hatte. Er traf sich gestern abend zu einem Essen mit Mitgliedern der liberalen Fraktion im Europaparlament (ELD). In der FDP-Führung wurde allerdings die Vermutung zurückgewiesen, Genscher ziehe sich von Möllemann zurück. Vielmehr, so hieß es, hätte der Parteichef sonst der Landesvorstandssitzung in Düsseldorf durch seine Teilnahme einen noch höheren Stellenwert gegeben.

Möllemann selbst erklärte nach dem Ausgang der Kommunalwahlen seinen Willen, sich um die Spitzenkandidatur zu bewerben. Das landesweite 4,8-Prozent-Ergebnis zeige, so die optimistische Einschätzung, daß zum Überwinden der Fünf-Prozent-Hürde „nur ein ganz kleiner Sprung" erforderlich sei. Möllemann bekräftigte gleichzeitig, daß er mindestens bis 1986 Landeschef bleiben will.

Die „Wunschkandidatin" vieler Liberaler an Rhein und Ruhr, FDP-Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer, wandte sich im Gegensatz zu anderen Mitgliedern des Landesvorstands ausdrücklich gegen eine neue Führungsdiskussion. Dazu gebe es „keinen Anlaß". Stattdessen sei es notwendig, daß die FDP-Gliederungen in den nächsten Monaten noch stärker in die Offensive gehen müßten. Auf einer Sitzung des Parteipräsidiums stieß sie mit ihrer Forderung auf volle Unterstützung, daß die Auseinandersetzung mit den Grünen in Sachpunkten grundsätzlicher betrieben werden müsse. Es sei zum Beispiel den Bürgern noch nicht ausreichend verdeutlicht worden, daß die Grünen die Enteignung von Grund und Boden verlangten.

Zur Frage der Spitzenkandidatur von Möllemann meinten dagegen Mitglieder der Landesvorstands, sie sei „noch nicht geklärt". Ihn treffe aber „nicht unbedingt die alleinige Schuld" am Wahlergebnis, das nach einer Bewertung des Präsidiums „nicht den Erwartungen" entsprochen hat. In der NRW-FDP sei die Entscheidung mit „50 zu 50" für ihn getroffen worden. Man habe bisher „stillgehalten", um nicht zusätzliche Probleme im Kommunalwahlkampf zu haben. Bereits vor der Sitzung gestern abend stand fest, daß „keine Lösung ohne die Mitwirkung von Möllemann" getroffen werden soll.

„Die Politik der Regierung besser darstellen"

EVI KEIL, **Bonn**

„Die Grünen sind stark geworden, ohne daß die SPD nennenswerte Verluste aufweist. Das bedeutet, daß erhebliche Wählerwanderungen zu Lasten der CDU stattgefunden haben." So Kurt Biedenkopf, CDU-Landesvorsitzender Westfalen-Lippe, in einem WELT-Gespräch. Nach Auffassung Biedenkopfs kann man nach der Kommunalwahl „Grundströmungen sehen, die uns da ins Gesicht blasen".

Für Biedenkopf ist die Wahl in Nordrhein-Westfalen „nie losgelöst von der Bundespolitik" zu sehen. Das schlechte Abschneiden der CDU im kommunalen Bereich hat für ihn deshalb auch etwas mit einem „Erläuterungs- und Darstellungsdefizit der Politik in Bonn" zu tun. Er empfiehlt, die vielen Einzelanstrengungen in Zukunft „in einem konzeptionellen Zusammenhang" zu erläutern. „Denn nur aus der Gesamtschau dessen, was die Regierung will, erwächst das Vertrauen." Zugleich kritisiert Biedenkopf „ein fehlendes Stück inhaltlicher Führung. Das bezieht sich auf die ganze Union."

Für die Schwäche der FDP, meint er, gebe es ähnliche Gründe. Die Bevölkerung sage, „Mehrheitsbeschafferfunktion ist allein keine politische Legitimation mehr".

Die Grünen, so Biedenkopf, stellten Fragen, gäben zum Teil unbrauchbare Antworten, und doch ist es ihnen gelungen, die „Dringlichkeit von Problemen deutlich zu machen. Dafür haben sie Stimmen bekommen". Ihren Wahlsieg an der Ruhr nannte Biedenkopf „die eigentliche Sensation".

SED nennt die „besten Söhne und Töchter des deutschen Volkes“

Von HANS-R. KARUTZ

Die SED-Führung erneuert und vertieft jetzt wenige Tage vor dem 35. Jahrestag den Anspruch der „DDR“, Vollendung und Höhepunkt der deutschen Nationalgeschichte zu sein. Im FDJ-Blatt „Junge Welt“ erschien jetzt – mit einem Zitat Erich Honeckers über die „besten Söhne und Töchter des deutschen Volkes“ versehen – eine „Ahnentafel“ mit den Namen und Porträts von 102 besonders verdienstvollen Deutschen. Zwar werden die offiziell rehabilitierten Otto von Bismarck und Friedrich der Große nicht aufgeführt, jedoch Graf von Stauffenberg und Walther Rathenau beispielsweise nun endgültig dem Erbe der „DDR“ zugeschlagen.

Die Galerie berühmter Namen und Köpfe füllt unter dem Emblem „DDR 35“ eine komplette Innenseite des Blattes, das dem früheren FDJ-Chef und designierten Honecker-Nachfolger Egon Krenz unterstand. Die Übersicht beweist zugleich, daß Ost-Berlin ein immer höheres Tempo bei dem Bemühen anschlägt, das von der Bundesrepublik politisch mehr oder minder preisgegebene Bekenntnis zu Höhen und Tiefen der gesamten deutschen Geschichte nunmehr für die „DDR“ abzulegen.

Nach der ideologisch bedingten Wiederentdeckung der Helden der Befreiungskriege bereits zu Beginn der fünfziger Jahre, der Rückbesinnung auf deutsche Uniformtraditionen bei der Volksarmee folgt nunmehr der gesamte historisch-politische Überbau, um die „DDR“ als das eigentliche Deutschland zu definieren. Der Ahnentafel liegt die grundsätzliche Äußerung von Honecker aus dem Jahre 1982 zugrunde: „Zu den progressiven Traditionen, die wir pflegen und weiterführen, gehören das Wirken und das Vermächtnis all derer, die zum Fortschritt, zur Entwicklung der Weltkultur beigetragen haben, ganz gleich, in welcher sozialen und klassenmäßigen Bindung sie sich befanden.“

Nach dem Luther-Jahr 1983, das die gleichzeitigen Karl-Marx-Ehrungen in der „DDR“ weit in den Schatten stellte, verwundert es nicht, daß die Porträtreihe nach Johann Gutenberg unmittelbar den Reformator aufführt. Ganz im Sinne der Honeckerschen Bemerkung über die deutsche Geschichte („Wir kommen aus ihr, stehen in ihr und führen sie weiter“) wird Luther nunmehr ohne jeden Vorbehalt mit Beschlag belegt.



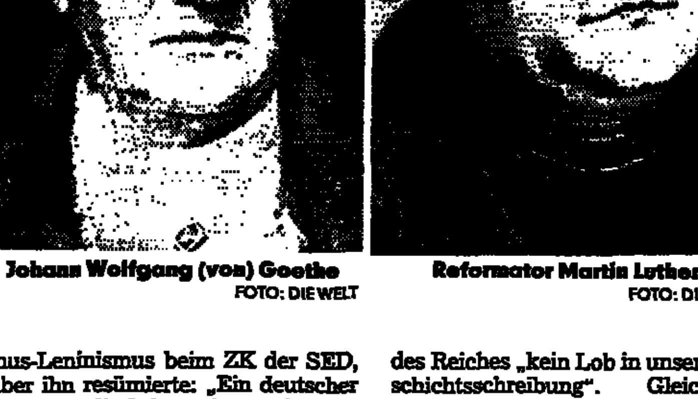
Walter Ulbricht
FOTO: JOCHEN VON LANG



Walter Rathenau
FOTO: URSULA RÖHNERT



Johann Wolfgang (von) Goethe
FOTO: DIE WELT



Reformator Martin Luther
FOTO: DIE WELT



Zum Jahresbeginn 1984 zählten ihn die beiden führenden Ostberliner Historiker Horst Bartel und Walter Schmidt in der SED-Zeitschrift „Einheit“ ohne Einschränkung nun zum „Traditionsbild der sozialistischen Gesellschaft unseres Landes“. Eine „ausgewogene marxistische Betrachtung“ lasse eine derartige „positive Gesamtbewertung“ auch nicht durch Luthers Anti-Haltung gegenüber den aufständischen Bauern trüben, hieß es damals.

Unmittelbar neben Luther bildet das nicht ohne Billigung des SED-Zentralkomitees vorgegangene FDJ-Blatt den Bauernführer Thomas Müntzer als Luthers Gegenspieler ab. Für ihn wird – nicht weniger umfangreich als für Luther – für 1989/90 bereits ein eigenes Gedenkjahr vorbereitet. Erste Vorbereitungen zur Gründung eines Thomas-Müntzer-Komitees werden zur Zeit in Ost-Berlin getroffen.

Kurz vor den ausgedehnten Feierlichkeiten zum 300. Geburtstag von Johann Sebastian Bach im Jahr 1985 verwundert seine Abbildung in der Reihe der geistig-musischen „DDR“-Gründerväter nicht. Da im kommenden Jahr jedoch auch Heinrich Schütz und Georg Friedrich Händel ausgiebige staatliche Jubelfeiern erhalten, fällt ihr Fehlen in der Liste auf.

Goethe findet sich in der Aufstellung – von Kant und Johann Georg Forster, einem unbekannten Jakobiner, eingerahmt. Der Dichter erscheint ohne sein Adelsprädikat „von“. Die „DDR“ entdeckte ihn schon in ihrem Gründungsjahr 1948, das mit Goethes 200. Geburtstag zusammenfiel. Inzwischen erreichte seine offizielle Verehrung in diesem Jahr eine neue Qualität, als das SED-Organ „Einheit“ aus der Feder von Professor Walter Wimmer, Vize-Abteilungsleiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, über ihn resümierte: „Ein deutscher Staat, der die Sehnsucht von Generationen nach einer besseren Zukunft erfüllt, mußte der Goetheschen Vision von einem freien Volk auf freiem Grunde reale Gestalt und Kraft verleihen ...“

Die Abwesenheit von Bismarck – seine autorisierte erste „DDR“-Biografie soll 1985 erscheinen – und Friedrich dem Großen scheint seine Ursache in ihrem noch immer schwankenden Bild in der Ostberliner Geschichtsschreibung zu haben. Kurt Hager, für die SED-Kulturpolitik zuständig, hatte in seiner Grundsatzrede vom Dezember 1983 über den Reichsgründer positiv geurteilt: Ihm gebühre zwar wegen des Sozialistengesetzes, seines Kulturkampfes und der „Germanisierungspolitik“ des Reiches „kein Lob in unserer Geschichtsschreibung“. Gleichwohl spreche für ihn die nüchterne Kalkulation der Beziehungen zu Rußland und seine nachdrückliche Ablehnung eines Präventivkrieges. In der erwähnten „Einheit“-Ausgabe vom Februar 1984 wird ihm sogar attestiert, die Gründung des deutschen Nationalstaates 1871 habe „auf junkerliche Weise dem bürgerlichen Fortschritt zum Durchbruch“ verholfen.

Friedrich der Große wäre in der Generationentafel der „DDR“, wie sie die „Junge Welt“ veröffentlichte, als einziger Kopf aus einem Herrscherhaus offenbar deplaziert gewesen. Seine längst vergriffene Biografie von Ingrid Mittenzwei und die Aufstellung seines Denkmals Unter den Linden änderte jedoch nichts an der vom erwähnten SED-Autorenpaar Bartel/Schmidt jüngst vorgenommenen Gesamteinschätzung des Hohenzollern als „Verfechter spätfeudal-absolutistischer Politik im Interesse der reaktionären Adelsklasse“.

Die Entdeckung des früheren Außenministers Walther Rathenau als Beispiel guter deutscher Traditionen geht auf eine Erwähnung durch Kurt Hager auf der schon angeführten „Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz“ des ZK oder SED im Dezember 1983 zurück. Damals war der von Rechtsextremisten ermordete Weimarer Demokrat durch Hager in einer Reihe mit Bismarck, Graf von Stauffenberg und Yorck von Wartenburg genannt worden. Bei Rathenau, der den Lesern als „Monopolherr“ vorgestellt wird, schlägt offensichtlich sein entscheidender Anteil am Zustandekommen des Rapallo-Vertrages mit der Sowjetunion zu Buche.

Zu den Überraschungen unter den prominenten „DDR“-Politikern muß die gesicherte Festigung des Ansehens von „DDR“-Gründungsvater Walter Ulbricht gerechnet werden. Seit seinem Tode 1973 nahezu zehn Jahre lang als absolute Unperson in den Medien behandelt, gelangte der Vorgänger von Erich Honecker 1983 zum 90. Geburtstag wieder zu Ehren. Der SED-eigene Dietz-Verlag brachte eine Ulbricht-Biografie heraus.

Zu den wichtigsten Personen der „DDR“-Geschichte addiert die „Junge Welt“ auch den CDU-Repräsentanten Otto Nuschke, der beispielsweise 1952 auf dem letzten gesamtdeutschen Evangelischen Kirchentag in Leipzig sprach.

Auch der Dichter und Ex-Kulturminister Johannes R. Becker fand Aufnahme in das Ahnenregister, wenngleich seine Hymne „Auferstanden aus Ruinen“ mit der Zeile „Laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland“ seit Jahren nicht mehr gesungen, sondern nur noch vom Blatt gespielt werden darf.

Zu den aktuellen Helden der „DDR“-Historiografie rechnet in erster Linie der Kosmonaut Siegmund Jähn („Der erste Deutsche im Weltall“) sowie der bei einem Schußwechsel mit Fluchthelfern 1964 an der Berliner Sektorengrenze ums Leben gekommene Unteroffizier Egon Schultz.

Wieweit die SED das blaue Blut der deutschen Fürsten der „DDR“ beimischen will, um in einer Nationalgeschichte auch Identität und einen Ausweg aus der Legitimationsnot zu finden, wird sich bald erweisen: Am 17. August 1986 jährt sich der Todestag des großen Friedrich zum 200. Mal. Wie Ost-Berlin dieses Datums gedenkt, gibt Auskunft über die geschichtlichen Expeditionen der SED in die Historie der Deutschen.

Namen, die in der SED-Liste fehlen

hrk. Berlin

Die „Ahnentafel“ der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ legt nahe, eine Gegen-Liste bedeutender Deutscher aufzustellen, die offenbar *nicht* in der offiziellen Gunst der Partei stehen. Die unvollständige Übersicht will nur belegen, welche Namen in der deutschen Geschichte – bisher zumindest! – den Maßstäben der SED an die „besten Söhne und Töchter des deutschen Volkes“ nicht standhalten:

Albrecht Dürer, Paul Gerhardt, Walther von der Vogelweide, Georg von Knobelsdorff, Peter Josef Lenné, Gotthold Ephraim Lessing, Caspar David Friedrich, Joseph von Eichendorff, Richard Wagner, der Große Kurfürst, Karl von Clausewitz, Adolf Menzel, Johann Gottlieb Fichte, Karl von Hardenberg, Heinrich von Kleist, Leopold von Ranke, Dietrich Bonhoeffer, Julius Leber, Georg Büchner, Freiherr vom Stein, Theodor Fontane, Gerhart Hauptmann, Rainer Maria Rilke, Schopenhauer, Ernst Moritz Arndt, Lucas Cranach, Carl Zuckmayer, Theodor Storm, Marschall Blücher.

Wo Dozenten und Studenten von mehr Leistung träumen

PETER PHILIPPS, Bonn

Nebenan lärmten übermütige Grundschüler auf dem Pausenhof, auch die Festversammlung selbst war weniger steif und festlich als vielmehr locker und erwartungsfroh: In einem – wegen Schülermangels bisher leerstehenden – Seitenflügel der Gesamtschule in Koblenz-Karthause hat die private „Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung“ gestern mit 60 Erstsemestern ihren Studienbetrieb aufgenommen. Hanno Ludwig, Präsident der örtlichen Industrie- und Handelskammer, umriß noch einmal das selbstgesteckte Ziel: Nicht „Funktionäre oder Technokraten heranzubilden, sondern den wissenschaftlich umfassend gebildeten Generalisten, der sich in seinem Berufsleben mehrfach spezialisiert“.

Wie eine Gemeinschaft von Pionieren auf dem Treck gen Westen versicherten sich Dozenten und Studenten gestern noch einmal gegenseitig, die gleichen Ziele vor Augen zu haben. Udo Glittenberg, „spiritus rector unserer Hochschule“ (Ludwig), hatte Lehrer und Lernende gebeten, sich erst einmal kurz miteinander bekannt zu machen. Einer nach dem anderen standen die Studenten hinter ihren Schulbänken auf und nannten außer ihrem Namen auch kurz Lebenslauf und Begründung für ihren nicht risikofreien Weg nach Koblenz. Die Bundeswehr hatten die männlichen Studenten fast alle nur „abgerissen“, um dann schnell eine Lehre (meist bei Banken) oder ein Industrie-Praktikum zu absolvieren. Auslandsaufenthalte, häufig im angelsächsischen Raum und in Frankreich, rundeten die Vitae ab.

Sönke Albers, Lehrstuhlinhaber in Koblenz für Betriebswirtschaftslehrer mit Schwerpunkt Marketing und soeben von einem einjährigen Aufenthalt in Stanford zurück, griff die von allen Studenten beschriebenen Koblenzer Träume von mehr „Effektivität“ im Studium, von „Leistung, Internationalität und Praxisbezug“ auf und versprach „Sie so zu fordern, daß Sie auch ihre Leistung erbringen können“. Vorlesungen herkömmlicher Art werde es bei ihm nicht geben: Er werde „Gliederungen“ verteilen, die Studenten müßten sich „als Vorleistung“ in Themen einlesen „und einige dann jeweils diese Vorleistung auch mündlich präsentieren“. Ihm schweben „Diskussionen“ zwischen Lehrer und Lernenden nach amerikanischem Vorbild vor.

Der in Koblenz vor allem angestrebte Praxisbezug der Ausbildung kam bereits gestern nachmittag zu seinem Recht: Mit Bussen wurden die Studenten in ein Unternehmen nach Neuwied gebracht, wo ihnen Vorstandsmitglied Claus Freiling, der zugleich als Lehrer an der Hochschule tätig sein wird, nach einer Führung durch die Fabrik im Gespräch „Gedanken aus unternehmerischer Praxis zum Hochschulbeginn“ übermittelte.

Dabei war unter den Zuhörern einer, der nicht nur sein Student, sondern zugleich auch sein Kollege war: In der morgendlichen Vorstellung hatte der 37jährige Peter W. von sich erzählt, daß er kurz nach seinem Abitur vor 15 Jahren geheiratet und deshalb auf ein Studium verzichtet habe. Inzwischen habe er sich eine Existenz als Selbständiger aufgebaut, die Familie sei auch so weit, daß er nun in Koblenz sein Studium innerhalb von acht Semestern nachholen könne.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Falsche Ausbildung“

Anwälte nennen den Gesetzgeber „problemblind“

H.-H. HOLZAMER, Bonn

Kritik am Gesetzgeber, der vor ständig steigenden Anwaltszahlen die Augen verschließe, hat der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer Klaus Schmalz geübt. Auf der Feier zum 25. Bestehen der Bundesrechtsanwaltskammer in der Bonner Redoute sagte Schmalz, man habe die Warnungen und Mahnungen seit Jahren in den Wind geschlagen. Vor den Spitzen der deutschen Rechtspflege, darunter den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Zeidler, des Bundesgerichtshofs Pfeiffer und des Bundesarbeitsgerichts Kissel, kritisierte der Kammerpräsident insbesondere die Novelle zur Juristenausbildung. Sie habe nicht einmal zur Kenntnis genommen, daß „die Juristen heute nicht mehr überwiegend Richter, sondern Anwalt werden, zu zwei Drittel Anwalt zu drei Prozent Richter.“ Zu den 1984 zugelassenen 45 000 Anwälten kämen in den nächsten 10 Jahren weitere 50 000 dazu. 1979 seien es erst 18 000 gewesen. Der Gesetzgeber sei dieser Situation „problemblind“ entgegengeschlittert.

Schmalz kündigte an, man wolle sich in der Zukunft verstärkt darum bemühen „durch Ausbau der Spezialisierung und deren Kundmachung“ weitere „Tätigkeitsgebiete“ für den Rechtsanwalt zu erobern. Er dachte dabei an ein stärkeres Engagement im Sozial- und Arbeitsrecht und entsprechende Hinweise auf dem Kanzleischild. Hier haben die Gewerkschaften, zu deren Domäne die Beratung und Vertretung in diesen Bereichen zählt, schon Bedenken angemeldet. Darüber hinaus will die Rechtsanwaltskammer die europa- und weltweite Betätigung deutscher Juristen forcieren. Ein Mittel gegen die „Anwaltsschwemme“ sei dies allerdings nicht.

Bundesjustizminister Hans Engelhard wies in seiner Rede die Kritik an der geplanten Novelle zur Juristenausbildung zurück. Mit der neuen Ausbildungordnung werde vielmehr „der Zustrom von Studenten zum Jurastudium durch frühzeitige Leistungskontrolle an den Universitäten eingedämmt“. Der Minister glaubte insofern schon eine „Trendwende“ ausmachen zu können. Mit einer Novelle zur Bundesrechtsanwaltsordnung will Engelhard der Forderung der Anwaltschaft nach Fachgebietsbezeichnungen in Spezialbereichen und nach stärkerer internationaler Betätigung nachkommen.

Bonn muß sich auf eine Prozeßlawine einstellen

Städte und Waldbesitzer führen wegen des Waldsterbens Musterprozesse gegen Regierung und Energieunternehmen

XING-HU KUO, Stuttgart

Auf die Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen rollt offensichtlich eine Prozeßlawine wegen des zunehmenden Waldsterbens zu. Immer mehr Städte, betroffene Organisationen und auch einzelne Geschädigte haben seit etwa einem Jahr begonnen, Entschädigungsforderungen auf gerichtlichem Wege einzureichen. Dabei werden verschiedene Wege beschritten, allerdings ist eine Koordinierung solcher Musterprozesse unverkennbar. Die Opfer des Waldsterbens, sowohl kommunale als auch private Waldbesitzer, wollen zunächst ausloten, wie man am besten zu seinem Recht (und Geld) kommt.

Der neueste Fall ist die Stadt Rottenburg bei Stuttgart. Der 31köpfige Gemeinderat der 32 000 Einwohner zählenden Stadt beschloß mit nur einer Gegenstimme am 11. September, grünes Licht für eine solche Klage zu signalisieren. Oberbürgermeister Winfried Löffler, selber ein Jurist, CDU-Mitglied, erklärte in einem WELT-Gespräch, aufgrund des fast einmütigen Votums des Gemeinderats (31 CDU, 13 SPD und drei FDP-Abgeordnete, die Grünen sind nicht im Stadtparlament) habe er einen Anwalt beauftragt, die Klage demnächst beim zuständigen Landgericht in Stuttgart einzureichen.

Löffler: „Wir haben seit Jahrhunderten Waldbesitz, derzeit 3200 Hektar. Als finanzschwache Gemeinde sind wir auf jeden Pfennig angewiesen, der aus diesem Wald kommt.“ Durch die enormen Erkrankungen auch in Rottenburg erleidet die Stadt seit 1983 einen Verlust von jährlich 180 000 Mark, berichtete Löffler: „Diese Zahl dürfte inzwischen wieder überholt sein, angesichts der rapiden Zunahme des Waldsterbens.“ Die Stadt hat einen Verursacher gefunden, nämlich die Energie-Versorgung Schwaben (EVS).

Von diesem Unternehmen, das in der Nähe von Rottenburg (Heilbronn, Bexbach, Ensdorf) Kohlekraftwerke ganz oder teilweise besitzt, fordert Rottenburg eine jährliche Entschädigung von 50 000 Mark. OB Löffler: „Es gibt ja auch andere Verursacher, deshalb nur ein Teilbetrag.“

Die Stadtverwaltung hatte nach Angaben Löfflers versucht, auf schriftlichem und mündlichem Wege eine Lösung ohne Gerichte mit dem Unternehmen zu finden. Die EVS jedoch lehnte strikt eine Entschädigung ab, wofür Löffler sogar ein „gewisses Verständnis“ aufbringt: „Wenn die EVS uns auch nur das kleinste Angebot unterbreitet, werden alle kommen.“

Als erste Großstadt plant Augsburg (Bayern, SPD-regiert) einen Gang vor den Kadi. Allerdings ist der „Angeklagte“ hier nicht ein einzelnes Unternehmen, sondern beklagt wird die Bundesregierung. Wie ein Sprecher der Stadtverwaltung der WELT mitteilte, warte sie nur noch auf ein Gutachten des Rechtsexperten Professor Dieter Suhr (Augsburg). Ende November könnte dann der Stadtrat eine solche Klage beschließen. Vor allem soll Bonn dazu verpflichtet werden, das Immissionsgesetz besser zu erfüllen, konkrete Geldforderungen stellt Augsburg jedoch nicht, betonte der Sprecher der Stadt, die mit Unterstützung des Bayerischen Städtetages und des Bauernverbandes den Prozeß beginnen will.

Ein Kölner und ein Münchner Gericht haben inzwischen Klagen von Waldbesitzern auf Schadensersatz als „unbegründet“ zurückgewiesen. Das Oberlandesgericht München erklärte hierzu im Frühjahr dieses Jahres: „Der einzelne Baum in einem Wald oder ein einzelner Wald selbst ist kein Gegenstand des öffentlichen Nutzens.“ Diese Interpretation veranlaßte den Rechtsanwalt der Kläger zu der ironischen Bemerkung, bisher seien auch Litfaßsäulen, Briefkästen und Ruhebänke „Gegenstände des öffentlichen Nutzens“. Die zwei Waldbesitzer hatten die bayerische Staatsregierung und zwei Energiebetriebe auf Schadensersatz verklagt.

Noch in der Schwebe ist ein „Musterprozeß“ der Eheleute Franz und Maria Gebele aus dem Schwarzwald gegen die Bundesregierung. Pressesprecher Lohrmann von der „Forstkammer Baden-Württemberg – Waldbesitzerverband e. V.“, in deren Auftrag das Paar diesen Weg gegangen ist, berichtete, das Landgericht Offenburg warte jetzt auf ein Gutachten. Zwischen dem Bundesinnenministerium und der Forstkammer bzw. den Klägern gab es zunächst ein längeres Hickhack um die Frage des Gutachters. Hier sei alles noch in der Schwebe, so Lohrmann.

Übereinstimmend loben die Opfer des Waldsterbens die neueste Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 18. September dieses Jahres: In Umweltprozessen soll nicht der Geschädigte, sondern der Schädiger den Nachweis führen, daß er nicht der Verschmutzer ist.

Ohne politische Änderung in Nicaragua bleibt Mittelamerika ein großes Pulverfaß

Nach der Konferenz von San José: Lage und Perspektiven einer Krisenregion / Großzügige US-Wirtschaftshilfe

Von WERNER THOMAS

Nach dem Ende der Außenminister-Konferenz in San José fühlt sich mancher Beobachter an die Worte des costaricanischen Präsidenten Luis Alberto Monge zum Auftakt des Ereignisses erinnert. Er hatte vor „übertriebenen Erwartungen" gewarnt. Viel wurde bei der diplomatischen Großveranstaltung in der Tat nicht erreicht.

Die Situation ist so explosiv wie zuvor. Mittelamerika wird ein Pulverfaß bleiben. Ein Vertreter des honduranischen Außenministeriums erläuterte: „Die Europäer können trotz ihres wirtschaftlichen Gewichts keine entscheidende Rolle spielen. Es fehlt ihnen der politische und militärische Einfluß." Selbst die wirtschaftlichen Initiativen waren bisher gering: Während die USA seit 1979 diesen Ländern fast zwei Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe gewährten, kamen aus den EG-Nationen lediglich 125 Millionen Dollar.

Napoleon Duarte, der christdemokratische Präsident El Salvadors, nannte den Mittelamerika-Konflikt einmal „einen Konflikt vieler Himmelsrichtungen". Nord–Süd: Die sozialen Spannungen bilden den Nährboden für die Keime der Gewalt. Ost–West: Mit der Machtübernahme der marxistischen Sandinisten wechselte ein Land der Region das ideologische Lager. West–West: Europäische Kritiker, allen voran deutsche und skandinavische Sozialdemokraten, verurteilen den Kurs der Reagan-Regierung, der die Entwicklungen Mittelamerikas in den letzten dreieinhalb Jahren bestimmte und weiterhin bestimmen sollte.

Die Konfrontation der Sandinisten mit dem Amerika Ronald Reagans war unvermeidbar. Als die Comandantes im Juli 1979 die Somoza-Diktatur stürzten, träumten sie von einem sozialistischen Mittelamerika. Auf ihrem revolutionären Marschplan standen zunächst El Salvador und Guatemala. „El Salvador wird siegen", verkündeten die Transparente in Managua. Ein Diplomat in der nicaraguanischen Hauptstadt meinte damals schon: „Die Amerikaner dulden so wenig ein zweites Nicaragua in Mittelamerika wie die Sowjetunion einen militanten antikommunistischen Staat in ihrer Nachbarschaft."

Präsident Reagan erläuterte seine Politik einmal so: „Wir wollen der Welt zeigen, daß wir keine feindseligen kommunistischen Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent tolerieren werden."

An dem Salvador-Problem scheiterte ein fast fünfmonatiger Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und den Sandinisten in der zweiten Hälfte des Jahres 1980. Die Sandinisten lehnten die amerikanischen Forderungen für eine Normalisierung der Beziehungen ab, darunter an erster Stelle ein Ende des Revolutionsexports. Im November 1980 beauftragte Reagan dann seinen Geheimdienst CIA, einer anti-sandinistischen Guerrilla-Bewegung auf die Beine zu helfen. Anfang 1982 begann der Krieg der „Contras".

Dieser Krieg hat eine neue Situation geschaffen: Die Comandantes gerieten plötzlich in die Defensive. Der größte Guerrilla-Konflikt Lateinamerikas findet heute in Nicaragua statt, wo zwischen 12 000 und 15 000 Rebellen gegen die sandinistische Regierung kämpfen, hinter der allerdings 120 000 Uniformträger stehen. Die Zahl der salvadorianischen Partisanen wird auf 8000 geschätzt.

Der 1. Juli 1984, die Machtübernahme Duartes, war ein weiteres Schlüsseldatum. Das Bild der Tyrannei und der Todesschwadronen, das oft von El Salvador gezeichnet wurde, stimmte nicht mehr. Ein Christdemokrat, der in Westeuropa ein Sozialdemokrat wäre, regierte plötzlich dieses Land. Nach einer Umbildung der Sicherheitsorgane gingen die Menschenrechtsvergehen zurück. Der amerikanische Kongreß bewilligt heute ohne große Debatten die Militärhilfe. Den marxistischen Rebellen der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) gelang seit Monaten kein spektakulärer Schlag mehr. Die langerwartete Herbstoffensive ist bisher nicht gekommen.

El Salvador liefert nur noch sporadisch Schlagzeilen. Es ist auch ruhiger geworden um Costa Rica, Honduras und Guatemala.

Guatemala, das bevölkerungsmäßig größte Land der Region (acht Millionen Einwohner), löste die schweren Guerrilla-Probleme der Jahre 1981 und 1982 ohne amerikanische Hilfe. Die Aussichten auf einigermaßen faire Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr haben die innenpolitische Situation entspannt. Costa Rica, das einzige Land Lateinamerikas ohne Armee, profitierte von einer massiven wirtschaftlichen Unterstützung der Amerikaner, die fast 300 Millionen Dollar in den letzten zwei Jahren erreichte.

In dem ebenfalls demokratisch regierten Honduras verfügen die Amerikaner über ein Netz militärischer Einrichtungen zur Überwachung und Abschreckung Nicaraguas. Die linken Chinchoneros-Guerrillas, die Anfang der achtziger Jahre mit Entführungen und Anschlägen Aufsehen erregten, traten in letzter Zeit kaum noch in Erscheinung.

Nicaragua, das erste Glied der Krisenkette, steht heute wieder im Mittelpunkt. Bernd Niehaus, der frühere Außenminister Costa Ricas, meint: „Der Schlüssel zur Lösung des Konflikts liegt in Managua. Wenn die Sandinisten den Revolutionsexport stoppen und sich um ihre eigenen Probleme kümmern, wird wieder Frieden herrschen in dieser Region. Wenn nicht, gefährden sie sich selbst."

Nicaraguas Nachbarschaft hat die Mitteilung der Comandantes, daß sie nun doch das 21 Punkte umfassende Friedensprogramm der Contadora-Staaten akzeptieren wollen, skeptisch aufgenommen. Fast überall wurde diese Entscheidung als taktisches Manöver im Hinblick auf die San-José-Konferenz gewertet. Daß die Sandinisten nun tatsächlich freie Wahlen durchführen, ihren Opponenten Amnestie gewähren, die Aufrüstung stoppen und die 3000 kubanischen Militärberater nach Hause schicken, will kaum jemand glauben. Die Comandantes lehnten die Forderungen des salvadorianischen Präsidenten Duarte ab, die oft vage gehaltenen Formulierungen des Programms zu präzisieren.

General Manuel Antonio Noriega, der panamaische Militärkommandeur, prophezeite dieser Tage: „Contadora wird mit dem ersten Flug russischer MiGs über dieser Region zusammenbrechen." Nicaraguas Verteidigungsminister Humberto Ortega hat bereits angekündigt, daß er für Ende des Jahres Kampfjäger dieses Typs erwartet. (SAD)

Junge Islam-Extremisten schrecken Indonesien auf

Tote bei Unruhen / Infiltration von Kommunisten?

CHRISTEL PILZ, Jakarta

Ganz Jakarta diskutiert dieser Tage die Frage, was hinter den jüngsten Ausschreitungen im Hafenviertel Tanjug Priok steckt. Militärs hatten das Feuer auf etwa eintausendfünfhundert jugendliche Rowdies eröffnet, als diese mit Fleischermessern, Sicheln und Eisenstangen bewaffnet im Namen Allahs auf die Prioker Polizeistation marschierten, Warnungen ignorierten, Geschäfte in Brand steckten und Autos demolierten. Die Bilanz: neun Tote, 53 Verletzte, sechs Verhaftete (so die offizielle Version), Schock unter den Politikern, Entsetzen unter der Bevölkerung .

Die Priok-Unruhen dauerten nur Stunden. Ruhe und Ordnung sind wieder hergestellt. Doch Soldaten stehen Wache, und die Chinesen, die die Geschäftswelt kontrollieren, sind nervös. Manche haben schleunigst das Land verlassen. Die Erfahrung hat sie gelehrt, daß immer sie die

DIE ANALYSE

Prügelknaben sind, wenn die Volkswut auf die Straßen geht. Wird der Vorfall weitere Kreise ziehen? Die Stimmung ist gespannt. Die Zeitungen und die beiden Oppositionsparteien „Islamische Entwicklungspartei" (PPP) und die „Demokratische Partei" (PDI) fordern Aufklärung der Hintergründe. General Benny Murdani, als Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Chef aller Geheimdienste der zweitmächtigste Mann hinter Präsident Suharto, behauptet, daß die Urheber islamische Extremisten waren. Vor ihrer Straßenaktion hätten sie zur Abendpredigt eine Prioker Moschee besucht.

Es ist möglich, daß ein islamischer Gesetzeslehrer sie aufgehetzt hat. So gesehen wären die Ausschreitungen als bloßer Amoklauf zu interpretieren, wie ihn Regimekritiker schon seit Jahren prophezeien. Fünfundfünfzig Prozent der 150 Millionen Indonesier sind jünger als fünfzehn Jahre. Nur fünf Prozent all derer, die sich an einer indonesischen Universität einschreiben, halten bis zum Examen durch. Was machen die Aussteiger, die ihr Versagen oft dem System zuschreiben? Politische Aktivitäten sind verboten. So ist für viele der das ganze Leben umfassende Islam eine Alternative – nie zuvor hat der Islam eine größere Rolle in der indonesischen Gesellschaft gespielt.

Es gehört zum guten Ton, während des islamischen Fastenmonats mitzumachen, Mitglied islamischer Diskussionsgruppen zu sein und nach Mekka zu pilgern, was allein in diesem Jahr sechzigtausend Indonesier tun. Die treibende Kraft aber liegt bei der Jugend. 80 bis 90 Prozent all derjenigen, die die 600 Moscheen in Jakarta füllen, sind Jugendliche. Sie glauben gerne den Worten mancher Prediger, die ihnen eine Lösung aller Probleme vorgaukeln, wenn Indonesien ein Islam-Staat würde. Daß der Islam nicht Staatsreligion ist, ist strenggläubigen Muslims ein ständiges Ärgernis. Neunzig Prozent der Bevölkerung gehören – zumindest formell – dem Islam der sunnitischen Glaubensrichtung an. Schon in den fünfziger Jahren haben Extremistengruppen einen „heiligen Krieg" inszeniert und ganze Landesteile blutig terrorisiert. Seitdem sieht Benny Murdani in Islam-Extremisten den „Feind Nummer eins".

Murdani hält sie für gefährlicher als die Kommunisten, die seit ihrem mißlungenen Putschversuch im September 1965 keine Basis mehr bei der Bevölkerung haben. Das aber heißt nicht, daß es keine Kommunisten mehr gibt. Es gibt sie. In Zellen organisiert, die im Untergrund sitzen und die nach Auskunft von Kennern der Situation sich als gute Muslims kaschieren und islamische Organisationen infiltrieren. Waren die Priok-Ausschreitungen von langer Hand lanciert, sei es von Islam-Extremisten oder getarnten Kommunisten?

Immerhin kamen die Priok-Ausschreitungen nicht ganz unerwartet. Wie ein Vertreter der Sicherheitsbehörde Bakin der WELT erklärte, rechnet die Regierung mit Störaktionen militanter Islam-Gruppen, um das im Oktober zusammentretende Parlament an der Verabschiedung eines Gesetzes zu hindern, das die Staatsphilosophie „Panca Sila" zum alleinigen Prinzip für alle Parteien und für alle Massenorganisationen erhebt. Radikale Islam-Gruppen sehen darin einen Schachzug der Regierung, um ihnen die Möglichkeit zu legaler politischer Agitation zu entziehen .

Reagan bei Erstwählern am beliebtesten

SAD, New York

Ronald Reagan, der älteste Präsident in der amerikanischen Geschichte, ist bemerkenswerterweise bei den Erstwählern am beliebtesten. Zu diesem überraschenden Ergebnis kommt eine Meinungsumfrage für das Nachrichtenmagazin „Time".

In der Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren führt der 73jährige Reagan mit 63 Prozent der Stimmen gegenüber 18 Prozent für Walter Mondale. Dies sind fast zehn Prozentpunkte mehr als bei jeder anderen Altersgruppe, ermittelte das Meinungsforschungsinstitut „Yankelovich" bei einer Umfrage unter registrierten Wählern zwischen dem 18. und 20. September.

Die Umfrage ergab weiter, daß Reagan in jeder Bevölkerungsgruppe seinen Gegner schlagen würde, wenn Wahlen stattfinden würden. Selbst die weniger als 10 000 Dollar Verdienenden gaben an, für Reagan stimmen zu wollen. Nur 33 Prozent gaben Mondale als ihren Kandidaten an.

Dagegen haben Walter Mondale und Mitbewerberin Geraldine Ferraro keine Fortschritte unter den traditionell demokratischen Wählern, den Arbeitern, gemacht. Selbst hier gaben 49 Prozent an, für Reagan stimmen zu wollen, nur 30 Prozent für Mondale. Von den befragten Demokraten erklärten 30 Prozent, daß sie für Reagan stimmen würden, Mondale kann hier mit 49 Prozent rechnen.

Durban: Anklage fallengelassen

AP/DW. Johannesburg

Die zuständige Staatsanwaltschaft in Südafrika hat gestern die Anklage gegen drei Regierungsgegner fallengelassen, die sich am 13. September ihrer Verhaftung durch die Flucht in das britische Konsulat in Durban entzogen hatten. Die britischen Behörden haben insgesamt sechs Südafrikanern vorläufiges Asyl in dem Konsulat in Durban geboten.

Im Zusammenhang mit dem Boykott der jüngsten Wahlen in Südafrika zu Parlamentskammern der Mischlinge und der Inder war unter dem geltenden Sicherheitsgesetz die Verhaftung der sechs angeordnet worden. Drei von ihnen sollten sich vor Gericht wegen der Störung einer Rede von Ministerpräsident Pieter Botha vor einem Jahr verantworten. Diese Anklage, unter der auch 43 andere standen, wurde jetzt aufgehoben.

Gromykos Besuch war auch für Moskau nötig

Das Weiße Haus analysiert die jüngsten Gespräche

TH. KIELINGER, Washington

Wer ist der Mann, der in der vergangenen Woche an die Türen der amerikanischen Administration klopfte und sich insgesamt achteinhalb Stunden lang mit den Spitzen der Exekutive, dem Präsidenten und seinem Außenminister, unterhielt? Welche Stellung nimmt er innerhalb der Machtstruktur seiner eigenen Regierung ein?

Diese Fragen hat sich das offizielle Washington schon seit längerem gestellt – eigentlich seit jenem Zeitpunkt im August, als der Kreml grünes Licht für Andrej Gromykos Besuch in der amerikanischen Hauptstadt gab. Das Washingtoner Gipfeltreffen weckt unter Regierungsmitgliedern nicht nur kühne Hoffnungen auf einen „regelmäßigen Diskurs mit Moskau von steigender Qualität" (Sicherheitsberater Robert McFarlane), es hat unter amerikanischen Sowjetexperten auch bestimmte Interpretationen über Gromyko und seine Rolle im Machtzentrum des Kreml gefestigt.

Übereinstimmend herrscht die Ansicht vor, daß mit Gromyko als der Verkörperung sowjetischer außenpolitischer Kontinuität der gewichtigste Mann in Washington erschienen ist, den Moskau heute auf internationalem Felde einzusetzen hat. Diese Stellung Gromykos innerhalb des Machtkerns im Kreml ist nach amerikanischer Ansicht unerschütterlich. Doch müsse selbst eine machtpolitisch so gefestigte Persönlichkeit ständig ihren Rang und ihre Stellung beglaubigen lassen. In bezug auf Washington schien Gromyko allmählich an Boden zu verlieren: Er hatte seit Herbst 1979 keinen amerikanischen Präsidenten mehr persönlich erlebt. Sein Besuch in der letzten Woche, so sieht es das Weiße Haus, war daher auch eine ganz persönliche Reinvestition des sowjetischen Außenministers in sein heimisches Prestige.

Wichtigste Adresse

Mögen die Beziehungen zwischen den Supermächten auf einen historischen Tiefpunkt gesunken sein: Washington ist nach wie vor die wichtigste Adresse für einen sowjetischen Außenminister, sich erneut zu profilieren und der statusorientierten Nomenklatura zu Hause zu signalisieren: Ich bin im Gespräch, auf höchster Ebene. „Es ist erheiternd, sich vorzustellen, daß hier zwei Männer in eine Aussprache vertieft waren, die beide in heimischen Wahlkämpfen stehen", sagte ein Kommentator der amerikanischen Fernsehstation CBS über das Reagan-Gromyko-Treffen. Gromykos „Wahlkampf", so weit stimmen die Fachleute in der Administration dieser Metapher zu, ist die seit Jahren dauerhafte Übergangskrise an der sowjetischen Führungsspitze.

Welche praktischen Schritte für die zukünftige sowjetische Politik folgen nun aus diesem Bestätigungsritual für Andrej Gromyko? Fachleute bezweifeln, daß es dieser Gespräche bedurfte, um einem Kenner wie Gromyko die Augen über die Reagansche Machtpolitik zu öffnen. Die Linie dieser Administration liegt seit Jahren weltweit sichtbar vor Augen, skandierend nach dem Dreitakt: Realismus (ein Codewort für illusionslose Einschätzung des sowjetischen Gegenüber), Stärke, Dialogbereitschaft.

Positives Signal

So bleibt vielleicht die (optimistische) Schlußfolgerung, daß der Kreml mit dem Besuch Gromykos selber bereits das entscheidende Signal senden wollte – die Bereitschaft, in einer voraussichtlichen zweiten Reagan-Amtszeit den vom Präsidenten angestrebten Dialog aus eigenem Interesse heraus zu suchen. Noch hielt der Außenminister alle Karten bedeckt. „Es war kein neuer Gromyko, den wir da zu sehen bekamen", sagt man im Weißen Haus. In der Tat, der Gesprächston des Gastes war hart und „direkt".

Aber die Amerikaner sind es seit Jahrzehnten gewohnt, auf diese Art von Moskau angegangen zu werden. Gromyko schmettert zunächst die Verbalinjurien der Verdammnis über der amerikanische Politik aus – doch dann kommt er und erweist dem Präsidenten persönlich die beste Wahlkampfreverenz, die dieser sich denken konnte. So war es auch in einem Augenblick der historischen Krise, im Oktober 1962, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die sowjetischen Raketen auf Kuba: Innerhalb weniger Tage schickte Chruschtschow zwei Botschaften an Präsident Kennedy, die eine von dunkel drohendem Inhalt, die andere geschrieben wie mit dem Ölzweig der Verständigung. Kennedy ignorierte damals bewußt die drohende Note und nahm das Kompromißsignal für bare Münze; nach wenigen Tagen zeichnete sich die Entspannung um Kuba ab.

Ähnlich ist das Weiße Haus auch diesmal entschlossen, nachdem es Mr. Gromyko gleichsam seine Akkreditierung als Großfürst der sowjetischen Außenpolitik erneut bestätigt hat, das Faktum seines Kommens als die „positive Note" zu nehmen.

Polens Jugend will Demokratie

J. G. G. Köln

Polens Jugend favorisiert die westliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. US-Präsident Ronald Reagan wird wegen seiner konsequenten Politik gegenüber den osteuropäischen Regimen bewundert. Das geht aus einer neuen Umfrage hervor, deren Ergebnis die Warschauer Wochenzeitung „Lad" (Die Gesellschaftsordnung) in ihrer jüngsten Ausgabe veröffentlichte. Der Bericht trägt deutliche Spuren des Zensors. Großes Ansehen genießen bei der Jugend Polens Persönlichkeiten aus der Geschichte des Landes, voran der Gründer der polnischen Zwischenkriegsrepublik, Marschall Jozef Pilsudski.

Vom Warschauer Pakt, dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der polnisch-sowjetischen Freundschaft halten, so „Lad", die jungen Menschen nicht viel oder gar nichts, desgleichen vom Sozialismus. Sie wollen „so wie im Westen leben", die Interessen des kommunistischen Polen und dessen „Staatsraison" interessieren sie nicht, klagt das Blatt. Was die Jugend anstrebe, sei „Wohlstand, ein gewisser Lebensstandard, Demokratie und Unabhängigkeit".

Kreml sandte neuen General zur NVA

W. K. Bonn

Der viereinhalb Monate verwaiste Posten des Vertreters des Oberkommandierenden des Warschauer Paktes in der „DDR"-Armee ist in dieser Woche mit Generaloberst Wladimir Merezkow, einem Panzeroffizier, neu besetzt worden. Der Tod seines Vorgängers, Generaloberst Romanow, ist nach wie vor von Geheimhaltung umgeben. Romanow war als Chef der Luftabwehr 1983 für den Abschuß des südkoreanischen „Jumbos" mit 269 Passagieren verantwortlich gemacht und am 1. Mai 1984 auf den Posten des Verbindungsoffiziers zur „Nationalen Volksarmee" abkommandiert worden. Am 8. Mai trat er zum letzten Mal in der Öffentlichkeit auf.

Sein Nachfolger ist Sohn von Kyrill Merezkow, Stalins Generalstabschef zu Beginn des Krieges mit Deutschland. Bei einem Empfang zu seinem Dienstantritt in Ost-Berlin erwähnte der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker Merezkows Vorgänger Romanow nicht.

FREUNDLICH & KOMPATIBEL



DIE OLIVETTI PERSONAL COMPUTER FAMILIE MIT EUROPÄISCHEM KNOW-HOW.

In den Olivetti Personal Computern steckt die Erfahrung des größten europäischen Büro- und Informatik-Konzerns: all das Wissen, das Tag für Tag durch den Kontakt mit Unternehmen und Computerspezialisten in ganz Europa erworben wird – seit es Computer gibt. Und wenn wir Lösungen erarbeiten, berücksichtigen wir von vornherein Ihre Bedürfnisse, Ihre Arbeitsgewohnheiten und Ihre Vorstellungen.

Die Personal Computer von Olivetti sind selbstverständlich hardware- und softwarekompatibel zum internationalen Industriestandard. Aber sehr viel leistungsfähiger in der Verarbeitung von Text, Daten und Grafik. Und dabei so ausbaufähig, daß sie immer soviel Kapazität bereitstellen, wie Sie gerade brauchen. Die Olivetti Personal Computer wachsen Schritt für Schritt mit Ihrem Bedarf – bis zu einem lokalen Netz – wenn Sie es wünschen.

Die Personal Computer von Olivetti: Made in Europe. Die Alternative.

olivetti

Größter europäischer Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Bitte schicken Sie diesen Coupon an:
Deutsche Olivetti GmbH, Postfach 2012,
Kaiser-Friedrich-Promenade 89, 6380 Bad Homburg 1
Name: ....
Firma: ....
Straße: ....
PLZ/Ort: ....
PC1/43-Welt

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Recht oder „Formelkram"?

„Deutsche Nagelprobe"; WELT vom 11. September

Ihre Zeitung hat aus der Feder des Chefredakteurs am 11. September die Frage aufgegriffen, warum eigentlich Willy Brandt den Status-Unterschied zwischen Bonn und Ost-Berlin herunterspielt, die Unterscheidung für „dummes Zeug" und sonst noch manches für „Formelkram" hält. Der Kern des Problems liegt in seiner alten Geringschätzung des Rechts und juristischer Klarstellungen. Auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn, beim Empfang des Nobel-Friedenspreises im Oktober 1971, hat Brandt erklärt: „Ich habe ‚reale Lage' gesagt. Die erkennt man nicht, wenn man der Selbsttäuschung unterliegt oder Politik mit Juristerei verwechselt. Der Kreml ist kein Amtsgericht." Was der damalige Bundeskanzler gesagt hat, zeugt nicht nur von einer Geringschätzung des zwischen den gesitteten Staaten geltenden Völkerrechts, es war auch, mit der erklärten Bereitschaft die Machtpolitik Breschnews hinzunehmen, ein schwerer taktischer Fehler. Zugleich war es ein Schlag gegen die Männer des Prager Frühlings, die Breschnew keine zwei Jahre vorher niedergeschlagen hatte. Brandt war nie in der Lage, sich des Rechts wie einer Waffe zu bedienen, um mit diesem Potential für Deutschland noch zu retten, was gerettet werden konnte.

Wer aber glaubt, eine Politik besser ohne das Recht und nur mit dem „Wandel durch Annäherung" und Vor-Leistungen machen zu können, wird bei seinen Vertragspartnern schnell an Respekt verlieren. In dieser Einstellung, der kaum ein anderer Ministerpräsident in Europa in dieser Form Ausdruck verliehen hätte, hat der Kreml eine willkommene Chance gesehen, seine Art der Entspannung zu verwirklichen. Auf viele Deutsche hat diese Entspannungs-Euphorie wie ein Schlafmittel gewirkt, bis Jimmy Carter nach dem Einmarsch in Afghanistan bekannte, von Breschnew getäuscht und betrogen worden zu sein. Carter hat das zugegeben, von Brandt ist das Eingeständnis, daß Breschnew die Entspannung zur größten Vor- und Überrüstung, damit zur größten Bedrohung der Bundesrepublik und des gesamten Westens ausgenützt hat, nie zu erwarten. So wurde der Nachrüstungsbeschluß notwendig.

Es ist gut, daß man sich wieder auf Rechtspositionen besinnt. Nur in einem Rechtskampf für die Menschenrechte, für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, kann es zu einem peaceful change, zu einer friedlichen Veränderung, kommen. Ausgetragen wird dieser Rechtskampf um eine echte Friedensordnung unseres Kontinents und um die Wiedervereinigung Deutschlands in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – KSZE. Hier versammeln sich die 35 Staaten der alten Völkerrechtsgemeinschaft mit der Aufgabe, der anderen Welt das Vorbild und Beispiel der Überwindung des Status quo von Jalta 1945 und von Oreanda 1970 zu geben.

Dr. Herbert Kutschera,
Hürth-Mitte

Heißer Zorn

„Kirchliche Aussperrung"; WELT vom 25. September

Sehr geehrte Redaktion,

ich möchte Ihnen Dank sagen für die Veröffentlichung des Artikels von Herrn von Loewenstern. Schon hatte ich gefürchtet, der unerhörte Vorgang von Barmen würde die Presse nicht beschäftigen. Dabei ist das, was dort geschehen ist, nicht nur symptomatisch für die Einstellung gewisser Kirchenleitungen und Pfarrer, sondern auch für die scharfe Auseinandersetzung, die sich zur Zeit in der Evangelischen Kirche vollzieht.

Schon lange befinden sich nicht wenige evangelische Pfarrer und erst recht viele Mitglieder der Kirche in ohnmächtiger Verzweiflung oder auch in heißem Zorn gegen die Gefolgsleute einer Theologie, die mit den Thesen von Barmen 1934 nicht zu vereinbaren ist. Wird das aber laut gesagt – was auf jener aus der Kirche gewiesenen Veranstaltung geplant war –, so reagieren viele Leitungsmitglieder in einer Art, für die der Barmer Vorgang bezeichnend ist.

Mir liegen die Briefe und Erklärungen vor, die zur Verweigerung der Kirche führten. Ich wurde als Zeitgenosse der Vorgänge von 1934 daran erinnert, daß die Nationalsozialisten jene freie, vom Kirchenrecht nicht gedeckte Synode nicht verhindert haben. Ich kenne die beschämenden Vorgänge, bei denen ein rheinischer Superintendent eine unglaublich widersprüchliche Rolle gespielt hat. Der Präses der Rheinischen Kirche vermittelte in einer rechtlich nicht zu beanstandenden Weise, die aber doch zur Rücknahme der bereits erteilten Genehmigung durch das Presbyterium geführt hat. Nun sind wir soweit, daß Christen daran gehindert werden, offen theologische Meinungen zu vertreten, die unanfechtbar sind, die aber gewissen Leuten nicht passen.

Heinrich Höhler,
ehem. rheinischer Superintendent und langjähriges Mitglied der Kirchenleitung
Auerbach

Zweierlei Recht

„Panitalianismus"; WELT vom 20. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir Tiroler müßten Andreotti eigentlich dankbar sein, daß er durch seine Äußerungen das Südtiroler Problem wieder aktualisiert hat. Wenn er nun behauptet, der Festzug in Innsbruck am 9. September hätte ihn dazu veranlaßt, zur deutschen Frage Stellung zu nehmen, so ist das sicher eine verunglückte Ausrede, deren Auswirkung er nicht vorhergesehen hat.

Dennoch ist Herr Andreotti ein gewiefter Politiker, der wohl versteht, daß es zwischen der Teilung Deutschlands und der Teilung Tirols eine Grundsätzlichkeit gibt – wenn nämlich die Deutschen ein legitimes Recht auf Wiedervereinigung haben, dann haben auch die Tiroler ein legitimes Recht auf Wiedervereinigung. Wenn er vom Tiroler Revanchismus spricht, möchte ich wissen, wie wir Tiroler wohl dem ach so mächtigen italienischen Staat gefährlich werden könnten?

Es geht uns nicht um Revanche, sondern ausschließlich um die Beseitigung des Unrechts. Ich gehöre auch zu denen, denen das Herz blutet, wenn sie über den Brenner fahren (auch bekannt als Unrechtsgrenze), weil sie noch nicht vergessen haben, daß die Besetzung Südtirols durch Italien seit 66 Jahren andauert und es den Südtirolern seither verwehrt wird, sich selbst zu entscheiden, was sie sein wollen. Und das geschieht nicht etwa in Litauen, Lettland oder Estland oder sonst irgendwo hinter dem Eisernen Vorhang, sondern im sogenannten freien Europa.

Im übrigen möchte ich mich ganz herzlich bei Herrn Carl Gustaf Ströhm bedanken für die objektive Berichterstattung in Sachen Südtirol.

Mit freundlichen Grüßen
Konrad Nagele,
Bad Vilbel

Wort des Tages

» Setze deine Hoffnung auf das Höchste, dort entzündet sich deine Liebe. Von dort erbitte Kraft, dort erwarte Lohn. Wenn wir uns gern mühen und freudig unseren Dienst verrichten, dann besitzen wir die Weite. «

Augustin von Hippo; Kirchenlehrer und Heiliger (354–430)

Einflußgrößen

„Freiheit ohne Sicherheit nicht denkbar"; WELT vom 18. September

Sehr geehrte Redaktion,

dem Verfasser des Artikels sei gedankt für den Ein- und Überblick, den er dem Leser über die Ursachen der wachsenden Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland gibt; doch scheinen mir drei wesentliche Gesichtspunkte für die Hauptverantwortlichen dieser Entwicklung und damit die Hauptverursacher zu fehlen:

- Unkenntnis und Mißachtung der 10 Gebote, wofür vor allem die Schulen und Kirchen die Hauptverantwortung haben;
- das in allen Schichten unseres Volkes festzustellende Anspruchsdenken, das vor allem von Politikern, Gewerkschaften und einzelnen Medien gefördert wird, die sich darin gefallen, die Begehrlichkeit von Bürgergruppen, besonders der charakterschwachen, wachzurufen und zu unterstützen;
- die Aufweichung des Strafvollzuges, wie er von dem damaligen Justizminister Heinemann in die Wege geleitet und heute besonders kraß in Hamburg praktiziert wird.

In diesen drei Einflußgrößen ist eine Wende besonders vordringlich, wenn wir nicht eines Tages im Faustrecht und im Kampfe aller gegen alle enden wollen.

Mit freundlichem Gruß
G. Holz,
Gelsenkirchen

Personalien

EHRUNGEN

Bundesverteidigungsminister **Manfred Wörner** ehrte zehn Soldaten der Bundeswehr, die bei den XXIII. Olympischen Spielen in Los Angeles Medaillen gewonnen hatten. Bei dem Empfang wies Wörner darauf hin, daß aus dem Bereich der Bundeswehr 51 Wettkämpfer in Los Angeles nominiert waren. Davon hätten 14 Athleten Medaillenplätze erzielt. Erfolgreichster Teilnehmer war der Schwimmer **Michael Groß** vom 2. Jägerbataillon 531 in Ahlen mit zwei Gold- und zwei Silbermedaillen. Der Minister bedankte sich bei den Soldaten für ihre „hervorragenden sportlichen Leistungen".

*

Kultusminister **Gerhard Mayer-Vorfelder** ist in Stuttgart mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Ministerpräsident **Lothar Späth** überreichte seinem Kultusminister den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. Mayer-Vorfelder wurde für sein erfolgreiches Wirken in der „Finanz- und Bildungspolitik" geehrt. Lothar Späth hob in einer Laudatio auch das große Engagement seines Ministers „für mehr Bürgernähe" hervor. Der Kultusminister, Jurist, begann seine Laufbahn in der baden-württembergischen Innenverwaltung. Er war beim Landratsamt in Nürtingen tätig. 1963 holte ihn der damalige Innenminister Dr. **Hans Filbinger** als persönlichen Referenten in sein Ministerium. 1966 ging Mayer-Vorfelder ins Staatsministerium. Bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär 1976 leitete er die Abteilung Grundsatz und Planung. Anschließend bis 1978 war er politischer Staatssekretär im Staatsministerium, 1978 schließlich Staatssekretär mit Kabinettsrang. Der Finanzexperte wechselte im gleichen Jahr in Baden-Württemberg ins Finanzministerium. Lothar Späth berief ihn 1980 zum Kultusminister und bestätigte ihn vier Jahre später in diesem Amt. Seit 1980 ist Gerhard Mayer-Vorfelder auch direkt gewählter Abgeordneter im Landtag. In der CDU Baden-Württembergs wurde er 1979 Vorsitzender des Kreisverbandes Stuttgart und 1980 Mitglied im Landesvorstand.

*

Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande wurde der Hamburger Kaufmann und Mitglied des Vorstandes der co op, **Rolf Hollmann**, ausgezeichnet. Hollmann, 1925 in Wuppertal geboren, erhielt die Auszeichnung für sein Engagement in nationalen und internationalen Gremien des Genossenschaftswesens. So ist Hollmann unter anderem auch Mitglied des Vorstands der Inter-Co op in Kopenhagen und des Zentralvorstands des internationalen Genossenschaftsverbandes mit Sitz in Genf. Die Auszeichnung überreichte ihm der Hamburger Wirtschaftssenator **Volker Lange**.

*

Das deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz hat den diesjährigen Preis der Villa Ichon in Bremen zuerkannt. Der Preis, eine silberne Halbkugel, wird am 8. November in Trier übergeben. Die Villa war vor 100 Jahren in historischer Weise umgebaut worden. Vier Kaufleute und ein Architekt kauften sie 1981 in verfallenem Zustand von der Stadt Bremen. Mit einem Kostenaufwand von 1,5 Millionen DM wurde die Villa mit Hilfe des Landesdenkmalpflegers restauriert und anschließend an den gemeinnützigen „Verein der Freunde und Förderer der Villa Ichon" übergeben.

ERNENNUNG

Der frühere deutsche Zehnkämpfer, Zehnkampf-Trainer und ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete **Friedel Schirmer** (Stadthagen) ist zum neuen Vorsitzenden der deutschen Gemeinschaft der Olympiateilnehmer (GdO) gewählt worden. Zweite Vorsitzende blieb die ehemalige Silbermedaillen-Gewinnerin **Marga Petersen** (Bremen). Der bisherige GdO-Vorsitzende **Hans Fritsch** (Bremen), der nicht wieder kandidierte, wurde Ehrenmitglied. Im GdO-Beirat wirken künftig u. a. die früheren Olympiasieger **Helmut Bantz, Rudolf Ismayr** und Professor **Hans Lenk** sowie **Herbert Schade**, Professor **Arndt Krüger**, **Herbert Behrendt** und Professor **Berno Wischmann** mit. Als Geschäftsführer fungiert **Hilmar Dressler**, der dieses Amt auch gleichzeitig bei der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG) versieht.



Diplomatenplausch in Bonn unter Kennern: Zwei „Schriftsteller" aus dem Auswärtigen Amt tauschen literarische Erfahrungen aus, der frühere Staatssekretär Rolf Lahr, links, und der frühere deutsche Botschafter in Peking, Erwin Wickert. Wickert schätzt die Memoiren Lahrs, die mit dem Titel „Zeuge von Fall und Aufstieg – Private Briefe 1934 – 1974" erschienen. „Der verlassene Tempel" heißt Wickerts neues Buch. Es erscheint im Februar, ein fantastischer Roman aus der Zeit der Antike. Die Antike gehört zu den Hobbys der beiden Diplomaten. Als Rolf Lahr 1969 Botschafter in Rom wurde, trafen sich beide Herren, Wickert war damals Gesandter in London, regelmäßig. FOTO: EVI KEIL

Warum die Sowjets so intensiv Industriespionage betreiben

Von C. GRAF BROCKDORFF

Ende der fünfziger Jahre bemerkte die Sowjetunion, daß der Bestand ihrer Streitkräfte in Zukunft gefährdet werden könnte, wenn es nicht gelinge, an der westlichen Technologie zu partizipieren. Diese Erkenntnis rührte an die Fundamente des Sowjetstaates. Nach allem, was im Westen darüber bekannt ist, faßte die sowjetische Führung damals den strategisch weitreichenden Entschluß, sich, koste was es wolle, mit allen Methoden in den Besitz moderner westlicher Technologie zu versetzen, um durch deren rasche Anwendung in der Rüstung womöglich einen Vorsprung zu gewinnen.

Moskau gab damals die Devise vom friedlichen Handel mit der Sowjetunion aus. Das würde der Entspannung dienen. Handelspolitisch eng miteinander verstrickte Weltsysteme könnten, so die sowjetische Logik, die im Westen gern aufgegriffen wurde, sich nicht in kriegerischer Haltung gegenüberstehen. Dieses Vorgehen sollte nach sowjetischer Ansicht eine Atmosphäre schaffen, in der nahezu unbemerkt westliche Technologie in den Osten fließen sollte. Was nicht käuflich im Westen erworben werden konnte, mußte von der Sowjetunion, umständlicher zwar, aber im Ergebnis wirksam, auf dem Weg der Industriespionage beschafft werden. Der vom KGB aufgebaute Apparat zur Ausspähung westlicher Industriegeheimnisse ist der größte Spionageapparat auf der Welt überhaupt. Ein kleines Rädchen in diesem Apparat gewesen zu sein – klein, gemessen am Gesamtaufwand – dessen wird der Abteilungsleiter Manfred Rotsch von Messerschmitt-Boelkow-Blohm beschuldigt, der vor einigen Tagen verhaftet wurde.

Leute wie Rotsch werden auf etwas angesetzt, das den Sowjets sehr wertvoll ist: moderne Erkenntnisse aus dem Bereich westlicher Hochtechnologie. Eines der Geheimnisse des Tornados ist das sogenannte Kalman Filter, bei dem es sich genau genommen um ein Stück Software aus dem Tornado-Zentralcomputer handelt. Das Kalman Filter optimiert unter Anwendung statistischer Fehlermodelle die Integration der Navigationssensoren und hält diese ständig justiert. Die unglaubliche und bis heute unerreichte Genauigkeit in der Waffenablieferung durch ein Flugzeug unter allen Wetter- und Sichtbedingungen geht mit zurück auf das Kalman Filter. Es ist ein Schlüssel in der Navigationselektronik des Tornados. Wie das funktioniert, das interessiert die Sowjets. Doch darüber wußte Rotsch nichts.

Sein Fachgebiet war die Entwicklung und Vorausschau auf die Integration von Waffenaußenlasten an Rumpf- und Unterflügelstationen des Tornados. Darüber und aus Bereichen der Raumfahrt hat er möglicherweise seinen Auftraggebern über längere Zeit Informationen geliefert. Jedenfalls befürchten das die Abwehrbehörden.

Inzwischen haben viele tausend Menschen mit dem Tornado zu tun. Es ist ein geheimnisvolles Flugzeug. Doch seine Geheimnisse offenbart es nicht. Selbst wenn man vor ihnen steht, sind sie nicht zu durchschauen. Die Laufschaufeln der Hochdruckturbine des Tornadotriebwerks – das Triebwerk besitzt drei mechanisch nicht miteinander verbundene Turbinenwellen –, stehen in einem so heißen Gasstrahl, daß sie ohne Kühlung schmelzen würden. Deshalb bohrt man mikroskopisch feine Kühlbohrungen in die einzelnen Schaufeln. Das geschieht mit Hilfe einer chemischen Flüssigkeit, die an Goldfäden herabläuft, deren Vorschub von einem Computer kontrolliert wird. Wie das funktioniert, würden die Sowjets gerne wissen. Nach dem jetzigen Stand der Technik wären sie nicht imstande, solche Turbinenschaufeln zu produzieren.

Die Sowjets müssen sich mit geringeren Arbeitstemperaturen zufriedengeben. Das bedeutet mehr Gewicht und weniger Leistung. Deshalb sind sowjetische Waffen zwar nicht schlecht: die 125-Millimeter-Kanone des sowjetischen Kampfpanzers T-64/T-72 hat die gleiche Mündungsgeschwindigkeit wie die deutsche 120-Millimeter-Kanone des Leopard 2. Aber die deutsche Kanone ist rund 1,20 Meter kürzer als die sowjetische, was wegen der Massenträgheitsmomente und damit für die Treffgenauigkeit von großer Bedeutung ist. Das Geheimnis der deutschen Rheinmetall-Kanone ist ihr hoher ballistischer Innendruck, der nur erzeugt werden kann, weil das Rohr bei der Fertigung dem supermodernen Autofrettageprozeß unterworfen wird. Wie man das macht, würden die Sowjets gerne wissen.

Über das Raketenpotential in Ost und West will die Sowjetunion nicht verhandeln. Sie konzentriert sich auf Verhandlungen zum Verbot von Weltraumwaffen, weil sie Grund zur Annahme hat, daß auf diesem Gebiet die Vereinigten Staaten eines Tages das strategische Gleichgewicht verändert könnten. Wäre die Sowjetunion jetzt schon so weit, würde sie Verhandlungen darüber kaum anbieten. Dabei hat Moskau seit Mitte der siebziger Jahre das Zehnfache dessen für die Entwicklung von Laserwaffen ausgegeben, was Washington für ähnliche Vorhaben bereitgestellt hat. Die Sowjets haben auch umfangreiche Forschung bei der Entwicklung von erdgebundenen Waffensystemen betrieben, die gerichtete Partikelstrahlen in den Weltraum schießen können. In zwei Jahren schon – lange vor den Vereinigten Staaten – könnte die Sowjetunion die erste Laserwaffe in eine Umlaufbahn bringen.

Doch damit wäre nichts gewonnen. Die Laserwaffe müßte sich auf aufsteigende Raketengefechtsköpfe richten lassen. Dafür ist eine Sensorentechnik erforderlich und ein Management-System, das in der Sekunde buchstäblich einige Milliarden Rechenopertionen leisten können muß. Computer der fünften Generation, wie sie gegenwärtig von Computern der vierten Generation in den Vereinigten Staaten konstruiert werden, wären dafür nötig. Die Sowjets haben Mühe, die Technologie von Computern der dritten Genertion zu beherrschen.

Die Entwicklung immer kleinerer integrierter Schaltkreise stößt in der Sowjetunion auf immense Schwierigkeiten. Anstöße dazu kommen aus Japan. In Akihabara, jenem Stadtbezirk von Tokio, in dem man Microchips auf der Straße kaufen kann wie bei uns Kartoffeln auf dem Wochenmarkt, treffen die Japaner (und westliche Besucher) des öfteren sowjetische Schiffs- oder Linienflugzeugbesatzungen, die pro Kopf für 40 000 bis 50 000 Dollar elektronische Spielsachen kaufen. Gelegentlich wurden sie gefragt, was sie damit wollten. „Für die Familie", war die stereotype Antwort.

So hält sich die Sowjetunion auf dem laufenden. Der beste sowjetische Panzer im letzten Krieg war der T-34, dessen Laufwerk, Motor und Kanone ursprünglich aus dem Westen stammten. Aber der T-34 war ein durch und durch sowjetischer Panzer: einfach, robust, kampfstark und gebaut ohne jede Rücksicht auf die Besatzung. Die letztere Eigenschaft findet man noch in modernen sowjetischen Panzern. Kein Panzer der Welt hat bis heute eine vollautomatische Anlage zum Laden der Hauptwaffe: bis auf den T-64/T-72. Das hat die Kampfkraft der sowjetischen Panzertruppen außerordentlich gesteigert. Dabei spielt es offensichtlich keine Rolle, daß die Ladeautomatik gelegentlich nach Teilen der Besatzung schnappt und sie ruckartig in den Verschluß der Kanone einführt. (SAD)

Kohl setzt weiter auf die FDP

● Fortsetzung von Seite 1

In der Deutschlandpolitik dürfe die Präambel von der Einheit der Nation „nicht zum Thema von Feiertagsreden werden". Die Äußerungen des Berliner SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel zur deutschen Frage hätten gezeigt, daß die SPD „auf dem Weg zu einer gänzlich anderen Politik ist". Die Union sei jedoch nicht bereit, einen Schlußstrich unter die Geschichte zu ziehen. Kohl sagte, die „DDR" versuche immer stärker, die deutsche Kultur für ihr Regime zu okkupieren. Kultur und Geschichte des deutschen Volkes seien jedoch unteilbar und dürften nicht anderen überlassen werden. Diese Position gelte es „gelassen und kämpferisch zu verteidigen". Man dürfe nicht zulassen, daß bestimmte Gruppen des deutschen Volkes, wie die Vertriebenen, ausgegrenzt würden. Gerade den Vertriebenen, so hob Kohl hervor, gelte der besondere Dank, da sie „Entscheidendes für den Wiederaufbau unseres Landes geleistet haben".

Kohl wies darauf hin, die Bundesregierung habe für die Kredite an die „DDR" Gegensignale empfangen. „Mehr Besuchsreisen sind ein erster Schritt, obwohl noch nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gegangen sind."

Zur Wirtschaftspolitik erklärte der Bundeskanzler, man habe nicht nur die Inflations- und Preissteigerungsrate gesenkt, sondern auch die Haushaltssanierung „auf den Weg gebracht". Die derzeitige Sozialpolitik sei „die beste, die man sich vorstellen kann".

Im Hinblick auf die nächsten Bundestagswahlen, die nach Kohls Worten voraussichtlich in der ersten Februarwoche 1987 stattfinden werden, rechne die Union fest mit einer Quote, die dem Ergebnis der letzten Wahl von 48,8 Prozent entspreche.

Christen in der „DDR" rücken Umweltschutz in den Vordergrund

Vorbereitung auf fünfte „Friedensdekade" / Wachsende Resignation in der Bevölkerung

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die evangelischen Christen in der „DDR" setzen ihre staatsunabhängige Arbeit am Thema „Versöhnung und Abrüstung" im kommenden Monat mit der fünften „Friedensdekade" seit 1980 fort. Unter dem Motto „Leben gegen den Tod" legt die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugend dazu den rund 220 Kirchengemeinden Materialien vor.

Das Deckblatt trägt abermals das in der „DDR"-Öffentlichkeit weiterhin verbotene Symbol der „Schwerter zu Pflugscharen". Am öffentlichen Tragen und Aufkleben dieser Abzeichen entzündete sich 1981/82 eine der schwersten, bis heute nachwirkenden Belastungsproben des Verhältnisses der Kirche zum Staat.

Die „Friedensdekade" findet vom 11. bis 21. November 1984 statt. Gleichzeitig mit der Vorbereitungsmappe wurde den Pfarrämtern die Liturgie eines sowohl in den Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland als auch in den häufig mit ihnen partnerschaftlich verbundenen mitteldeutschen Gemeinden wortgleichen Bittgottesdiensten für den Frieden in der Welt zugestellt.

Eine landesweit ausgerufene „Friedensminute", in der sämtliche „DDR"-Kirchenglocken ertönen sollten, war schon 1980 wegen des angeblich „demonstrativen Charakters" von den Behörden verboten worden.

Das Motto der ersten Friedensdekade 1980 „Frieden schaffen ohne Waffen" zeigte sogar grenzüberschreitende Wirkung. Bundeskanzler Helmut Kohl prägte daraus die Formel „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen", während die Jugendorganisation der Partei, die FDJ, die kirchliche Idee mit dem Satz „Frieden schaffen gegen NATO-Waffen" einseitig im SED-Sinne zu nutzen versuchte.

Im diesjährigen Material der Dekade steht das Abrüstungsthema nicht mehr ausschließlich im Vordergrund. Umweltschutzthemen – zur Zeit das kirchliche Ansinnen Nummer eins in der „DDR" – treten schärfer hervor. Damit setzt sich die Tendenz der eben abgeschlossenen Bundessynode in Greifswald fort, wo sich die Kirchenleitung bemühte, das auch innerhalb der „DDR"-Kirche kontroverse Friedensthema abzuschwächen.

Als Beispiel verweisen die Autoren etwa auf Umweltschäden in der Bundesrepublik, die durch die wachsende Zahl der Truppenübungsplätze entstünden, und in der „DDR" auf die beträchtlichen Probleme der Massenviehhaltung, hervorgerufen durch den steigenden Fleischkonsum der „DDR"-Bewohner.

Der sächsische Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider gibt einleitend das Stimmungsbild vieler Bürger drüben wieder: „Die meisten Menschen sind betroffen von der Stationierung der neuen Raketensysteme in Ost und West und von den Folgen, die sich abzeichnen. Einige können das strapazierte Wort Frieden nicht mehr hören. Viele sind ratlos und beklagen vor Gott und der Welt, daß es zu dieser Entwicklung gekommen ist. Obwohl sich Politiker um die Fortführung vertrauensbildender Maßnahmen bemühen, obwohl sich Kirchen für weltweite Abrüstung einsetzen, obwohl Menschen mit großem persönlichen Einsatz ihr Friedenszeugnis ausrichten und dafür zu leiden bereit sind. Resignation macht sich breit. Ohnmacht lähmt. Mitunter überlagern die Freuden und Sorgen des Alltags die Angst."

Zu den Handreichungen für Jugend- und Gemeindeabende gehört auch eine orientalische Parabel mit dem Titel „Die Mauer", in der zwei Hirtenjungen am Ende zu tödlichen Opfern ihres Spiels werden. Das Spiel solle, heißt es in begleitenden Handreichungen, das Symbol „Mauer" aufnehmen, das „Trennendes verdeutlicht, Unüberwindbares darstellt und die Gewalt eskalieren läßt." Die Meditation über das Mauer-Symbol könne zu dem Ergebnis führen, das eine Mauer „nicht schützt". „Sie isoliert. Sie grenzt das Blickfeld ein."

Teilnehmer eines Gemeindeabends sollen beispielsweise bei diesem Thema unter dem Titel „Brücken statt Mauern" aufschreiben, ob es Möglichkeiten gebe, „Steine einer solchen Mauer abzubauen".

Als Anregung und „Bausteine" für weitere Veranstaltungen bieten die Verfasser der Materialien an, als „Symbole der Zerstörung, aktiver und massiver Art" beispielweise Spielzeugwaffen oder einen gebrochenen Ast in die Hand zu nehmen.

Produktion und Kauf von Kriegsspielzeug werden in der „DDR" offiziell gefördert, die Einfuhr derartiger Spielsachen durch westliche Besucher ist hingegen streng verboten.

Gegen den Verkauf derartiger Spielsachen wendet sich auch eine Karikatur in den Friedensdekade-Materialien. Sie zeigt das Schaufenster eines Ladens mit dem Titel „Kinderparadies", in dem neben Indianerschmuck auch NVA-Kinderstahlhelme, sowjetische Panzer, Raketenrampen auf Tiefladern und NVA-Schützenpanzerwagen sowie Mini-Maschinenpistolen vom Typ „Kalaschnikow" liegen.

Nachzugsregelung bleibt Reizthema der Koalition

Bundeskabinett berät Antwort auf Bundestagsanfrage

GÜNTHER BADING, Bonn

Das Bundeskabinett wird sich morgen erneut mit dem Text der Regierungsantwort auf eine große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zur Ausländerpolitik befassen. Schon Ende August hatte nach Beratungen zwischen den zuständigen Ministerien auf Staatssekretärsebene dem Kabinett ein Textentwurf vorgelegt werden sollen; damals allerdings intervenierte Außenminister Hans-Dietrich Genscher, obwohl sein Haus bei der Vorbereitung der Antwort durchaus beteiligt gewesen war. Der FDP-Vorsitzende verlangte, daß der nach dieser ressortübergreifenden Abstimmung vom Innenministerium verfasste Text zurückgezogen werde. In der Antwort auf die immerhin schon vom April datierende große Anfrage müsse „liberale Handschrift" deutlich werden. Hauptstreitpunkte zwischen den Freien Demokraten und dem für die Ausländerpolitik zuständigen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) sind die Frage einer Senkung des Nachzugsalters für im Heimatland lebende Ausländerkinder von 16 auf sechs Jahre und die Erschwerung der Nachzugsregelung für im Ausland lebende Ehegatten.

Die beiden Minister wollten noch vor der Kabinettsitzung am Mittwoch zu einer Aussprache über die künftige Ausländerpolitik und die Antwort auf die Bundestagsanfrage zusammenkommen. Innenminister Zimmermann hat sich in der Vergangenheit für die Herabsetzung des Nachzugsalters der Ausländerkinder auf sechs Jahre ausgesprochen, weil er dadurch größere Chancen für diese Kinder sieht, sich nach dem Besuch deutscher Schulen in unserem Lande in Gesellschaft und Arbeitswelt zu integrieren. Familienminister Geißler hat inzwischen ein Nachzugsalter von acht Jahren ins Gespräch gebracht. Die FDP ist gegen die Absenkung des Nachzugsalters für Kinder. Diese Auffassung wird nicht nur vom Vorsitzenden und Außenminister, vertreten, der auch aus Rücksicht auf die Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland etwa zur Türkei keine restriktive Behandlung des Themas wünscht, sondern auch von den Wortführern des sich in dieser Frage als „fortschrittlich" verstehenden Fraktionsflügels wie Gerhart Baum und Burkhard Hirsch. Auch die der FDP angehörende Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke, setzt sich in ihren meist mit Attacken auf die Ausländerpolitik von Innenminister Zimmermann verbundenen öffentlichen Äusserungen vehement für die Beibehaltung der bisherigen Regelung ein. Ähnliches gilt für das zweite große Reizthema des Ehegattennachzugs. Hier wird befürchtet, daß ungebremstes Nachholen von Ehegatten über mehrere Generationen hinweg einen neuen Einwanderungsschub auslösen könnte, den man in der Vergangenheit mit Maßnahmen wie Anwerbeverbot und Nachzugsbeschränkung zu verhindern hoffte. Frau Funcke, die im vergangenen Jahr wegen ihrer Gegenposition zur Politik der Bundesregierung aus der Union zum Rücktritt aufgefordert worden war, begründet ihre Vorstellungen eines praktisch ungehinderten Nachzugs von Ehegatten mit humanitären Motiven. Sie verlangt außerdem ein originäres Aufenthaltsrecht für Ehegatten der hier arbeitenden Ausländer und für deren Kinder – Vorstellungen, die der Ausländerpolitik des Bundesinnenministers zuwiderlaufen.

Trotz des nach dem Eingreifen Genschers in die Vorbereitung der Regierungsantwort auf die SPD-Anfrage verschärften Meinungsstreits um die Ausländerpolitik wird morgen als Kabinettsvorlage ein alle Koalitionspartner zufriedenstellender Text erwartet. Ob es zu den in Pressemeldungen der vergangenen Woche prognostizierten Kompromiß kommen wird, der in einem Nachgeben Zimmermanns beim Nachzugsalter als Gegenleistung für ein Einlenken der FDP in anderen Bereichen – wie etwa der Einführung eines fälschungssicheren Personalausweises – bestehen könnte, scheint allerdings ungewiß. Es ist durchaus vorstellbar, daß die Antwort der Bundesregierung die beiden Streitpunkte Nachzugsalter für Kinder und Erschwerung des Ehegatten-Nachzugs offen läßt, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß die Regierung durch die SPD-Anfrage zu einer Festlegung ihrer Ausländerpolitik für den Rest der Legislaturperiode gezwungen worden sei.

Wasser auf die Mühlen der Freidemokraten sind die Veräffentlichung von Zahlen über die Abwanderung von Ausländern. Die Rückkehr insbesondere von Türken in ihr Heimatland seit Einführung der Rückkehrhilfe scheint in der Regierungsspitze zum Gefühl geführt zu haben, es sei nicht mehr so zwingend notwendig, mit restriktiven Maßnahmen dem weiteren Zuzug einen Riegel vorzuschieben. Auch wird darauf verwiesen, daß das Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der EG keine absolute Freizügigkeit für arbeitssuchende Türken in unserem Lande bringe.

Der Kanzler hatte vor kurzem in Gesprächen mit den zuständigen Fachministern die Grundlinie der Regierungsantwort aus Sicht der Union diskutiert. Bedarf für rasches Handeln bei der Formulierung eines Textentwurfs für die geplante Novellierung der Ausländergesetzgebung besteht insofern nicht, als im Kabinetts-Fahrplan dafür Zeit bis zum Jahresende eingeräumt worden war.

Japan sucht Partner

Werben um globale westliche Strategie in Bonn

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Ihr gemeinsames Interesse an der globalen Sicherung des Friedens haben Japan und die Bundesrepublik Deutschland beim Besuch des Verteidigungsministers aus Tokio in Bonn unterstrichen. Der „Generaldirektor des Selbstverteidigungsamtes", wie das Verteidigungsministerium in Japan offiziell heißt, Yuko Kurihara, hatte am Montagmorgen eine ausführliche Unterredung mit Bundesverteidigungsminister Wörner über die militärpolitische Lage in Europa und die Ost-West-Beziehungen. Danach besuchte Kurihara das III. Heereskorps der Bundeswehr in Koblenz und das Jagdbombergeschwader 31 „Boelcke" in Nörvenich.

Wie nach dem Gespräch mit Wörner zu hören war, verlief die Unterredung in „herzlicher Atmosphäre". Es hieß, dies sei aufgrund der zwischen Bonn und Tokio traditionell guten Beziehungen kaum anders zu erwarten gewesen. Der japanische Verteidigungsminister zeigte großes Interesse an der Bonner Bewertung der Lage Westeuropas als Teil der West-Ost-Beziehungen. Wörner beschrieb ihm außerdem ausführlich die Stellung der Bundesrepublik in der NATO und ließ sich von seinem Gast eine Bewertung der zwischen Japan und den USA bestehenden Beziehungen auf der Basis des Sicherheitsvertrages geben.

Der japanische Verteidigungsminister war vor seinem Aufenthalt in Bonn aus den USA gekommen. Nach einem kurzen Aufenthalt in West-Berlin wurde er von Wörner mit militärischen Ehren auf der Bonner Hardthöhe empfangen. Am heutigen Dienstag reist Kurihara nach Brüssel weiter, um im politischen Hauptquartier der NATO mit dem neuen Generalsekretär, Lord Carrington, zu konferieren. Am Schluß seines Aufenthaltes in Westeuropa macht Kurihara in Paris Station, um sich mit dem französischen Verteidigungsminister Charles Hernu zu treffen.

In allen von ihm auf seiner Weltreise besuchten Hauptstädten hat der japanische Verteidigungsminister ein schwieriges Thema mit der gebotenen Zurückhaltung zu erläutern versucht. Es ging dabei um das Interesse Japans an einer aktiven Beteiligung an den westlichen Bemühungen zur weltweiten Friedenssicherung. Dies ist für Japan umso schwieriger, als das Land seiner Verfassung nach keine Militärbündnisse mit anderen Staaten eingehen darf. Der Verfassung nach darf es überhaupt keine Streitkräfte unterhalten. Deshalb nennen sich die japanischen Militärkontingente auch „Selbstverteidigungskräfte". Trotzdem wollte Kurihara auf seinen Reisestationen verdeutlichen, daß die japanische Rüstung nicht ausschließlich der nationalen Sicherheit seines Landes dienen, sondern vielmehr zusätzlich zur Sicherung und Festigung des Friedens an der Seite der Länder der westlichen Welt beitragen soll. Diesen Kurs der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik hatte Ministerpräsident Nakasone schon vor zwei Jahren beim Weltwirtschaftsgipfel von Williamsburg eingeschlagen, indem er mit Blick auf die sowjetischen Nuklearraketenrüstung mittlerer Reichweite die Passage des Kommuniqués mittrug, das Moskau zum Abbau seiner „Vorrüstung" aufforderte.

In einem in Tokio kürzlich veröffentlichten Weißbuch zur Verteidigung wurde festgestellt, die fortgesetzte sowjetische Rüstung im Fernen Osten mache die Region zwischen Japan und Nord-Vietnam immer unstabiler. In dem unter sowjetischen Einfluß stehenden Land seien Mittelstreckenbomber vom Typ „Backfire" stationiert worden. In Fernost seien nun insgesamt 80 Flugzeuge dieses Typs vorhanden, dazu 1600 Jagdflugzeuge sowie 150 Maschinen zur U-Bootabwehr. Diese im japanischen Weißbuch wiedergegebenen Zahlen kennzeichnen die Aufmerksamkeit Tokios für die fortgesetzte Rüstungspolitik der Sowjetunion in jener Weltregion.

Während seines Aufenthalts in Washington und bei seinem Gespräch mit US-Verteidigungsminister Weinberger war Kurihara nur sehr allgemein auf die amerikanischen Wünsche nach Ausdehnung der Seeverteidigung Japans eingegangen. Angesichts einer sowjetischen Pazifikflotte mit 65 atomgetriebenen U-Booten, zwei Flugzeugträgern der Kiew-Klasse und zwei Landungsschiffen der Rogov-Klasse fordern die USA von Japan den Ausbau seiner maritimen Streitkräfte.

Labour-Kritik an Streikeinsatz der Polizei

fu. London

Mit einer scharfen Attacke gegen angeblich gewalttätige und unnötige Polizeieinsätze im Bergarbeiterstreik hat der Parteivorsitzende (Geschäftsführer) Eric Heffer die Jahreskonferenz der britischen Labour-Partei in Brighton eröffnet. Heffer sparte in seiner Rede nicht mit Breitseiten gegen Premierministerin Margaret Thatcher und die Konservative Partei. Der Politiker rief seine Parteigenossen auf, die „häßliche Fratze des Konservativismus" mit allen Mitteln zu bekämpfen. Auf die Gewalttätigkeiten fliegender Streikposten der Bergleute in dem bereits 30 Wochen dauernden Konflikt ging Heffer nicht ein. Bisher wurden dabei mehr als 700 Polizisten verletzt.

Labour-Chef Neil Kinnock wehrt sich gegen die Annahme einer Gewerkschaftsresolution, in der die Polizei „gesetzeswidriger Aktionen" und „organisierter Gewaltätigkeit" bezichtigt wird, ohne die Gewalttätigkeit von Streikposten zu erwähnen. Mit ihrer Annahme ist jedoch zu rechnen.

Auf Ablehnung in linken Parteikreisen stößt auch Kinnocks Wunsch, das Auswahlverfahren für Wahlkreiskandidaten zu demokratisieren. Bisher werden sie vom Ortsvorstand aufgestellt. Kinnock will alle Parteimitglieder eines Wahlkreises mitbestimmen lassen. Diese Initiative wird von linken Parteiaktivisten und mehreren wichtigen Gewerkschaften abgelehnt. Eine Abstimmungsniederlage in dieser Frage würde der Führungsautorität Kinnocks erheblich schaden.

Rotsch bereits 1953 vom KGB angeworben

W. K. Karlsruhe

Der unter der Beschuldigung der Spionage verhaftete Abteilungsleiter des Münchner Luft- und Raumfahrtunternehmens Messerschmitt, Bölkow, Blohm (MBB), Manfred Rotsch, ist bereits 1953 vom sowjetischen Geheimdienst KGB angeworben worden. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe korrigierte mit dieser Angabe frühere Ermittlungsergebnisse, wonach Rotsch erst 1967 in den Dienst des KGB getreten sei. In den Verhören stellte sich heraus, daß der heute 60jährige Ingenieur offensichtlich während seines Studiums an der Technischen Hochschule Dresden von den Sowjets als Perspektivagent verpflichtet wurde und nach seinem Wechsel 1954 in die Bundesrepublik Deutschland solange ein – wie es im Agentenjargon heißt – „Schläfer" geblieben war, bis er in der westdeutschen Luftfahrtindustrie eine Anstellung erreicht hatte.

Nach Ansicht von Experten handelt es sich im Fall Rotsch um die längste bisher bekanntgewordene Bindung eines Deutschen an den sowjetischen Geheimdienst nach dem Krieg. Die Technische Hochschule Dresden hatte nach der Gründung der „DDR" den Auftrag, Kontrukteure für ein „DDR"-eigenes Passagierflugzeug auszubilden. Als der Prototyp jedoch abstürzte, wurden zahlreiche Mitarbeiter verhaftet und deportiert.

Bei den Verhören von Rotsch zeichnet sich offenkundig ab, daß dieser keinen Zugang zu dem geheimen elektronischen „Gehirn" des Kampfflugzeuges „Tornado" hatte, wie es zunächst angenommen worden war.

Moskau würdigt Beziehung zu „DDR"

DW. Moskau

Die sowjetischen Medien sind offenbar bemüht, den Eindruck ungetrübter Beziehungen zwischen der „DDR" und der Sowjetunion zu vermitteln, nachdem der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker im September einen geplanten Besuch in der Bundesrepublik Deutschland abgesagt hatte. Diese Entscheidung wurde von vielen Beobachtern auf sowjetische Einflußnahme zurückgeführt.

So widmete die Parteizeitung „Prawda" in ihrer gestrigen Ausgabe eine ganze Seite der Würdigung der „DDR" als wichtigen Handelspartner der Sowjetunion. Aus Anlaß des 35. Jahrestages der „DDR"-Gründung hieß es in der „Prawda": „In enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten" sei die „DDR" zu einem „bedeutenden Friedensfaktor in Zentraleuropa geworden". Am 7. Oktober 1944 sei in der Geschichte des deutschen Volkes und Europas „ein neues Kapitel aufgeschlagen worden".

Die Parteizeitung veröffentlichte einen Artikel des SED-Politbüro-Kandidaten und Wirtschaftsplaners Gerhard Schüler, in dem dieser sich für engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen der „DDR" und der Sowjetunion aussprach. Schüler verwies auf die technologische Führungsrolle der „DDR" innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Für ihre Technologieexporte in die Sowjetunion erhalte die „DDR" wichtige Rohstoffe wie Öl, Gas, Eisenerz, Holz, Zellulose, Baumwolle und Nichteisen-Metalle.

Anpassung ist nötig

adh. – Der Anpassungsprozeß ist in vollem Gange. Dieser lapidare Satz ist zur Zeit aus zahlreichen deutschen Unternehmen zu hören. Ein durch den Streik im Frühjahr ausgelöster Rationalisierungsschub kündigt sich an. Er wird mit Sicherheit in der Investitionsgüterindustrie, besonders im Maschinenbau, für zusätzliche Belebung sorgen. Den mit dem Streik verknüpften Zielen der Gewerkschaften, nämlich über die Arbeitszeitverkürzung eine Welle von Neueinstellungen zu erzwingen und so die hohe Arbeitslosenzahl zu verringern, kommt die deutsche Wirtschaft damit keinen Schritt näher.

Dafür sorgt vor allem die Formel Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Die Unternehmen müssen jetzt versuchen, die mit der Verkürzung der Arbeitszeit einhergehende Verteuerung des Gutes Arbeit aufzufangen. Denn niemand hat so viel Luft, die daraus resultierenden Kostensteigerungen als Gewinnschmälerung zu „verdauen". Der Weitergabe im Preis aber sind gerade bei der starken Exportorientierung der Industrie engste Grenzen gesetzt, will man die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten nicht aufs Spiel setzen.

Die Gewerkschaftsfunktionäre in den Unternehmens-Betriebsräten wären gut beraten, mitzuziehen, wenn es darum geht, Produktivitätsfortschritte zu sichern. Denn nur konkurrenzfähige, gesunde Unternehmen können auf Dauer sichere Arbeitsplätze bieten und über Neueinstellungen für einen Abbau der hohen Arbeitslosenzahl sorgen.

Schnappschuß

nl. – Wenige Tage vor dem Start der „photokina 84", der in zweijährigem Rhythmus in Köln stattfindenden Weltmesse der Fotografie, wartete die Branche mit einem „Schnappschuß" besonderer Art auf. Zehn prominente Hersteller haben sich entschlossen, mit einem Gemeinschaftsstand künftig eine Reihe regionaler Verbrauchermessen zu beschicken. Ihr Motiv: Das Medium Foto, das gegenüber anderen Hobbybereichen etwas in den Hintergrund gedrängt zu werden droht, soll auf diese Weise näher an den Verbraucher gerückt werden. Die Institution der „photokina" als anerkannte Fachmesse solle dadurch keineswegs berührt werden, lautet der offizielle Tenor. Nicht zu überhören ist freilich, daß hinter den Kulissen häufiger denn je an der bisherigen Messepraxis Kritik geübt wird. Ein Stein des Anstoßes ist dabei der hohe Eintrittspreis (30 DM), ein anderer (aus Ausstellersicht) die erhöhten Kosten. Für die Kölner Messegesellschaft und den Fotoindustrieverband gilt es, die Aktivitäten der Zehner-Gruppe in den Sucher zu bekommen. Die Wahl des Zeitpunkts bewirkt jedenfalls, daß für Messe-Gesprächsstoff ausreichend gesorgt ist.

Rechnung ohne Moskau

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die kleineren osteuropäischen Länder des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) kommen aus ihrer außenwirtschaftlichen Klemme nicht heraus. Nachdem sie ihre Verschuldung im Westen in den letzten Jahren mit Ausnahme von Polen reduziert haben, nachdem die Lage, abgesehen von diesem Land, vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln nicht mehr dramatisch eingeschätzt wird, fordert jetzt Moskau seinen Tribut. Denn auch dort stehen diese Länder in der Kreide. Vor allem: Gegenüber der Sowjetunion steigt die Verschuldung, abgesehen von Rumänien und der „DDR", noch.

Die sieben osteuropäischen RGW-Länder hatten Ende vergangenen Jahres 84,5 Milliarden US-Dollar Schulden im Westen. Davon entfielen 53 Milliarden auf die sechs kleineren Staaten – Bulgarien, „DDR", Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn –, allein auf Polen 25 Milliarden Dollar. Zwei Jahre zuvor, Ende 1981, waren es für die RGW-Staaten insgesamt 74,7 Milliarden, also gut zehn Milliarden mehr. Während die Schulden Polens noch um eine Milliarde Dollar gestiegen sind, konnten die fünf anderen kleinen RGW-Staaten ihre West-Kredite um immerhin 6,3 Milliarden oder um nahezu 20 Prozent verringern.

Möglich war dieses nur durch einen Kraftakt. Zwar hat sich die Verschuldung auf dem Papier auch durch den Kursanstieg des Dollar verringert, weil andere Hartwährungskredite niedriger bewertet werden. Entscheidend war jedoch, daß diese Länder ihre Exporte in den Westen ausgedehnt und ihre Importe gedrosselt haben.

Eine Politik, die nicht nur zu Lasten der Versorgung, sondern auch des Wachstums ging. Konnten die sechs kleineren RGW-Staaten während des vergangenen Fünf-Jahres-Plans von 1976 bis 1980 noch eine Zunahme des produzierten Nationaleinkommens von 3,6 Prozent jährlich erzielen – ungerechnet auf das im Westen übliche Bruttosozialkonzept dürften die Wachstumsraten um einen Prozentpunkt niedriger liegen –, so gingen sie in den folgenden Jahren merklich zurück.

Schlimmer noch: Mit Ausnahme der Sowjetunion wurde 1982 in allen RGW-Staaten weniger investiert als im Jahr zuvor. Nur dadurch konnte die ohnehin karge Versorgung ungefähr gehalten werden. 1983 haben lediglich die „DDR" und Polen ihre Investitionen wieder gesteigert. In diesem Jahr dürfte sich die Situation etwas entspannen.

In den vergangenen Jahren wurde vielfach die These vertreten, daß die kleineren RGW-Staaten ihre Westimporte wieder forcieren würden, wenn die Verschuldung, die natürlich immer noch eine Bürde ist, nicht mehr ganz so stark drücken würde. Diese Rechnung wurde ohne Moskau gemacht.

Zwischen 1976 und 1983 wird das kumulierte Handelsbilanzdefizit der kleineren RGW-Staaten gegenüber der Sowjetunion jedoch auf 12,2 Milliarden Transfer-Rubel veranschlagt. Umgerechnet sind das rund 16,5 Milliarden Dollar oder rund ein Drittel der Westverschuldung. Dabei liegen Polen und die „DDR" mit 4,3 und 3,4 Milliarden Transfer-Rubel an der Spitze, während Rumänien sogar einen Überschuß von 346 Millionen aufweist. Die „DDR" hat im vergangenen Jahr ihr Defizit gegenüber der Sowjetunion bereits kräftig reduziert und dürfte in diesem Jahr sogar einen Überschuß einfahren.

Entstanden sind die Defizite vor allem dadurch, daß die Sowjetunion als Folge der Preisbeschlüsse der Opec für ihre Erdöl- und Erdgas-Verkäufe, wenn auch zeitlich verzögert, von den Partnern mehr verlangt. Sie sollen in Zukunft, und dieses wurde auf dem RGW-Gipfel im Juni in Moskau beschlossen, ihre Lieferungen von qualitativ hochwertigen Erzeugnissen gen Osten steigern. Dadurch soll der Handel innerhalb des RGW stärker ins Gleichgewicht gebracht werden.

Für den Westhandel der kleineren RGW-Staaten bedeutet dies, falls dieser Kurs durchgehalten wird, zunächst, daß diese Produkte für den Export in andere Staaten nicht zur Verfügung stehen. Da die Verschuldung weiter reduziert werden soll, würden auch die Käufe im Westen zurückgehen.

Andere Beobachter weisen darauf hin, daß die qualitativ hochwertigeren Produkte, die Moskau haben möchte, ohne Zulieferungen aus dem Westen nicht hergestellt werden können. Überdies sind die kleineren RGW-Staaten, wie auch das jahrelange Gerangel um den Gipfel gezeigt hat, nicht an einer noch größeren Abhängigkeit von der Sowjetunion interessiert. Unter dem Strich droht dem Westhandel der kleineren RGW-Staaten zwar kein Einbruch, aber mehr als moderat dürfte er sich keinesfalls entwickeln.

FINANZMÄRKTE / Befürchtete Verluste blieben aus – Dollar bei 3,0315 Mark

An den Aktienbörsen kam es vielfach zu überraschenden Kurssteigerungen

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Überraschenderweise haben die Finanzmärkte gestern praktisch überhaupt nicht auf das starke Vordringen der „Grünen" bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und auf die sich abzeichnenden rot-grünen Koalitionen in den Rathäusern reagiert. An der Aktienbörse stellten sich vielfach sogar Kursgewinne ein, so daß der WELT-Aktienindex von 155,1 auf 155,6 Punkte anzog. Die D-Mark blieb stabil. Der am Freitag in New York mit 3,07 DM und gestern in Fernost mit 3,085 DM bezahlte Dollar wurde mit 3,0315 (Freitag 3,0253) DM amtlich notiert.

Viele Banken hatten sich gestern morgen bereits auf einen Kurseinbruch am Aktienmarkt und auf größere Kursverluste der D-Mark an den internationalen Devisenmärkten eingestellt. Sie fürchteten, der Ausgang der Kommunalwahlen werde als Vorentscheidung für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sehr negativ bewertet. Mit scharfen Marktreaktionen rechnete man vor allem, weil man glaubte, das Wahlergebnis werde als Indiz für eine längerfristige politische Fehlentwicklung angesehen, die bei den Bundestagswahlen 1987 in eine rotgrüne Regierungskoalition einmündet mit der Folge, daß die bewährten Grundlagen der politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik zerstört werden.

In den Wertpapier- und Devisenhandelsbüros der Banken war man gestern erstaunt, wie gelassen in- und ausländische Geschäftspartner das Wahlergebnis zur Kenntnis genommen haben. Viele Experten äußerten jedoch die Auffassung, daß die Kundschaft vielfach wohl nicht zu einer richtigen Beurteilung der Lage imstande sei und sich offenbar selbst etwas vormache, wenn sie das Wahlergebnis mit dem Hinweis auf die geringe Wahlbeteiligung herunterspiele. Weder im Inland noch im Ausland sei irgend etwas von Beunruhigung festzustellen gewesen, betonten Bankexperten gegenüber der WELT. Lediglich in der Schweiz sei man „geschockt" gewesen; allerdings habe es im Zusammenhang damit keine Verkäufe deutscher Aktien gegeben.

In Erwartung eines stärkeren Abgabedrucks und auch wegen der Kursverluste an der New Yorker Freitagsbörse waren die Aktienkurse zwar im vorbörslichen Handel und auch zu Beginn der Börsensitzung gestern vielfach etwas niedriger. Doch später, besonders in der zweiten Börsenstunde, setzte sich allgemein eine freundliche Tendenz durch. Käufe privater deutscher Anleger sorgten vor allem für Steigerungen der Einheitskurse, die vielfach die höchsten des Tages waren. Zahlreiche Publikumswerte schlossen mit Tagesgewinnen bis zu zwei Mark. Besonders favorisiert waren die von einem Informationsbrief empfohlenen Farbennachfolger mit Gewinnen bis zu einem Prozent ihres Kurswertes sowie PWA, die von 121,50 weiter auf 126 DM kletterten, weil sich Börsianer bei einem Gewinn von 24 DM je Aktie noch einiges an Kurssteigerungspotential ausrechnen.

Auftrieb erhielt die Aktienbörse gestern im Sitzungsverlauf durch den völlig überraschenden Kurseinbruch des Dollars, der am Freitag noch von 3,03 auf 3,07 DM gestiegen war, weil das Anziehen führender Konjunkturindikatoren Zinssenkungshoffnungen zerstörte. Innerhalb einer Dreiviertelstunde fiel der Kurs des Dollars, der bis Mittag etwas unter 3,08 DM gehandelt wurde, bis auf 3,03 DM. Nach Auskunft von Händlern waren keine besonderen Ursachen für den plötzlichen Rückgang zu erkennen. Interventionen der Bundesbank waren nicht beobachtet worden; die Bundesbank sei selbst erstaunt gewesen und habe sich bei Händlern verschiedener Banken nach den möglichen Ursachen erkundigt.

Auf der hohen Kursbasis von fast 3,08 DM seien wohl Gewinne realisiert worden, meinten Händler. Zudem, so hieß es, werde die D-Mark auf diesem Niveau als so billig empfunden, daß Engagements reizvoll erscheinen, die auch Auswirkungen auf den Aktienmarkt haben. Tatsächlich hieß es gestern auf dem Parkett, Auslandskäufe hätten mit zur Befestigung der Aktienkurse im Börsenverlauf beigetragen.

AUF EIN WORT

„Die von der Bundesregierung angestrebten Verschärfungen der TA-Luft und des Bundesimmissionsschutzgesetzes sind notwendig, technisch realisierbar und liegen im Interesse eines Großteils der Industrie, nämlich des Umweltproblemelösenden und des umweltneutralen Sektors. Soweit BDI und DIHT als Sprachrohr des umweltbelastenden Industriesektors diesen Verschärfungen entgegenwirken, verfehlen sie ihren Auftrag, im Interesse der gesamten Industrie zu handeln."

Dr. Georg Winter, Geschäftsführender Mitgesellschafter der Ernst Winter & Sohn (GmbH & Co), Hamburg und Norderstedt FOTO: DIE WELT

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Mehr Haushaltsdisziplin stößt auf neue Widerstände

WILHELM HADLER, **Luxemburg**

Die Bemühungen um eine striktere Haushaltsdisziplin in der EG sind gestern im Rat der Finanzminister auf starke Widerstände gestoßen. Mehrere Regierungen rückten von einem früher erzielten informellen Konsens wieder ab und erschwerten damit die Chancen für einen umfassenden politischen Kompromiß über die drängenden Budget- und Finanzprobleme der Gemeinschaft.

So erklärten sich die Dänen plötzlich nur noch bereit, die vorgesehenen neuen Regeln für die Ausgabenplanung in Form einer Ratsentschließung zu akzeptieren, während die Briten und andere auf einem möglichst formellen Beschluß bestehen.

Die Griechen wollten in der Regelung besonders erwähnt haben, daß die grundsätzlich beschlossenen „integrierten Mittelmeerprogramme" ausdrücklich von strengeren Haushaltsgrundsätzen ausgenommen werden. Auch Frankreich äußerte sich über die Notwendigkeit zum Sparen vorsichtiger als noch vor 14 Tagen.

Angesichts dieser Entwicklung sprach Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg am Mittag von „Rückschritten" in den Positionen. Das am Wochenende von der italienischen Präsidentschaft zusammengestellte Kompromißpapier erschien ihm jedoch trotzdem noch als eine geeignete Grundlage für eine Verständigung.

Die Verhärtung der Standpunkte ist nicht zuletzt auch durch ein Schreiben von EG-Präsident Gaston Thorn begünstigt worden, in dem dieser in beschwörender Form vor einer Annahme der von den Finanzministern geplanten neuen Haushaltsregelung warnte. Der Entwurf erschwere in höchstem Maße die Entwicklung neuer Politiken in der EG und mißachte völlig die Rolle des Europaparlaments im Entscheidungsprozeß über das Budget.

LUFTFAHRT

Höhere Zulieferungen für den neuen Airbus A 320

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der deutsche Anteil an der Ausrüstung des neuen Airbus A 320 soll von rund 17 auf 25 Prozent steigen. Über diesen Erfolg seiner Bemühungen berichtete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner, auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt in Hamburg.

Gesteigert werden sollten vor allem die hochtechnologischen Zulieferungen. Dagegen werden nach Angaben Grüners immer mehr einfache Bauteile auch aus der deutschen Airbus-Beteiligung in Abnehmerländer wandern, die sich damit die Finanzierung erleichtern. Beispiele dafür seien Australien, Indonesien und Jugoslawien, möglicherweise auch die Türkei und China. Für besonders wichtig hält Grüner eine deutsche Beteiligung an der Flugsteuerung, deren Entwicklung von der Bundesregierung bewußt unterstützt werde.

Grüner wies darauf hin, daß die amerikanischen Flugzeugfirmen 1981 mit erheblich weniger Personal mehr hätten umsetzen können als die beim Airbus vereinigten drei europäischen Luftfahrtunternehmen. Daher müsse eine Fertigungsstruktur ähnlich wie in den USA erreicht werden, um die preisliche Konkurrenzfähigkeit des Airbus zu steigern.

In Kürze werde die Bundesregierung über die Aufteilung der Mittel zwischen der Partnerschaft bei der amerikanischen Raumstation und der Weiterentwicklung der europäischen Option entscheiden. Der Nutzen einer Beteiligung an dem amerikanischen Projekt werde umso größer sein, je großzügiger Technologietransfer und kommerzielle Nutzung einer solchen Raumstation geregelt werden. Es müsse einfach normal sein, wenn Airbus Aufträge aus den USA erhalte.

WELTHANDEL

Japan sieht in Amerika den größten Konkurrenten

HEINZ HECK, **Bonn**

Nicht nur in Europa und den Vereinigten Staaten, auch in Japan macht man sich Gedanken über die internationale Wettbewerbsfähigkeit bei Spitzentechnologien. Mit gewohnter Liebe zum Detail hat die japanische Außenhandelsorganisation Jetro (Japan External Trade Organization) in einer 46-Seiten-Studie (International Quantitative Comparison of Japanese Industrial Technology) für 159 Schlüsseltechnologien die eigene Position im Verhältnis zu den USA und Europa untersucht.

Das Ergebnis ist insofern nicht überraschend, als man in den USA im Vergleich zu Europa den gefährlicheren Konkurrenten auf dem Weltmarkt ausgemacht hat. In Zahlen sieht das so aus: Bei jeweils rund einem Drittel der Schlüsseltechnologien sieht Jetro die japanische Technik der amerikanischen als überlegen (32 Prozent), ebenbürtig (33 Prozent) und unterlegen (35 Prozent) an. Gegenüber Europa lauten die entsprechenden Ergebnisse 36, 46 und 18 Prozent. Die europäische Überlegenheit wird also – jedenfalls auf die hier zugrundegelegten 159 Schlüsseltechnologien bezogen – mit 18 Prozent nur halb so hoch eingeschätzt wie die amerikanische mit 35 Prozent.

Interessant erscheint ferner, daß Jetro Japan im Vergleich zu beiden Konkurrenten (also USA und Europa zusammen) in 25 Prozent der Fälle Überlegenheit, bei 28 Prozent Gleichheit und nur bei 16 Prozent Unterlegenheit bescheinigt.

Ungeachtet dieser durchaus positiven Einschätzung fehlt es in der Studie nicht an Selbstkritik. Die einheimische Industrie sei zwar mit ihrem sehr effizienten und verläßlichen Engineering in der Lage, die Qualität vorhandener Erzeugnisse zu verbessern und sie durch Massenproduktion zu niedrigeren Preisen zu liefern. Andererseits werd jedoch eingeräumt, daß Japan sich bei der Entwicklung neuer Produkte ebenso wie bei der Erschließung neuer technologischer Felder im Vergleich zu den USA und Europa auf einem niedrigeren Niveau bewege.

Mit Nachdruck wird daher unter anderem eine Ausdehnung der Grundlagenforschung gefordert. Jetro belegt mit Zahlen, daß Japan hier noch hinter anderen großen Industrienationen herhinkt. So habe der entsprechende Anteil an den Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung in Japan 1979 bei 15,6 Prozent gelegen, dagegen in der Bundesrepublik bei 22,3 Prozent (1977), in Frankreich bei 21,1, in Großbritannien bei 16,1 und in den USA bei 12,7 Prozent. Nach Meinung der Außenhandelsorganisation ist es notwendig, sowohl die Forschungsausgaben insgesamt zu erhöhen als auch den Anteil der Grundlagenforschung hieran zu steigern. Jetro fordert schließlich eine Technologiepolitik, die sich an jedem Industriezweig und -produkt orientiert.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Wenig neue Arbeitsplätze in Mittelstands-Betrieben

Neuss (dpa) – Trotz verbesserter Auftragslage sind von der Mehrzahl mittelständischer Betriebe keine beschäftigungspolitischen Impulse zu erwarten. Etwa 71 Prozent der Unternehmen mit 20 bis 500 Beschäftigten geben an, während des nächsten Vierteljahres die Zahl der Arbeitnehmer nicht verändern zu wollen. Jeder fünfte Mittelstandsbetrieb will durchschnittlich in diesem Zeitraum sieben Beschäftigte entlassen und nur sieben Prozent der Firmen wollen ebenfalls durchschnittlich sieben Mitarbeiter neu einstellen. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage bei rund 5200 mittelständischen Betrieben aus 19 verschiedenen Wirtschaftsbereichen in der Bundesrepublik, die die Kreditschutzorganisation Creditreform in Neuss/Rhein veröffentlicht hat.

Mehr Raum für Importe

Bonn (AP) – Jugoslawien sieht angesichts seiner gesteigerten Exporte in die westlichen Industriestaaten wieder Raum für mehr Importe und eine günstige Wirtschaftsentwicklung. Zum Auftakt der 16. Tagung der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftskommission in Bonn erklärte Minister Ljubomir Baban nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums, Jugoslawien werde auch seine Einfuhren aus der Bundesrepublik weiter steigern können. Dies gelte im besonderen für deutsche Anlagen. Die Bundesrepublik hat im ersten Halbjahr 1984 ihre Einfuhren aus Jugoslawien gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 22,4 Prozent auf 2,1 Mrd. Mark gesteigert. Die deutschen Exporte erhöhten sich um 12,2 Prozent auf 2,7 Mrd. Mark.

Einladung der Opec

Manama (dpa/VWD) – Die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) will erstmals auch die nicht der Opec angehörenden Ölländer einladen, an der nächsten Opec-Konferenz teilzunehmen, die im Dezember in Genf Ölpreise und Ölmarktlage beraten wird. Dies erklärte der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Mana Said Otaiba. Otaiba ist gegenwärtig Vorsitzender des Opec-Marktüberwachungsausschusses. Otaiba und mehrere andere Opec-Ölminister haben sich in letzter Zeit bei Reisen in Nicht-Opec-Ölländer darum bemüht, auch diese zur Erhaltung der Preisstabilität – vor allem durch Verzicht auf Überproduktion – zu bewegen.

Kritik zurückgewiesen

Hamburg/Bonn (dpa/VWD) – Der Verband der Lebensversicherungen, Bonn, hat die Kritik am Geschäftsgebaren der deutschen Lebensversicherer zurückgewiesen, die der Bund der Versicherten, Hamburg, geübt hatte. Die Prämien in Kostenbestandteile und Sparanteil aufzuschlüsseln – so hatte es der Vorsitzende des Bundes, Hans Dieter Meyer, gefordert – überfordere den Kunden bei einem Vergleich der Versicherungsunternehmen und sei in der Wirtschaft nicht üblich. Der Verband wies den Vorwurf zurück, die Branche beteilige die Versicherten zu wenig an Gewinnen und gebe ihnen daher eine zu geringe Rendite beim Lebensversicherungssparen.

Bauern unzufrieden

Bonn (dpa/VWD) – Der Deutsche Bauernverband ist mit der neuen Bonner Quotenregelung für Milch unzufrieden. Die Änderungsverordnung komme zu spät und bringe nicht die erforderlichen Verbesserungen, kritisierte der Verband. Mit der neuen Regelung wollte das Bundeslandwirtschaftsministerium die strikten Brüsseler Sparbeschlüsse vom April 1984 für jene Milchbauern mildern, deren Einkommen zu mehr als 50 Prozent aus der Landwirtschaft stammt und die nicht mehr als 30 000 Kilogramm Milch im Jahr produzieren. Nach Angaben des Bonner Ministeriums ist bis zum 23. September 1984 die Milchproduktion im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,41 Prozent, die Butterproduktion um fünf Prozent und die Herstellung von Magermilchpulver um 13,8 Prozent eingedämmt worden.

Davignon in Tokio

Tokio (dpa/VWD) – EG-Kommissar Etienne Davignon hält sich seit gestern zu einem dreitägigen Besuch in Japan auf. Er strebt vor allem eine einvernehmliche Neuregelung der Begrenzung der japanischen Videoexporte in die EG an. Ende 1983 war den Japanern zugestanden worden, 3,95 Mill. Geräte direkt einzuführen. Wegen der zu beobachtenden Nachfrageschwäche in der EG möchte Brüssel diese Quote drücken.

STROM / Sauberstes Kohlekraftwerk der Welt

Auflagen weit unterschritten

HANS BAUMANN, Stockum

Am 24. Oktober wird Bundeskanzler Kohl zusammen mit dem Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Prof. Reimut Jochimsen, das sauberste und gleichzeitig effizienteste Kohlekraftwerk der Welt in Stockum am Datteln-Hamm-Kanal im östlichen Ruhrgebiet in Betrieb setzen. Diesem Kraftwerk voller Elektronik mit 750 Megawatt Leistung ist eine Erdgasturbine mit 100 Megawatt vorgeschaltet. Das Kraftwerk wird 1,2 Mrd. Mark kosten, wovon allein ein Viertel in den Umweltschutz investiert wurde.

Das neue Kraftwerk wird alle im Genehmigungsverfahren vorgegebenen Umweltauflagen erheblich unterschreiten und rund 15 Prozent weniger Kohle je erzeugte Kilowattstunde Strom verbrauchen. In der vorgeschalteten Turbine wird das Erdgas bei rund 1000 Grad Celsius verbrannt. Nach getaner Arbeit wird das immer noch 500 Grad heiße Gas in eine Feuerungsanlage, in der Kohlestaub verbrannt wird, geleitet.

Dieses Kraftwerk Werne Block K, das die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) und die Harpen AG gemeinsam betrieben, wird bis 1987 umgerüstet auf die Anforderungen der Großfeuerungsanlagenverordnung. Die Anlagen sind bereits bestellt. Dann wird das neue Kohlekraftwerk maximal 300 Milligramm Schwefeldioxid ausstoßen (je Kubikmeter Rauchgas). Gefordert wird in der Verordnung eine Menge von maximal 400 Milligramm. Auch die Stikkoxidwerte sollen weit unter den vom Gesetz vorgeschriebenen Werten bleiben. Der Staubauswurf wird praktisch bei Null liegen.

Wie Prof. Klaus Knizia, Vorstandsvorsitzender der VEW in Stockum, erklärte, wird der nächste Schritt der Bau eines weiteren 750-Megawatt-Kohleblocks sein, dem dann aber nicht eine Erdgasturbine, sondern eine mit Kohlegas betriebene vorgeschaltet werden wird. Mit großem Erfolg betreibt die VEW bereits eine Pilotanlage in Stockum, die stündlich 10 Tonnen Kohle teilvergast, womit ein alter 107-MW-Block gespeist wird, der 1989 nach Abschluß der Versuchsreihe stillgelegt wird.

Am Ende dieser neuen Kraftwerksgeneration steht die Kopplung mit einem Hochtemperaturreaktor, der der Kohleveredlung neue Horizonte eröffnen wird. Noch im Oktober wird nach Knizia mit einer weiteren Genehmigung zum Hochfahren des Pilotreaktors HTR 300 in der Nähe des Kraftwerkes Werne gerechnet.

Ein großer Reaktor mit 500 MW Leistung entsteht zur Zeit auf den Reißbrettern. Er wird nach Knizia besonders für Länder der Dritten Welt geeignet sein, denen die Strom-Infrastruktur für größere Kernkraftwerke fehlt. Diese Technologien beweisen nach Knizia, daß im Ruhrgebiet die Zeit nicht stillsteht, sondern Anlagen entwickelt werden, die weltweit Vorbild sein werden – vor allem für das heraufziehende Kohlezeitalter.

An australischem Weingut interessiert

der. Burg Layen

Die Pieroth-Gruppe, Burg Layen, drittgrößter Wein-Direktvermarkter der Welt, weitet seinen internationalen Spielraum weiter aus. Der Kauf eines Weinguts bei Sydney steht bevor. Die Umsätze in Australien (1984 zwischen 12 und 14 Mill. DM) sollen durch die Aufnahme auch landeseigener Weine ins Sortiment gefestigt werden. In Frankreich erwarb das Unternehmen eine Mehrheitsbeteiligung an einem Weinversandhaus im Beaujolais. Auch 1984 werden es vor allem die Umsatzsteigerungen im Ausland (geschätzt 10 Prozent) sein, die es Pieroth ermöglichen, das im Frühjahr anvisierte Ziel von plus 3 Prozent auf insgesamt 630 Mill. DM Umsatz doch noch zu erreichen.

Weiterer Abbau bei Tankstellen

dpa/VWD, München

Die Zahl der Tankstellen in der Bundesrepublik wird im Jahre 2000 nach einer Prognose der Shell AG, Hamburg, von derzeit 21 000 um gut ein Fünftel zurückgehen. Den Pkw-Bestand veranschlagt das Unternehmen dann auf maximal 30 Millionen. Damit besitze jeder zweite Bundesbürger ein Auto. 13 Mrd. Liter Normalbenzin und 15,5 Mrd. Liter Super sind nach der Untersuchung 1983 in der Bundesrepublik auf der Straße verbraucht worden, dazu 12,5 Mrd. Liter Diesel. Durch die Mineralölsteuer in Höhe von 37,5 Prozent bei Benzin und 33,6 Prozent bei Diesel seien dem Bund 1983 Einnahmen von 22,2 Mrd. DM zugeflossen, rund 12,3 Prozent der Steuereinnahmen.

INDUSTRIEKREDITBANK / Stiftung für Mittelstands-Forschungsförderung

Gute Ideen verschimmeln zu oft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die mittelständische Wirtschaft sei ein wesentlicher Faktor zur Entfaltung des dynamischen Wettbewerbs. Sie stöbere alle Marktnischen auf, wirke auf der ganzen Marktbreite und zeichne sich durch eine unnachahmliche Einsatzflexibilität aus. Ihre Handikaps zumals gegenüber den großen Publikums-Aktiengesellschaften: zu wenig Eigenkapital und zu wenig Forschungskapital.

Die Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank, Düsseldorf/Berlin, fand dreifachen Anlaß, ihren Gästen mit einem Festvortrag von Prof. Ernst Helmstädter (Universität Münster) solches in Erinnerung zu rufen. Erstens wurde die Bank nun 60 Jahre alt. Zweitens existiert seit 10 Jahren die „Stiftung zur Förderung der Forschung für die gewerbliche Wirtschaft", der ein Viertel vom Aktienkapital der Bank gehört. Drittens schließlich jährt sich in diesen Tagen zum 25. Mal der Todestag des Industriellen Paul Silverberg, dem der Aufsichtsratsvorsitzende der Bank, Thyssen-Chef Dieter Spethmann, unter dem Motto „Wegbereiter der Bank und der Stiftung" einen eindrucksvollen Vortrag widmete.

Spethmanns Essenz für die Gegenwart: Bank und Stiftung verdanken ihre Existenz einer großen solidarischen Anstrengung Tausender deutscher Unternehmen, angeregt durch Paul Silverberg, einem entschiedenen Engagement der Großunternehmen und der Schwerindustrie für die kleinen und mittleren Unternehmen. Eine Reminiszenz daran, daß die Bank 1924 in Berlin zum Einkassieren der Reparationsumlagen entstanden war und ab 1929/31 durch Silverbergs Vorschlag mit der dann nur noch von Großunternehmen aufgebrachten Rest-Umlage zum Finanzierungsinstrument für Mittelständler wurde. Nach Spethmann ein Solidaritätsversprechen für die Zukunft.

Eine glückliche Symbiose zwischen ihrer Aufgabe als Investitionsfinanzier der nicht emissionsfähigen mittelständischen Wirtschaft und der Notwendigkeit der externen Forschungsförderung für Mittelständler sieht die heutige Industriekreditbank AG in der Existenz ihres Stiftungs-Großaktionärs. Der hat, die 6 Mill. DM aus dem Geschäftsjahr 1983/84 (31. 3.) noch nicht mitgerechnet, bisher 42,8 Mill. DM an Dividenden erhalten und dies mit 25 Mill. DM in 128 Forschungsprojekte sowie mit dem Rest in Kapitalerhöhungen der Bank gesteckt.

Für das Stiftungs-Kuratorium, den Vorsitzenden Prof. Günter Schmölders und seinen Stellvertreter, den Mittelständler Günter Peddinghaus, ist das nicht nur eine Erfolgsbilanz, sondern auch Anlaß zum Nachdenken über Besseres. Zufrieden ist die Stiftung zwar mit der Effizienz ihrer in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen getroffenen Projektauswahl („die Hälfte der Anträge wird ja auch abgelehnt"). Unzufrieden jedoch mit der Breitenwirkung der Forschungsergebnisse im großen Mittelständlerkreis. Veröffentlichungspflicht der Ergebnisse ist zwar vorgeschrieben. Doch zu viel verschimmele zu lange ungenutzt in Aktenschränken. Wirkungsvollere Propaganda für ihr Tun setzt sich nun die Stiftung für die nächsten Jahre zum Ziel.

JOHNSON MATTHEY / Kreditinstitut in Nöten

Bank von England springt ein

WILHELM FURLER, London

Die Bank von England hat eine aufsehenerregende Aktion zur Rettung des Bankzweiges der bekannten Edelmetall-Gruppe Johnson Matthey eingeleitet. Wie die Notenbank in einer kurzgefaßten Stellungnahme bekanntgab, übernimmt sie vorläufig Johnson Matthey Bankers, nachdem „Probleme im Bereich der Handelskredit-Vergabe der Bank" aufgetreten seien. Die Bank von England arrangiert nach eigenen Angaben fortlaufende Liquiditäts-Unterstützung für das angeschlagene Bankhaus. Der Chairman von Johnson Matthey, Ronald Hewitt, ist inzwischen zurückgetreten.

Johnson Matthey ist einer der vier offiziellen Londoner Goldhäuser, die täglich das Londoner Goldfixing festlegen. Die Geschäftsführung erklärte, sie habe sich an die Notenbank gewandt, unmittelbar nachdem das Ausmaß von uneinbringlichen Forderungen bekannt geworden sei. So hätten die Rückstellungen zur Abdekkung „einer begrenzten Zahl fauler Kredite" nahezu das gesamte Kapital der Bank aufgezehrt.

In der Londoner City heißt es, die Kreditprobleme der Bank seien durch die Vergabe von Schiffahrts-Darlehen in Taiwan in der Größenordnung von 100 Mill. Pfund (378 Mill. DM) oder mehr ausgelöst worden. Eine Bestätigung dafür war nicht zu erhalten.

Zum Rettungspaket gehört eine Injektion von 25 Mill. Pfund an neuem Kapital durch die Minen-Gruppe Charter Consolidated, die 27,9 Prozent an Johnson Matthey hält. Somit wird sich der Anteil von Charter Consolidated, das wiederum zum südafrikanischen Minen-Imperium Anglo American gehört, am Bullion-Haus auf 46 Prozent erhöhen.

Dafür wird Johnson Matthey selbst 50 Mill. Pfund in seinen Bank-Arm einschießen. Wie lange schon die Schwierigkeiten von Johnson Matthey Bankers der Bank von England bekannt sind, wurde nicht mitgeteilt. Als Folge der Bekanntgabe der Rettungsaktion wurde der Handel mit Aktien von Johnson Matthey eingestellt. Der Kurs von Charter Consolidated fiel um 18 Pence auf 223 Pence.

ÖSTERREICH / Androsch: Zu niedrige Eigenkapitalausstattung der Banken

Industriegruppe belastet Creditanstalt

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Für eine energische Stärkung der Eigenkapitalbasis österreichischer Kreditinstitute plädiert nun der österreichische Bankenverbandspräsident Hannes Androsch. Denn trotz stetig ansteigender Risiken im in- und ausländischen Geschäft seien die österreichischen Institute in den letzten Jahren mit ihrer Eigenkapitalausstattung immer weiter zurückgefallen und rangierten heute international im unteren Drittel.

Die Creditanstalt, der Androsch als Generaldirektor vorsteht, benötigt rund 1,8 Mrd. Schilling, um einen internationalen Standard zu erreichen. 600 Mill. Schilling wurden vom Mehrheitseigentümer, der Republik Österreich, als Kapitalaufstockung bereits genehmigt; 300 Mill. davon schon zugeführt. Für 1984 wurden weitere 500 Mill. und für 1985 nochmals 400 Mill. als Wunschvorstellung angemeldet.

Die Stärkung der Eigenmittel von Österreichs ältester und größter Bank ist auch wegen der derzeit großen finanziellen Belastung durch den bankeigenen Industriekonzern notwendig. Diese nach der verstaatlichten Industrie zweitgrößte Industriegruppe Österreichs war im Laufe von Jahrzehnten sukzessive in das Eigentum der Bank gekommen und bot in den fünfziger und sechziger Jahren über gut verzinste Kredite eine bequeme Abtragsmöglichkeit.

In den siebziger Jahren mußte die Creditanstalt dann allerdings rund 8 Mrd. Schilling im Zuge der industriellen Konjunktur- und Strukturprobleme für den Konzern opfern – eine Summe, die heute fehlt. Denn während die Probleme einiger Unternehmen durch Verkauf oder schmerzhafte Strukturänderungen gelöst wurden, kam jetzt bei anderen und bislang durchaus positiv eingeschätzten Firmen ein erneuter Einbruch. Allein die Maschinenfabrik Andritz benötigt rund 1,5 Sanierungs-Milliarden; dem Fahrzeug- und Waffenkonzern Steyr-Daimler-Puch sollen gleichfalls noch einige Hundert Millionen zugeführt werden. Beim Gummikonzern Semperit trägt die ausgegliederte Reifenproduktion durch die vom Staat mit 950 Mill. Schilling geförderte Modernisierung soweit Früchte, daß 1984 wieder ein Betriebsgewinn erreicht wird. Für die Modernisierung der Sparte technische Produkte wurden noch von dem soeben abberufenen Finanzminister Herbert Salcher weitere 550 Mill. genehmigt.

Von den übrigen Konzernbetrieben zahlen zwar sieben nach wie vor Dividenden, weitere vier haben die Verlustzone bereits verlassen. Doch wird in diesem Jahr der ohnedies magere Ertrag der Bank (1983: 400 Mill. Schilling Gewinn bei einer Bilanzsumme von 300 Mrd. Schilling) noch durch die vom Finanzminister auferlegte zinsenlose Vorfinanzierung der öffentlichen Finanzhilfe für die Industriebetriebe belastet. Insgesamt dürfte die Creditanstalt rund 6,5 Mrd. Schilling an unverzinsten Aktiva in ihrer Bilanz verstecken.

NIGERIA / Importkontroll-Vertrag gekündigt

Händler sind verunsichert

WILHELM FURLER, London

Auf die mit Nigeria Handel treibenden Unternehmen kommen möglicherweise schwere Zeiten zu. Die Militär-Regierung in Lagos hat sich geweigert, mit der Schweizer Prüfungsfirma SGS den sechs Jahre alten Exklusiv-Vertrag zur Beaufsichtigung aller ins Land fließenden Importe zu erneuern. Dieser Vertrag ist am 30. September ausgelaufen. Vorerst wurde weder eine neue Prüfungsfirma bekanntgegeben, noch wurden Richtlinien über eine Interims-Regelung der Import-Aufsicht veröffentlicht.

Damit könnte der Handel mit Nigeria erheblich gestört werden. Nach Angaben der Financial Times sind Importeure und Exporteure gleichermaßen bestürzt und geschockt. Unsicherheit herrscht vor allem darüber, ob Waren, die von der SGS bereits klariert worden sind und sich auf dem Weg nach Nigeria befinden, bei ihrer Ankunft abgenommen und bezahlt werden.

Es bestehen große Zweifel, ob es Lagos gelingen wird, die ungestörte Abwicklung von bereits vereinbarten Import- und Exportgeschäften zu garantieren. Im negativen Fall würde dies erhebliche Verzögerungen im Warenaustausch mit dem vor allem für deutsche und britische Unternehmen bedeutenden Handelspartner zur Folge haben. Insbesondere würde die Gültigkeit bereits bestehender Import-Genehmigungsdokumente gefährdet. Es würde Monate dauern, sie wieder zu beschaffen.

Die nigerianische Wirtschaft hat ihre Kapazitäten ohnehin nicht ausgelastet. Verzögerungen oder gar ein Ausfall von dringend benötigten Rohmaterialien, Halbfertigwaren und Fertigprodukten könnten zu krisenähnlichen Situationen führen.

Die SGS ist international hoch angesehen. Sie war 1978 von der vorausgegangenen Militär-Regierung in Lagos bestellt worden, um der gängigen Korruption im Nigeria-Handel – insbesondere dem Versuch, durch falsche Rechnungsstellung Devisen aus dem Land zu schaffen – ein Ende zu machen.

HANNOVER RÜCK / Der Markt wird schwieriger

Ungünstiger Schadenverlauf

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Deutlich gestiegene Verluste im versicherungstechnischen Geschäft, die allerdings durch ebenfalls höhere Erträge im allgemeinen Geschäft überkompensiert wurden, verzeichneten die beiden zum Haftpflichtverband der deutschen Industrie a. G. gehörenden hannoverschen Rückversicherer Eisen und Stahl Rückversicherungs-AG und Hannover Rückversicherungs-AG im Geschäftsjahr 1983. Angesichts des weltweit schwieriger gewordenen Rückversicherungsmarktes zeigen sich die Vorstände der beiden Gesellschaften mit den Abschlüssen zufrieden. Die Entwicklung im laufenden Jahr wird differenziert beurteilt. Zwar wird erneut mit einem Anstieg der Kapitalerträge gerechnet; das versicherungstechnische Ergebnis dürfte sich andererseits weiter verschlechtern.

Bei der Hannover Rück erhöhte sich die Bruttobeitragseinnahme 1983 um 13,4 Prozent auf 979 (863) Mill. DM. Davon entfielen 76,3 (71,2) Prozent auf eigene Rechnung. Der Anteil des Auslandsgeschäfts beläuft sich auf über 50 Prozent. Vor allem deshalb, so Vorstandsmitglied Claus Bingemer, werden gut 50 Prozent der Kapitalanlagen (1,6 nach 1,1 Mrd. DM) in fremden Währungen, größtenteils US-Dollar, gehalten. Das US-Geschäft macht rund 20 Prozent der gesamten Beitragseinnahmen aus.

In fast allen großen Versicherungssparten hat sich 1983 der Schadenverlauf weiter verschlechtert. Negativ schlossen unter anderem die Feuerversicherung, die Allgemeine Haftpflicht- und die Kraftfahrtversicherung ab. Dieser Entwicklung trug die Hannover Rück mit erheblichen Schadenrückstellungen (390 nach 249 Mill. DM) Rechnung.

Bei Verlusten von 67,4 (51,8) Mill. DM im technischen Geschäft und Kapitalerträgen von 88,5 (63,6) Mill. DM ergibt sich nach Steuern ein positives Rohergebnis von 21,1 (11,8) Mill. DM. Davon wurden 16,4 (4,5) Mill. DM der Schwankungsrückstellung und 3,5 (6) Mill. DM der freien Rücklage zugeführt. Die Aktionäre erhalten wieder acht Prozent Dividende. Nach der im August beschlossenen Erhöhung des Grundkapitals um 15 Mill. DM auf 50 Mill. DM beträgt das Eigenkapital jetzt 97,25 (72,5) Mill. DM.

Die Eisen und Stahl Rück verzeichnete im Berichtsjahr eine Bruttobeitragseinnahme von 496 (466) Mill. DM. Der Selbstbehalt erhöhte sich auf 88,3 (86,7) Prozent. Nahezu verdoppelt hat sich der versicherungstechnische Nettoverlust auf 53,8 (28,8) Mill. DM. Bingemer begründet dies mit dem starken Engagement in der Kfz-Haftpflicht. Höhere Schadenbelastungen ergaben sich zudem in der Feuerversicherung und in der Allgemeinen Haftpflicht. Erfreulich dagegen war die Entwicklung in der Unfall- und Transportversicherung. Das im Aufbau befindliche Lebensgeschäft (Bestand 700 Mill. DM) war noch mit Finanzierungs- und Abschlußkosten belastet.

Bei einem Anstieg der Kapitalanlagen auf 951 (812) Mill. DM erhöhten sich die Kapitalerträge auf 82,5 (73,9) Mill. DM. Die Schadenreserven wurden um 8,2 (9,9) Mill. DM und die freien Rücklagen um 4 (6,3) Mill. DM aufgestockt. Der Schwankungsrückstellung wurden nur 1 (12,3) Mill. DM zugeführt. Die Aktionäre erhalten wieder 15 Prozent Dividende.

Vor dem Hintergrund der Münchener Unwetterkatastrophe von Mitte Juli, die die Gesellschaft mit rund 20 Mill. DM belastet, rechnet der Vorstand mit einem nochmaligen Anstieg des versicherungstechnischen Verlustes. Erst 1985, wenn die beantragten neuen Tarife in der Kfz-Haftpflicht wirksam werden, dürfte sich die Situation deutlich verbessern.

KOLBENSCHMIDT / Mindestens fünf Mark Dividende angekündigt

„Die junge Aktie ist unterbewertet“

INGE ADHAM, Neckarsulm

Die Kolbenschmidt AG (KS), Neckarsulm, die erst im April mit nominal 30 Mill. DM ihrer insgesamt 80 Mill. DM Grundkapital an die Börse gegangen ist, hat die Folgen des Streiks in diesem Frühjahr erstaunlich gut überstanden. Vor diesem Hintergrund sieht der KS-Vorstand die Aktie, die am Freitag mit 157 DM notierte und damit noch drei DM unter dem Ausgabekurs, als unterbewertet an.

Kolbenschmidt, einer der großen europäischen Zulieferer für die Automobil- und Motorenindustrie, ist in seinem Hauptwerk in Neckarsulm, wo 3150 der insgesamt 560 Beschäftigten in der Bundesrepublik arbeiten, voll vom Streik getroffen worden: 31 Tage lang ging nichts mehr. Auch das Lenkradwerk in Aschaffenburg mußte wegen des Streiks in den Automobilfabriken die Produktion zurücknehmen. Bei einem Gespräch in Neckarsulm bezifferte der Vorstand den Umsatzausfall auf 40 Mill. DM. Gleichwohl rechnet das Unternehmen im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) mit einer Umsatzsteigerung um annähernd acht Prozent auf 675 Mill. DM; weltweit dürfte mit 8000 Beschäftigten rund eine Mrd. DM (950 Mill. DM) Umsatz erreicht werden.

Als Ursache für die Aufwärtsentwicklung trotz Streiks nennt Vorstandsvorsitzender Otto W. Asbeck einmal die „ausgezeichnete“ Auftragslage vor dem Streik, zum anderen die gegenwärtigen Anstrengungen, die Ausfälle wieder einzuholen. Dazu werden in Neckarsulm trotz der Einwände der Funktionäre Überstunden gefahren – von der Belegschaft begrüßt, wie Asbeck betont. Neu eingestellt wurden in diesem Jahr bisher gut 3 Prozent mehr Mitarbeiter. Dies sei, so Asbeck, weniger eine Folge der erstreikten 38,5-Stunden-Woche, sondern vielmehr analog zum Wachstum zu sehen. Grundsätzlich werde man versuchen, die Flexibilisierung der Arbeitszeit so einzusetzen, daß es möglich werde, die sehr kapitalintensiven Fertigungskapazitäten dreischichtig laufen zu lassen.

Anpassungsprozesse in Form nochmals verstärkter Rationalisierungsprozesse seien in vollem Gange. Rund zwei Drittel der mit 59 (50) Mill. DM angesetzten Sachinvestitionen des neuen Geschäftsjahres werden der Rationalisierung und Qualitätssicherung dienen.

Beim Beschneiden der Kosten war KS auch im Vorjahr schon gut vorangekommen und erntet mit dem diesjährigen Abschluß Früchte in Form einer deutlichen Gewinnverbesserung (im letzten Geschäftsjahr 14 Mill. DM Überschuß). Zwar konnte Finanzchef Peter Lohse noch keine detaillierten Ergebniszahlen nennen, aber die Ergebnissituation sieht offenbar besser aus, als bei Erstellung des Börsenprospekts angenommen: Der Vorstand spricht jetzt von einer Dividende von „mindestens“ 5 DM und einer „angemessenen“ Rücklagendotierung.

Der Gang an die Börse hat KS 96 Mill. DM neue Mittel in die Kasse gebracht und die Eigenkapitalquote auf 40 (zuvor 18) Prozent steigen lassen. Mehrheitsaktionär ist mit 60 Prozent unverändert die Metallgesellschaft AG.

WIENERWALD / Noch nicht alle Probleme gelöst

„Veränderte Verpackung“

HEINZ STÜWE, München

Kein neues Unternehmenskonzept, wohl aber eine „veränderte Verpakkung“ hält die neue Wienerwald-Leitung für notwendig, um die in den letzten Jahren verlorenen Gäste in die Hendl-Restaurants zurückzuholen. In den nächsten Jahren sollen die Wienerwald-Restaurants deshalb nach und nach ein helleres, freundlicheres Gesicht erhalten, kündigte Andreas Kersten, Vorsitzender der Geschäftsführung der Wienerwald GmbH, in München an.

Die Hälfte des Investionsvolumens will Wienerwald aus eigener Tasche bezahlen. Etwa 500 000 DM im Durchschnitt werde der Umbau pro Standort kosten, schätzt Kersten; bei 270 Restaurants, die in Deutschland weiterbetrieben werden sollen. Auf dem Höhepunkt der Expansion waren es knapp 400, von denen heute noch 290 übrig geblieben sind.

Bei allem Stolz über den aus eigener Kraft bewältigten Vergleich – die letzte Rate von zehn Mill. DM. wurde Ende Juni an die Gläubiger gezahlt – ließ Kersten keinen Zweifel daran, daß noch längst nicht alle Probleme aus der „unglücklichen Diversifizierungs-Politik“ der Vergangenheit gelöst sind. Vorrangig ist für Kersten, der als Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates auch die Wienerwald Holding in Luzern leitet, eine Qualitätsverbesserung des Angebots.

Dieses Bemühen, gerade auch beim Ursprungs-Produkt des Konzerns, dem Hendl, beginnt sich nach Kerstens Angaben bereits auszuzahlen: Trotz verkleinerter Kette seien der Vorjahresumsatz (195 Mill. DM durch eigene Restaurants, 180 Mill. DM von Franchisenehmern) und vor allem ein ausgeglichenes Ergebnis erreichbar. 1983 hatte der deutsche Teilkonzern noch einen Betriebsverlust von sechs Mill. DM hinnehmen müssen.

FOTOMESSE / Arbeitsgemeinschaft gegründet

Zehn Firmen kooperieren

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Zehn namhafte Firmen der Fotoindustrie haben kürzlich eine Arbeitsgemeinschaft Fotomesse gegründet. Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft soll nach Angaben der Düsseldorfer Geschäftsstelle sein, „im Rahmen von Verbrauchermessen das Thema ‚Fotografie‘ im Bewußtsein der Verbraucher durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit zu aktualisieren und neues Interesse für fotografische Erzeugnisse und deren Anwendung zu wecken.“

Hierzu ist von beteiligter Seite zu hören, daß man auf der Anbieterseite zur Überzeugung gelangt sei, zur Profilierung der Fotografie in Konkurrenz zu anderen typischen Freizeitbranchen in der Selbstdarstellung mehr auf den Verbraucher zugehen zu müssen. Keinesfalls solle dies ein „Schuß“ gegen die „photokina“ sein, die nach wie vor den Nimbus als der Welt größte Fachmesse der Fotografie hat. Die in zweijährigem Turnus in Köln veranstaltete „photokina“ findet in diesem Jahr vom 10. bis 16. Oktober statt. Von seiten des Verbandes der Deutschen Photographischen Industrie, dem Mitveranstalter der „photokina“, verlautet, man beachte und beobachte diese Entwicklung sehr intensiv.

Die Arbeitsgemeinschaft, der die Firmen Agfa, Braun Camera, Canon, Kodak, Leitz, Minolta, Nikon, Nordic, Olympus und Pentax angehören, will mit einem Gemeinschaftsstand zunächst auf vier Verbrauchermessen im zweiten Halbjahr 1985 auftreten. Auf der Wunschliste stehen Städte wie Hamburg, Hannover, Essen und München. Verhandlungen mit den Messegesellschaften laufen noch.

Die Bewegung, die in die hierzulande praktizierte Messepolitik zu kommen scheint, ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Amateurfotografie im Vergleich mit anderen Hobby- und Freizeitbereichen zunehmend mit Tendenzen der Marktschrumpfung konfrontiert ist. Ein Mittel, dieser Entwicklung etwas gegenzuhalten, sehen die Firmen offenbar in einer verbrauchernäheren Präsentation ihrer Produkte.

Umsatzimpulse vom Inlandsmarkt

hdt. Bielefeld

Um 9,7 Prozent auf 135,7 (123,7) Mill. DM konnte die Dürkoppwerke, Bielefeld, ihren Umsatz 1983 erhöhen. Noch positiver war die Gewinnentwicklung; die ausgewiesenen 5,1 (3,6) Mill. DM werden an die Muttergesellschaft FAG-Kugelfischer, Schweinfurt, abgeführt. Sowohl die Nähtechnik als auch die Fördertechnik waren daran beteiligt.

Im Nähbereich kam der größte Impuls aus dem Inlandsmarkt, wo die Nachfrage nach hochwertiger Technik für die Bekleidungsindustrie den Umsatz um 17,5 Prozent ansteigen ließ. Der Exportanteil sank infolge von Umsatzeinbrüchen in Südamerika von 73 auf 70,5 Prozent. Bester Auslandsmarkt mit rund 13 Mill. DM Umsatz waren die USA, gefolgt von der Sowjetunion mit rund 11 Mill. DM Umsatz. Insgesamt wurde im Nähsektor ein Umsatz von 108,3 (100,3) Mill. DM erzielt. Weitere 27,3 (24,4) Mill. DM steuerte die Fördertechnik bei. Die Mitarbeiterzahl ging bis Jahresende zwar leicht zurück, hat sich inzwischen aber wieder erhöht.

AMERICAN EXPRESS / Neuheit für Geschäftsreisende

Kreditkartenmarkt wächst

INGE ADHAM, Frankfurt

„Es tut sich was im Kartenmarkt“ meint Jürgen Aumüller, Geschäftsführer der American Express International Inc., Frankfurt. Alle Wettbewerber im Kreditkartengeschäft registrieren derzeit kräftige Zuwachsraten. Bei American Express, mit rund 350 000 Kreditkartenkunden größter am deutschen Markt, stiegen in den ersten acht Monaten dieses Jahres die Umsätze der Vertragsunternehmen nach Aumüllers Angaben um gut 49 Prozent im Einzelhandel, um 43 Prozent bei den Restaurants und um 27 Prozent bei den Hotels.

Auch die Zahl der Karteninhaber steigt weiter (bei American Express in den letzten Jahren mit einer Rate von plus 25 Prozent im Jahr). Bis zum Jahresende werden nach Aumüllers Schätzungen eine Million Karten (derzeit 900 000) in der Bundesrepublik in Umlauf sein. Dabei hat sich der Durchschnittsumsatz pro Karte weiter auf jetzt knapp 6000 DM pro Jahr erhöht.

American Express versteht sich in der Bundesrepublik nach wie vor als „Anbieter reisebezogener Dienstleistungen“, die jetzt im Bereich TRS (Travel Related Services) konzentriert wurden. Innerhalb der nächsten drei Jahre will die Organisation ihr Reisebüronetz in der Bundesrepublik („Service-Center für den Karteninhaber“) von derzeit acht auf 30 Büros ausweiten. Weltweit werden 1000 Büros in 156 Ländern unterhalten. Als weitere Neuheit kommt American Express nach der Lancierung der „Gold Card“, die inzwischen 12 000 Bundesbürger benutzen, mit dem „Consul Club“ für Geschäftsreisende.

Weltweit zählt American Express derzeit 19 Millionen Karteninhaber, deren Karten eine Million (in Deutschland 40 000) Vertragsunternehmen akzeptieren. Damit und mit den umfangreichen Finanzdienstleistungen in den USA erzielte die American Express Comp. im vergangenen Jahr weltweit 9,8 Mrd. Dollar Umsatz, gut ein Fünftel mehr als im Jahr zuvor und 515 Mill. Dollar konsolidierte Nettoerträge.

NAMEN

Siegfried E. Tausch, Pressesprecher des Vorstand des DEKRA, Stuttgart, vollendet am 3. Oktober das 60. Lebensjahr.

Günter Heyden wurde per 1. Januar 1985 zum weiteren Geschäftsführer der Krombacher Brauerei Bernhard Schadeberg GmbH & Co., Kreuztal-Krombach, bestellt.

Wolf-Ingo Darius (37) und **Bodo Goschler** (42) wurden per 1. Oktober zu stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes der Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, berufen.

Fritz Fischer, Vorstandsmitglied der Krupp Stahl AG, Essen, ist zum Vorsitzenden der Edelstahl-Vereinigung, Düsseldorf, gewählt worden. Er wurde Nachfolger von **Rolf Hoffstädter**.

Überraschend widerstandsfähig

Chemie- und Stahlwerte weiterhin gesucht

DW.– Die Sorge, daß das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen, die schwache New Yorker Aktienbörse vom Freitag oder der verunsicherte Rentenmarkt am Montag bei den deutschen Aktien zu nennenswert schwächeren Notierungen führen könnten, erwies sich als unbegründet. Obwohl der Ordereingang zu Beginn des neuen Monats noch zu wünschen übrig ließ, führten die zunächst vorliegenden wenigen Kaufaufträge sofort zu einer Kursstabilisierung und im späteren Verlauf auch zu teilweise besseren Notierungen.

Das Anlageinteresse konzentrierte sich sehr stark auf die Papiere der Großchemie. Erhalten blieb die an der Freitagbörse plötzlich erwachte Kaufneigung für Stahlwerte. Bei den Technologie-Papieren hielten die schon in der Vorwoche in Erscheinung getretenen Ermüdungserscheinungen an. PKI-Aktien lagen deutlich niedriger. Angeregt durch Hinweise einiger Informationsdienste wurden die Meinungskäufe bei PWA zu steigenden Notierungen fortgesetzt. Von den Auto-Werten wurden VW-Aktien bevorzugt, von denen behauptet wird, sie seien von den Analysten der Banken bisher falsch eingeschätzt worden.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt gaben um 15 DM und Bilfinger um 6,50 DM nach. Deutsche Atlanten erhöhten um 14 DM und Edelstahl Witten um 5 DM. Hein. Lehmann stockten um 10 DM und Hageda um 3 DM auf. Bei den Versicherungen gaben Allianz Leben um 55 DM nach und Allianz Vers. um 7 DM.

Frankfurt: ADT verminderten um 4,40 DM auf 101,50 DM und MAN Roland um 10 DM auf 405 DM. Grünzweig und Hartmann stockten um 4 DM auf 122 DM auf und PWA um 5,20 DM auf 125,40 DM. Pfaff verbesserten sich um 5 DM auf 175 DM und MAN St. und MAN Vz. um je 3 DM. Seitz Enzinger gaben um 6 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf und Markt und Kühlhallen erhöhten um 5 DM. Triton schwächten sich um 3 DM auf 109 DM und Phoenix Gummi um 1 DM auf 126 DM ab. HEW blieben bei 81,70 DM und NWK-Vz. bei 165 DM.

München: Etienne Aigner gaben um 0,50 DM und Agrob St. um 1 DM nach. Audi NSU stockten um 11 DM und Cassella um 4 DM auf. Deckel AG stockten um 0,80 DM und Hutschenreuther um 4 DM auf. Neue Spinnerei Hof verbesserten sich um 3,50 DM. Nachgegeben haben Flachglas und Gehe AG um 3 DM und Erlus AG um 7 DM. Zahnräder Renk verloren 3 DM.

Berlin: DUB-Schultheiss festigten sich um 4 DM, Rheinmetall um 2,50 DM und Orenstein um 1,50 DM. Lehmann-Werke ermäßigten sich um 2 DM, Herlitz St. sowie -vorzüge um 1,50 DM. Berthold bröckelten um 1 DM ab. Tempelhofer Feld wurden um 10 DM und Kempinski um 5 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 155,6 (155,1)
WELT-Umsatzindex: 2920 (3420)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München (Kurswert in 1000 DM)

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, B = Berlin, S = Stuttgart.

Inlandszertifikate

Aktien-Umsätze

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Mailand

Wien

Kopenhagen

Zürich

Madrid

Hongkong

Brüssel

	1. 10.	28. 9.
Arbed	1615	1645
Brux. Lambert	2245	2295
Cockerill Ougrée	285	288
Ebes	2805	2795
Gevaert	3750	3685
Kreditbank	–	7260
Pétrofina	7580	7650
Soc. Gén. d. Belg.	1825	1840
Sofina	7350	7490
Solvay	4410	4415
UCB	5300	5370
Index	–	161,68

Singapur

	1. 10.	28. 9.
Cycle + Car.	3,18	3,20
Cold Storage	3,14	3,14
Dev. Bk. of Sing.	7,80	7,80
Fraser + Neave	5,65	5,70
Kl. Kepong	2,49	2,53
Mal. Banking	–	8,90
Nat. Iron	4,10	4,10
OCBC	9,50	9,55
Sime Darby	2,00	2,00
Singapur Land	3,84	3,92
Un. Overs. Bank	4,64	4,74

Paris

Sydney

Kopenhagen

	1. 10.	28. 9.
Den Danske Bank	235	243
Jyske Bank	450	452
Kopenh. Handelsbk.	243	247
Novo Industri	367	366
Privatbanken	213	216
Ostasiat. Komp.	164	165
Dan. Sukkerfabr.	595	600
For. Bryggerier St.	720	720
Kgl. Porc. Fabr.	315	310

Optionshandel

Frankfurt: 1. 10. 84: 694 Optionen = 43 300 (76 900) Aktien, davon 77 Verkaufsoptionen = 450 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-100/14, 1-110/7, 1-130/5, 4-110/12,5, 4-140/3, BASF 1-160/6,5, 1-170/3, 4, 4-160/11,1, 4-170/7, 4-180/4,1, 7-160/16, 6, 7-170/11,5, Bayer 1-160/17, 1-170/9, 1-173, 9,9, 1-180/5,9, 1-190/3, 4-170/15, 4-180/9,4, 4-190/5,8, 4-200/4, Bay. Hypo 4-300/10,5, Bekula 1-100/2,4, BMW 1-400/10,6, Commerzbank 1-160/10, 1-170/7, 1-180/3, 4-150/24,2, 4-160/13,6, 4-170/10,9, 4-180/6, Conti 1-130/6,6, 1-140/3,6, 4-110/24, 4-120/16,4, 4-140/4,5, Daimler 1-590/35, 1-620/12, 4-650/10, Deutsche Bank 1-360/22, 1-380/12, 1-400/10, 4-380/25, 4-390/21,8, 4-400/16, 4-410/9, Dresdner Bank 1-160/14, 1-170/8, 4-180/6, GHH ST 1-150/14, 1-160/7,5, Hoechst 1-160/5,2, 4-170/15, 4-180/9, 4-190/5,6, Hoesch 1-10/7, 1-110/3,7, 4-100/10, 4-110/6, 7-110/10, Karstadt 1-250/8, Kloeckner 1-60/7,4, 1-65/4, 4-70/5,5, Mercedes 1-540/20, Mannesmann 1-140/18,75, 1-160/6,5, 4-150/16,4, 4-160/10, 4-170/6,5, 4-180/3,9, Schering 1-360/35, Kali + Salz 1-250/10, 4-270/9,9, 7-280/10, Siemens 1-400/40, 1-410/35, 1-420/27,8, 1-430/24, 1-470/9, 4-410/45, 4-420/40, 4-430/31, 4-450/29, 4-460/20, 4-470/12, Thyssen 1-80/4,4, 1-85/1,7, 4-80/7,1, 4-85/4,8, Veba 4-170/10, 4-190/2,3, VW 1-18/2, 1-160/25, 1-190/8,5, 1-200/4, 4-180/15,9, 4-190/13, 4-200/9, Alcan 1-90/2,4, 4-85/8,1, IBM 1-410/10, Philips 1-40/8,5, 1-45/4,9, 4-40/9, 4-50/3,9, Royal Dutch 1-136,6/22,4, Sony 1-55/3,5, 4-55/6,85, 4-60/2,4, Sperry 1-120/7,5, 1-130/3,4, Xerox 4-130/6. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-110/4,9, 4-10/3,2, 4-110/7, BASF 1-160/4,5, Bayer 4-170/3,6, 4-180/9, BMW 4-410/27, Commerzbank 1-160/3, 4-160/3, 2, Conti 1-130/4,2, 4-120/2,5, Daimler 4-550/5,1, Deutsche Bank 4-340/4,7, 4-360/8,4, Dresdner Bank 1-160/3, Harpener 1-280/7, Hoechst 4-170/3,4, Mannesmann 1-150/1,6, 1-160/6, 4-150/2,4, Siemens 1-410/4, 4-390/3,2, 4-410/8, 4-430/11, Chrysler 1-100/4, 7-80/2, 5, 7-95/9,4, Elf 4-80/5,1, General Motors 4-220/9,6, Litton 1-210/9,6, Sony 4-55/7,6, Xerox 4-100/4,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11 –11¼	5⅜–5⅝	4⅞–4⅞
3 Monate	11⅜–11⅝	5⅝–5⅞	5¼–5⅜
6 Monate	11½–11¾	5⅞–6⅛	5⅛–5⅜
12 Monate	11⅞–12⅛	6 –6¼	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1545,00	1909,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1275,00	1540,80
5 US-Dollar (Liberty)	485,00	666,30
1 £ Sovereign alt	241,00	287,04
1 £ Sovereign Elizabeth II.	239,00	295,88
20 belgische Franken	185,00	238,26
10 Rubel Tscherwonez	253,00	314,64
2 südafrikanische Rand	240,00	295,30
Krüger Rand, neu	1060,00	1271,10
Maple Leaf	1060,00	1271,10
Platin Noble Man	1027,00	1210,68

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	256,00	313,50
20 schweiz. Franken „Vreneli"	189,00	239,40
20 franz. Franken „Napoléon"	188,60	238,26
100 österr. Kronen (Neuprägung)	999,00	1202,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	198,00	248,52
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	136,80
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	560,88
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

1. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	3,0275	3,0355	3,0362	3,02	3,11
London1)	3,766	3,780	3,751	3,72	3,87
Dublin1)	3,094	3,108	3,046	3,76	3,91
Montreal3)	2,3145	2,3225	2,30	2,27	2,37
Amsterd.	88,640	88,860	88,54	87,25	89,75
Zürich	121,600	121,800	121,75	120,25	122,00
Brüssel	4,925	4,945	4,837	4,80	5,00
Paris	32,550	32,670	32,12	31,75	33,50
Kopenh.	27,570	27,690	27,305	26,50	28,25
Oslo	34,480	34,600	34,08	33,75	35,50
Stockh.**)	35,320	35,480	34,80	34,50	36,25
Mailand2) **)	1,609	1,619	1,570	1,57	1,67
Wien	14,214	14,254	14,173	14,15	14,35
Madrid**)	1,770	1,780	1,75	1,71	1,83
Lissabon**)	1,900	1,920	1,791	1,55	2,35
Tokio	1,2370	1,2400	–	1,21	1,27
Helsinki	48,110	48,310	47,25	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,06	0,23
Athen*) **)	2,3905	2,4445	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,518	2,537	–	2,46	2,60
Johannesbg.*)	1,7995	1,8185	–	1,60	1,88

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der sich in New York am Freitag wieder regende Zinspessimismus beeinflußte den Dollar-Kurs positiv. Der New Yorker Schlußkurs von 3,07 wurde an den asiatischen Märkten sogar noch überboten, so daß man in Europa bei 3,0840 eröffnete. Nach ruhigem Verlauf setzte gegen Ende des Vormittags eine Verkaufswelle ein, die den Kurs bis 3,0250 drückte, ohne daß erkennbare Gründe für einen so starken Rückgang vorhanden waren. Die Bundesbank wurde nicht im Markt beobachtet und griff auch nicht zur Dollar-Notiz von 3,0315 ein. Stärkere Aufschläge verbuchten der canadische Dollar, der Schweizer Franken, die Lire, der Escudo sowie der japanische Yen auf der Plus-Seite, sowie die spanische Peseta auf der Minus-Seite. US-Dollar in: Amsterdam 3,4225; Brüssel 61,66; Paris 9,3250; Mailand 1884,75; Wien 21,4950; Zürich 2,4910; Ir. Pfund/DM 3,101; Pfund/Dollar 1,2446; Pfund/DM 3,773.

Ostmarkkurs am 28. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,50; Verkauf 23,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Der Anstieg der Dollar-Zinsen am 1. Oktober um ⅛ Prozent in der Spitze war ausschlaggebend für die Erweiterung der Abschläge für Dollar gegen D-Mark per Termin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,63/1,53	4,40/4,30	8,47/8,27
Pfund/Dollar	0,05-0,07	0,25-0,28	0,60-0,65
Pfund/DM	2,50/1,10	5,30/3,90	9,90/7,90
FF/DM	25/9	54/38	99/88

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1. 10.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 1. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 1. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–7,75 (6,87)–8,00 (7,12)–8,25 (7,31)–8,50 (7,48). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–7,75 (6,91)–8,00 (7,18)–8,25 (7,40)–8,50 (7,58)–8,50 (7,71) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,55, 2 Jahre 6,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100,00, Rendite 7,50.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Renten verunsichert

Die Zinsbewegungen in den USA in Verbindung mit dem stark schwankenden Dollar führten am Wochenbeginn zu einer Verunsicherung des Rentenhandels. Die Hoffnungen auf eine weitere Zinssenkung in der Bundesrepublik blieben unterschwellig, aber am Leben. Eine Unterstützung dieses Trends durch den Zentralbankrat wird nicht länger ausgeschlossen. Bei relativ kleinen Umsätzen schwankten öffentliche Anleihen um 0,15 Prozentpunkte, die Mehrzahl indessen zur Minusseite hin. Am Montag gab es am Pfandbriefmarkt nur wenige Kursveränderungen.

	1. 10.	28. 9.		1. 10.	28. 9.		1. 10.	28. 9.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	94,75G	94,75G	H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117	M 5 Verbank Hbg. Pf 55	117,5G	117,5G
8 dgl. Pf 20	82G	82G	8 dgl. 14	92,6G	92,6G	8 dgl. Pf 95	78G	78G
6¾ dgl. Pf. 2	98G	98G	6 dgl. 47	82G	82G	7 dgl. Pf 100	100,6G	100,6G
7 dgl. Pf 3	97,5bG	97,5bG						
6½ dgl. KS 14	99G	99G	F 5 Helaba Pf 8	111G	111G	D 8 WestLB Pf 350	101,1G	101,1G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG	6 dgl. Pf 80	92,2	98,95G	6¾ dgl. Pf 408	99,35G	99,35G
			8 dgl. Pf 73	102,05G	102,05G	9½ dgl. Pf 1007	107,75G	107,75G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123G	123G	4 dgl. KO 5	103G	103G	8 dgl. Pf 1015	101,3G	101,3G
5½ dgl. Pf 11	129,5G	129,5bG				7 dgl. KO 556	100,2bG	100,2bG
8 dgl. Pf 34	77,5G	77,5G	H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96	84G	84G	6¾ dgl. KS 420	98,15G	98,15G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Leicht abgeschwächt gingen Silber und Kupfer aus dem Markt. Durchweg schwächer präsentierte sich Kakao. Zu Abschlägen in den vorderen Sichten und Gewinnen in den entfernteren Positionen kam es bei Kaffee.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	28. 9.	27. 9.
Dez.	346,75	347,75
März	355,00	355,75
Mai	353,75	354,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	28. 9.	27. 9.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	238,45	244,64
Amber Durum	253,35	255,40

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	141,40	142,70
Dez.	146,20	147,70
März	152,70	154,70

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	121,50	122,00
Dez.	123,00	123,40
März	124,00	125,50

Hafer Chicago (c/bush)	28. 9.	27. 9.
Dez.	174,25	175,50
März	174,25	175,00
Mai	173,50	174,50

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	278,25	281,25
März	285,25	285,00
Mai	286,75	288,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	28. 9.	27. 9.
Okt.	127,30	127,40
Dez.	129,20	129,50
März	132,90	132,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	28. 9.	27. 9.
Terminkontr. Dez.	136,75	136,15
März	134,80	135,00
Mai	133,80	133,50

Kakao New York ($/t)	28. 9.	27. 9.
Terminkontr. Dez.	2170	2332
März	2109	2255
Mai	2200	2290
Umsatz	4075	2791

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	3,47	4,30
Jan.	4,93	4,93
März	5,44	5,44
Mai	5,85	5,50
Juli	6,14	6,14
Umsatz	14 375	19 250

	28. 9.	27. 9.
Ica-Preis fob karib. Häfen (US-c/lb)	4,13	4,05

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	28. 9.	27. 9.
Sept.	2391–2332	2360–2365
Nov.	2297–2298	2270–2379
Jan.	2223–2228	2279–2280
Umsatz	3390	4590

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1877	2295–2297
März	1835–1839	1978–1979
Mai	1830–1833	1924–1925
Umsatz	8573	3199

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	132,00–132,50	116,00–116,50
März	149,40	130,20–130,30
Mai	156,40–156,60	146,50
Umsatz	4254	3452

Pfeffer	28. 9.	27. 9.
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) schw. Sarawak spez.	435,00	443,00
weißer Sarawak	690,00	695,00
weißer Muntok	687,50	702,50

Orangensaft New York (c/lb)	28. 9.	27. 9.
Nov.	177,50	179,50
Jan.	179,50	181,20
März	180,50	181,60
Mai	181,30	182,00
Juli	180,75	181,00
Umsatz	1 250	1 000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	28. 9.	27. 9.
Südstaaten fob Werk	36,00	35,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,00	29,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	26,15	26,30
Dez.	24,75	25,35
Jan.	24,40	25,00
März	24,05	24,65
Mai	23,80	24,50
Juli	23,70	24,40
Aug.	23,45	24,10

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,50	29,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,00	28,00
Choice white hog 4% fr. F.	21,50	21,50

Talg New York (c/lb)		
top white	21,75	21,75
fancy	21,50	21,50
bleichfähig	19,75	19,75
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	43,85	44,12
Dez.	45,90	46,12
Febr.	48,00	48,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	61,90	62,00
März	61,30	61,60
Mai	62,62	62,25

Häute Chicago (c/lb)	28. 9.	27. 9.
Ochsen enth. schwere River Northern	67,00	67,00
Kühe enth. schwere River Northern	58,00	58,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	592,50	607,00
Jan.	602,00	615,00
März	617,00	629,50
Mai	627,00	638,75
Juli	629,00	643,00
Aug.	629,50	643,50
Sept.	622,00	628,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	143,30	145,80
Dez.	149,30	152,30
Jan.	152,50	155,00
März	157,00	159,50
Mai	162,00	163,90
Juli	166,00	167,50
Aug.	165,50	167,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	28. 9.	27. 9.
Okt.	344,00	344,60
Dez.	352,70	354,20
März	367,00	367,00

Kokosöl New York (c/lb)	28. 9.	27. 9.
Westküste fob Werk	62,50	60,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	1. 10.	28. 9.
jegl. Herk. cif	875,00	880,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	635,00	640,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	660,00	660,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
rob Niederl. fob Werk	247,50	248,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1450,00	1350,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	289,00	288,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	28. 9.	27. 9.
Okt.	64,50	64,85
Dez.	64,71	65,40
März	66,55	67,30
Mai	68,00	68,25
Juli	68,98	69,35
Okt.	69,49	69,60

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS -1:	45,75	45,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	28. 9.	27. 9.
Okt.	480–496	500–511
Dez.	497–503	497–507
Jan.	502–504	500–505
Umsatz	119	119

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	28. 9.	27. 9.
Dez.	51,60	51,60
März	51,40	51,40
Mai	53,10	53,10
Juli	53,40	53,40
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	28. 9.	27. 9.
Okt.	557,0–559,5	556,1–557,0
Dez.	565,0–565,5	564,0–565,0
März	576,0–578,0	–
Umsatz	8	3

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	28. 9.	27. 9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	28. 9.	27. 9.
Sept.	13 200	13 181
Okt.	12 882	12 913

Kautschuk London (p/kg)	28. 9.	27. 9.
Nr. 1 RSS loco	60,00–63,00	61,50–65,50
Nov.	57,50–62,00	59,00–62,50
Dez.	58,50–63,00	60,00–63,00
Jan.	60,00–64,00	61,00–64,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	28. 9.	27. 9.
Okt.	209,00–209,50	211,50–212,00
Nov.	210,00–210,50	212,50–213,00
Nr. 2 RSS Okt.	unerhältlich	200,50–201,50
Nr. 3 RSS Okt.	unerhältlich	197,00–198,00
Nr. 4 RSS Okt.	unerhältlich	190,00–191,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	28. 9.	27. 9.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	1. 10.	28. 9.
Blei: Basis London laufend. Monat	124,74–124,93	124,08–124,27
drittfolg. Monat	126,44–126,63	125,41–125,60
Zink: Basis London laufend. Monat	225,42–226,80	230,20–230,57
drittfolg. Monat	228,12–228,31	230,38–230,57
Produz.-Preis	285,34	284,75
Reinzinn 99,9%	4101–4142	4122–4163

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	1. 10.	28. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	394,07–395,95	393,43–395,32
Blei in Kabeln	132,50–133,50	131,75–132,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,90–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	1. 10.	28. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	383	425–430
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	425–430	426–430
MS 63	411–416	411–418

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	28. 9.	27. 9.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	1. 10.	28. 9.
Leg. 225	345–363	345–363
Leg. 226	347–365	347–365
Leg. 231	377–395	377–395
Leg. 233	387–405	387–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	1. 10.	28. 9.
Platin (DM je g)	35,00	34,509
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkpr.	34 600	33 300
Rücknahmepr.	33 850	34 650
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	34 860	33 340
Rücknahmepr.	33 990	34 200
verarbeitet	36 580	35 870
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 160	33 580
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	745,50	720,40
Rücknahmepr.	723,60	742,20
verarbeitet	778,30	774,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	1. 10.	28. 9.
10.30	344,75	344,15
15.00	345,40	343,75
Zürich mittags	345,30–345,80	344,00–344,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	104 100	103 000
Silber (p/Feinunze) London Kasse	603,25	596,00
3 Monate	618,35	610,65
6 Monate	634,05	625,25
12 Monate	666,30	658,85

Platin (£-Feinunze) London	28. 9.	27. 9.
fr. Markt	282,15	280,40
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	112,35	110,90

New Yorker Preise	28. 9.	27. 9.
Gold H & H Ankauf	343,75	345,25
Silber H & H Ankauf	745,00	740,00
Platin fr. Händlerpr.	325,00–328,00	325,30–328,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	138,50–139,50	138,00–139,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Okt.	748,00	750,00
Nov.	755,00	757,00
Dez.	761,50	763,50
Jan.	769,30	771,00
März	783,00	785,00
Mai	800,00	800,00
Juli	811,00	814,00
Umsatz	14 000	18 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	28. 9.	27. 9.
Okt.	56,35	56,55
Nov.	56,90	57,20
Dez.	57,50	57,80
Jan.	58,15	58,50
März	59,35	59,60
Mai	60,55	60,85
Juli	61,70	62,00
Umsatz	4 500	4 500

Londoner Metallbörse

	1. 10.	28. 9.
Aluminium (£/t) Kasse	821,00–821,50	815,50–816,00
3 Monate	844,50–845,00	839,50–840,00
Blei (£/t) Kasse	330,00–330,50	329,50–333,00
3 Monate	334,50–335,00	333,50–333,75
Kupfer Higbergrade (£/t) mittags Kasse	1030,0–1030,5	1027,5–1028,0
3 Monate	1052,0–1052,0	1049,0–1050,0
abends Kasse	–	1032,0–1033,0
3 Monate	–	1054,0–1054,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1028,0–1029,0	1033,0–1035,0
3 Monate	1049,0–1050,0	1052,0–1054,0
Zink (£/t) Kasse	598,00–600,00	608,50–609,50
3 Monate	603,50–604,00	610,50–611,00
Zinn (£/t) Kasse	9440–9450	9500–9520
3 Monate	9375–9385	9465–9470
Quecksilber ($/Fl.)	–	310–318
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	84–85

STAND PUNKT

Poker um Las Vegas

Der Prix de l'Arc de Triomphe in Paris-Longchamp, das sportlich bedeutendste Galopprennen der Welt, ist seit 1972 achtmal von Stuten gewonnen worden, zuletzt 1983 von All Along. Eine Stute ist derzeit auch in Deutschland das herausragende Pferd: Las Vegas. Mit dem Erfolg im Deutschen St. Leger in Dortmund gewann sie ihr sechstes Rennen hintereinander und hat besonders mit den Erfolgen im Aral-Pokal und St. Leger gezeigt, daß sie nicht nur beim weiblichen Geschlecht die First Lady ist. Die Herren der Pferdeschöpfung waren entweder verletzt oder sind nicht so schnell wie die Stute.

Ihr Trainer Sven von Mitzlaff (70), nicht gerade eine Spielernatur in Sachen Pferdemanagement, möchte mit ihr im nächsten Jahr gerne einmal in Frankreich laufen. Las Vegas neigt dazu, im Training zu pokern. Sie zeigt bei den morgendlichen Trainingsrunden in Köln-Weidenpesch nie, wie gut sie wirklich ist. Royal Flash deckt Las Vegas immer erst im Rennen auf. Nun soll ihre Rennlaufbahn nach elf Starts (acht Siege, 308 250 Mark) zu Ende gehen. Ihre Besitzerin Ilse Bscher (65) aus Köln will sie ins Gestüt nehmen, ein Sprung zum Deckhengst Priamos ist schon gebucht. Wenn Ilse Bscher bei diesem Entschluß bleibt, steht der Galopprennsport in Deutschland in der nächsten Saison buchstäblich mit leeren Händen da, zumal Abary (kein Siegertyp) wohl häufiger im Ausland antreten wird. Den ersten Versuch unternimmt er am kommenden Sonntag im Prix de l'Arc de Triomphe. Bleibt Las Vegas im Rennstall, kann sie zu einem neuen Turf-Idol werden, nach dem Abtreten von Orofino hierzulande dringend gesucht. Daß sie trotz ihrer vielen Siege noch keineswegs verbraucht ist, hat der St.-Leger-Sieg eindeutig bewiesen. Die internationalen Erfolge der Stute sollten Ilse Bscher ernsthaft zum Nachdenken zwingen, denn eine Perle in der auserlesenen Zucht der Pferdmenges-Tochter ist Las Vegas auch noch, wenn sie ihre Rennlaufbahn erst Ende 1985 beendet. Millionen-Angebote der Scheichs aus Arabien hat sie ohnehin schon ausgeschlagen. Vielleicht kann sie dieses Pokerspiel am Ende auch noch gewinnen.

KLAUS GÖNTZSCHE

EUROPA-POKAL / Nur Werder Bremen kann in der ersten Runde ein großes Geschäft machen: Eine halbe Million Mark

Teamchef Beckenbauer hofft auf „weitere Steigerungen"

sid, Düsseldorf

Im Kampf um das ramponierte internationale Renommee und um möglichst fette Zusatz-Einnahmen steht die Fußball-Bundesliga am Mittwoch vor der Nagelprobe. Franz Beckenbauer, der sich von Europacup-Erfolgen der Klubs Rückenwind für die deutsche Nationalelf erhofft, glaubt an eine „weitere Steigerung".

Der Teamchef ist überzeugt, daß es den sechs Bundesligaklubs gelingen wird, den überraschend guten Start ins 30. Millionenspiel in den Rückspielen der ersten Runde zu bestätigen. „Es war in der Geschichte des deutschen Fußballs fast immer so, daß wir uns in entscheidenden Situationen steigern konnten", sagt Beckenbauer.

In den Vereinen, wo es zwangsläufig nur Berufsoptimisten gibt, wird Beckenbauers Zuversicht geteilt. Dank der durchweg respektablen Hinspiel-Ergebnisse dürfen die Bundesligaklubs zwar an einen gemeinsamen Marsch in die zweite Runde glauben. Doch bei allem Optimismus sollte nicht vergessen werden, daß die Bundesliga im letzten Europacup erstmals schon im Viertelfinale nicht mehr vertreten war und ihren absoluten Tiefpunkt beklagte.

Am Mittwoch müssen aus der DFB-Phalanx nur Werder Bremen (Hinspiel 0:1 in Anderlecht) und der Hamburger SV (0:0 beim FC Southampton) ihre Heimspiele gewinnen, um die zweite Runde im UEFA-Pokal zu erreichen. Allerdings muß vor den Gegnern gewarnt werden.

Meister VfB Stuttgart könnte nach dem 1:1 seiner aus der Not geborenen Elf in Sofia daheim gegen Levsky Spartak schon ein 0:0 erreichen. Doch die Schwaben haben noch nicht vergessen, daß sie vor einem Jahr gegen die Bulgaren zum Auftakt im UEFA-Cup auf der Strecke blieben. Pokalsieger Bayern München, mit dem Rekord von 12:0 Punkten in die Bundesliga-Saison gestartet, hat nach dem 4:1-Heimsieg über den FK Moss in Norwegen die geringsten Sorgen. Lothar Matthäus ist nach seiner roten Karte vom Hinspiel automatisch gesperrt. Über die endgültige Dauer der Sperre für die Ohrfeige, die der Nationalspieler dem ehemaligen Bayern Jan-Einar Aas verpaßte, wird die Disziplinar-Kommission der Europäischen Fußball-Union (UEFA) erst am 10. Oktober entscheiden.

Im UEFA-Pokal dürfte sich Borussia Mönchengladbach nach dem 3:2-Auswärtssieg bei Banska Bystrica zu Hause nicht mehr aus der Erfolgsspur werfen lassen. Weniger komfortabel ist das Polster des 1. FC Köln, der mit einem 2:1-Vorsprung zu Pogon Stettin nach Polen reist. Der 6:1-Sieg vom Samstag über Dortmund macht den Kölnern aber Mut.

Ein frühzeitiges Aus wäre für Köln eine wirtschaftliche Katastrophe. 800 000 Mark sind im Etat für den UEFA-Cup angesetzt. Zum Start kamen nur 7000 Zuschauer. Wird die Prämie von 2500 Mark pro Spieler fällig, ist Stettin ein Zuschuß-Geschäft. Auch Bayern München kam mit 9200 Besuchern gegen Moss kaum auf seine Kosten.

Weiterkommen und dann kassieren heißt die Devise von Gladbachs Manager Helmut Grashoff. Gegen die slowakische Provinz-Elf erwartet er etwa 12 000 Zuschauer und „noch kein Geschäft": „Unser Ziel ist das Halbfinale, denn erst dann wird richtig Geld verdient." Meister Stuttgart rechnet gegen Sofia mit immerhin 25 000 Besuchern.

Bayern München will in Moss kein Risiko eingehen. Trainer Udo Lattek muß auch noch auf Lerby, Pflügler, Grobe und Mathy verzichten, will aber „die bestmögliche Elf" (Lattek) aufbieten. Torwart Pfaff sowie Dremmler, Willmer und Hoeneß haben ihre Verletzungen überwunden.

Das beste Geschäft in der ersten Runde macht Bremen. Manager Willi Lemke erwartet gegen Anderlecht ein mit 40 000 Zuschauern ausverkauftes Weser-Stadion und könnte damit eine halbe Million Mark verbuchen. Trainer Otto Rehhagel ist froh, daß er „gegen den international erfahrenen Gegner" wieder auf Meier zurückgreifen kann.

Zuversicht herrscht auch beim Hamburger SV. „Der Sieg über Kaiserslautern hat uns Auftrieb gegeben. Ich glaube, daß bei den Stürmern Milewski und McGhee der Knoten geplatzt ist", sagt Trainer Ernst Happel. Er muß gegen Southampton Jürgen Groh, der gestern am Meniskus operiert wurde, durch von Heesen ersetzen. Manager Günter Netzer glaubt gegen die Engländer an 30 000 Zuschauer. Das wäre die bislang beste Saison-Kulisse in Hamburg.

FUSSBALL / Briegels Klub allein an der Spitze

„Rummenigge ist stärker als Zico und auch Rossi"

dpa, Rom

„Mama mia, welch ein Nachmittag – Rummenigge ist ein wahrer Wirbelsturm", meinte Daniele Filissetti, der Mann, der im italienischen Meisterschaftsspiel SSC Lazio Rom gegen Inter Mailand (1:1) die Aufgabe hatte, den Deutschen zu decken: „Ich habe im Vorjahr Zico und auch Rossi decken müssen, aber Rummenigge ist sicherlich der größte Spieler, dem ich bisher begegnet bin." Überschattet wurde der Spieltag durch den Tod eines Fußballfans in Mailand. Der 21jährige Marco Fonghessi aus Cremona erlag gestern den schweren Verletzungen, die ihm ein Anhänger des AC Mailand mit einem Messer beigebracht hatte.

Trotz strömenden Regens waren über 50 000 Zuschauer im Olympiastadion in Rom, um Lazio mit dem neuen argentinischen Trainer Juan Carlos Lorenzo und den deutschen Fußballstar Rummenigge zu sehen. Rummenigge nach dem Spiel: „In der zweiten Halbzeit sind wir etwas abgesunken. Was mich beeindruckt hat, ist das Publikum. In Deutschland wäre es undenkbar, daß bei solchem Wetter über 50 000 Zuschauer kommen, um ihren Klub anzufeuern."

Zum Derby Inter Mailand (mit Rummenigge) gegen Spitzenreiter FC Verona (mit Hans-Peter Briegel) am nächsten Sonntag in Mailand erklärte der Nationalspieler: „Zuerst kommt das für uns wichtige UEFA-Cup-Rückspiel am Mittwoch gegen Sportul, dann erst Verona und Briegel. Ich will in beiden Spielen siegen."

Rummenigges Leistung hat Italiens Sportpresse, die ihn mit Bestnoten bedacht hat, begeistert. Die Schlagzeilen: „Rummenigge überstrahlt alle"; „Der Deutsche bester Mann im Feld"; „Rummenigge macht kurzen Prozeß mit den Träumen des SSC Lazio"; „Rummenigge – Schreckgespenst der Gegner".

Weiterhin in heller Begeisterung sind die Anhänger von FC Hellas Verona über Hans-Peter Briegel, ihren Klub und den dritten Sieg im Spiel gegen FC Udinese (1:0), der die Mannschaft mit sechs Punkten allein an der Tabellenspitze setzte. „Briegel begeistert alle – die Sternstunde von Verona dauert an", unterstreicht die Presse.

MOTORSPORT

Bleibt Lauda bei McLaren?

sid, Düsseldorf

Für den Österreicher Niki Lauda ist auf dem Transfermarkt der Formel-1-Weltmeisterschaft für 1985 eine wichtige Entscheidung gefallen. „Ferrari und Renault kommen für mich nicht in Frage", erklärte der Titelfavorit. Ein Sprecher des französischen Staatskonzerns bestätigte, daß neben dem Engländer Derek Warwick auch der Franzose Patrick Tambay im nächsten Jahr für das Team fahren werde. Wie es hieß, habe Lauda ein Jahresgehalt von 1,5 Millionen Dollar gefordert.

Da der 35jährige seinen Vertrag mit McLaren-Porsche bisher noch nicht verlängert hat, waren immer wieder Spekulationen um einen möglichen Wechsel aufgetaucht. Vor allem seine Verhandlungen mit dem französischen Staatskonzern in Paris ließen einen Wechsel Laudas zu Renault wahrscheinlich werden. Auf einen Zeitpunkt für seine Entscheidung wollte er sich nicht festlegen lassen. „Man muß warten, bis der Vertrag unterschrieben ist", meinte Lauda. Mittlerweile scheint es jedoch sicher, daß er bei McLaren bleibt.

EISHOCKEY / Düsseldorf: Außenseiter vorne

Mit Otto Schneitberger kam auch der Aufschwung

sid, Düsseldorf

In den sechziger und siebziger Jahren sorgte Otto Schneitberger als einer der besten Verteidiger vor dem eigenen Tor für Ordnung, gewann mit der Düsseldorfer EG 1967, 1972 und 1975 dreimal die deutsche Meisterschaft. Inzwischen ist er 45 Jahre alt. Aber immer noch so energiegeladen wie damals, arbeitet er mit der gleichen Zuverlässigkeit jetzt hinter der Bande seines Klubs als Trainer. Der Erfolg kann sich sehen lassen. Dank Otto Schneitberger darf in Düsseldorf von einer Eishockey-Renaissance der DEG geträumt werden.

10 500 Zuschauer beschworen am Freitag abend mit karnevalistischer Stimmung die alten Zeiten an der Brehmstraße herauf. Sportlich ließ die neuformierte Mannschaft beim 6:1 über Aufsteiger EHC Essen-West noch einiges zu wünschen übrig. Dies wurde am Sonntag abend dann eindrucksvoll nachgeholt. Nach dem 7:3 über den SC Rießersee findet sich der Außenseiter an der Tabellenspitze wieder. 4:0 Punkte zum Saisonbeginn, das gab es zuletzt 1980.

Idol Schneitberger gilt als Symbolfigur des Aufschwungs: „Als ich voriges Jahr aus beruflichen Gründen in Duisburg aufhörte, wollte ich eigentlich nur noch als Jugendtrainer arbeiten." In der höchsten Not, drohender sportlicher Abstieg und Konkurs, übernahm er dann die DEG, „weil ich dem Verein viel zu verdanken habe". Schneitberger sicherte den Klassenerhalt, der neue Vorstand leitete mit umfangreichen Maßnahmen auch die wirtschaftliche Konsolidierung ein.

Vor dem Saisonstart 1984/85 war der Schuldenstand von zwei Millionen Mark um die Hälfte reduziert. Der Verein konnte sich sogar Spielertransfers erlauben, Architekt Schneitberger bastelte an einer neuen Mannschaft, von der er heute sagt: „Die Spieler harmonieren, weil sie menschlich besser zueinander passen." Von Euphorie will der frühere Nationalspieler allerdings nichts wissen: „Realistisches Ziel ist Platz sechs, erst bei Rückschlägen wird sich zeigen, was der Mannschafts-Geist wert ist." Eines hat er den Spielern aber schon deutlich gemacht: „Wer nicht mitzieht, kann sich Weihnachten einen neuen Verein suchen."

NACHRICHTEN

Kasparow nahm Auszeit

Moskau (dpa) – Im Kampf um die Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und Garri Kasparow (beide UdSSR) hat der 21 Jahre alte Herausforderer gestern seine zweite Auszeit genommen. Die 8. Partie wird jetzt morgen ausgetragen. Weltmeister Karpow führt mit 3:0.

Tor von Schuster

Barcelona (sid) – Bernd Schuster erzielte für den FC Barcelona den Ausgleichstreffer beim 2:1-Auswärtssieg bei Betis Sevilla. Ohne Punktverlust führt Barcelona die Tabelle der spanischen Fußball-Liga an. Real Madrid besiegte Santander mit 3:0 und kam damit zum ersten Saisonsieg. Nationalspieler Uli Stielike konnte sich nicht auszeichnen.

Rugby: Massenschlägerei

Berlin (dpa) – Beim Viertelfinalspiel zwischen dem Berliner RC und DRC Hannover um den Vereinspokal des Deutschen Rugby-Verbandes (DRV) kam es zu einer Massenschlägerei. Eine Minute vor dem Abpfiff, es stand 18:6 für Berlin, liefen Zuschauer auf das Spielfeld und prügelten sich mit den Spielern. Der Schiedsrichter brach das Spiel ab.

Präsident Peter hört auf

Leimen (sid) – Nach elfjähriger Tätigkeit gibt Wolfgang Peter, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Gewichtheber (BVDG), seine Position auf. Zum Nachfolger soll am 6. Oktober auf der Jahreshauptversammlung in Leimen Herbert Ehrbar gewählt werden. Der Kommunalpolitiker ist Bürgermeister in Leimen.

ZAHLEN

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 1. Spieltag: Essen – Lemgo 20:12, Schwabing – Bergkamen 21:16, Gummersbach – Reinikkendorf 26:28.

EISHOCKEY

Bundesliga: Rießersee – Düsseldorf 3:7, Landshut – Köln 3:3, Essen-West – Kaufbeuren 2:4, Iserlohn – Mannheim 5:9, Rosenheim – Schwenningen 4:2. – Tabellenspitze: 1. Düsseldorf 4:0, 2. Mannheim 4:0, 3. Kaufbeuren 4:0, 4. Landshut 3:1, 5. Köln 3:1.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 6, 19, 21, 22, 37, 44, Zusatzspiel: 5. – **Rennquintett:** Rennen A: 8, 6, 2. – Rennen B: 23, 30, 27. (Ohne Gewähr).

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Fernsehspiel nach einem Roman von Siegfried Lenz

Weit weg vom Happy-End

Schon als die Barkasse mit den Teilnehmern des internationalen Historikerkongresses die enge Passage zwischen den beiden Schiffen durchfuhr, überkam den Fremdenführer Uli Martens dieser unbekannte Schmerz. Wie von Ferne hörte er sich selbst reden. Die ewig gleichen Worte über die Besonderheiten Hamburgs, die stets für einige Lacher gut waren. Jetzt wurde sein Sprachfluß bleiern.

Bei der Weiterfahrt im Bus an der Binnenalster bleibt Uli mitten im Satz stecken. Uli verläßt den Bus fluchtartig.

Als er schließlich in Noras Wohnung auf der Couch zusammenbricht, verschwimmt alles vor seinen Augen.

Der Verlust – ZDF, 19.30 Uhr

„Ein Schlaganfall", notiert Noras Wirtin.

Das ist die Ausgangssituation des Romans von Siegfried Lenz „Der Verlust", den das ZDF nach einem Drehbuch von Ann Ladiges unter der Regie von Claudia Hollack verfilmte.

Uli Martens, gespielt von Dietmar Mues, wollte der Welt gegenüber immer offen bleiben. Nun ist sie für ihn verschlossen. Er schien im Besitz der Sprache zu sein, aber mehr als die Zinsen zog er aus diesem Kapital nicht.

Um Ulis Verzweiflung auszudrükken, wählte Siegfried Lenz die Form des inneren Monologs. Im Film wurde auf eine innere Stimme verzichtet. Der Drehbuchautorin ging es darum, zwischen dem Film und dem Zuschauer eine Mauer der Stummheit aufzubauen. Stellvertretend für Uli spricht Profesor Borinski, bei Lenz eher eine skurile Figur, das aus, was Uli bewegt.

Aus der Fülle der minuziös beschriebenen Details, der zahlreichen Handlungsebenen im Roman hat die Drehbuchautorin versucht, jene Episoden auszuwählen, die Ulis Isolierung zeigen. Dabei hat sie für einige Szenen neue Schauplätze ausgesucht. So findet Ulis Zusammenprall mit der verständnislos reagierenden Umwelt nicht mehr in einem Stadion während eines Leichtathletik-Wettbewerbes statt, sondern in einer Festhalle während eines Turniers.

Und Nora, die Freundin Ulis? Sie kann ihm endlich geben, was sie schon immer geben wollte: Zuneigung. Siegfried Lenz ist aber weit davon entfernt, dem Paar ein Happy-End zu schenken. Immerhin finden die beiden ein Stück kleinster Gemeinsamkeit: die Einstellung zum jeweils persönlich aufgehobenen Wort „Nähe".

Der Film kommt nicht ohne Rückblenden aus. Rückblenden, die etwas von Ulis widersprüchlichem Charakter zeigen. Es war die Idee der Regisseurs, in Claudia Hollack, die Übergänge zu den Rückblenden fließend zu halten, so daß Gegenwart und Vergangenheit ineinander übergehen, fast eins werden. DW

Uli Martens (Dietmar Mues), der seine Sprache verloren hat, erfährt im Krankenhaus, daß es noch Hoffnung auf Heilung gibt FOTO: TELEBUNK



KRITIK



Zu jung für den Bulettenkönig

Im ersten dieser fünf Kurzbrenner **(Krumme Touren, ZDF)** darf der in Ost und jetzt auch in West beliebte Manfred Krug sich selbst spielen: einen populären Schauspieler, den das Flugzeug zu spät für eine Theateraufführung auf dem Tegeler Flughafen abliefert und der als Winnetou kostümiert in eine Boulevard-Komödie hineinplatzt. Von ähnlich knalliger Wirkung sind die vier übrigen Pointen, fast sämtlich auf Kosten der Wahrscheinlichkeit, die der Autor Michael Baier (kein Nachwuchs für Herbert Reinecker!) gröblich vernachlässigt hat.

Um so liebevoller, naturalistisch bis zur Pinseligkeit, hat Alfred Vohrer Regie geführt und einen Schwarm gern gesehener Berliner Mimen und Kabarettisten auf die Rollen von Krugs Gegenspielern verteilt (darunter Achim Strietzel, Evelyn Hamann, Horst Bollmann, Ivan Desny, noch immer der Spezialist für leicht anrüchige Ausländer).

Manfred Krugs vielgelobte Wandlungsfähigkeit bringt es nicht fertig, aus den fünf Teilhelden verschiedenartigster Berufe fünf deutlich unterschiedene Menschen zu machen – immer das gleiche berlinernde Poltern, die gleichen Windmühlenflügel-Bewegungen der Arme, die gleiche Stirnglatze (und als Gourmet-Sohn eines Buletten-Königs glaubte man ihm die nötige Altersdifferenz nicht). Es bleibt, bei aller Sympathie, doch ein ziemlich schales Gefühl zurück.

HELLMUT JAESRICH

Puschkin auf dem Rübenschlag

Es gibt nicht wenige Filme aus der „DDR", die es wert sind, auch hier gezeigt zu werden. Hingewiesen sei nur auf den großen Luther-Film, der im letzten Jahr vom „DDR"-Fernsehen ausgestrahlt wurde. Statt dessen mußte man am Sonntagabend wieder einmal eine trostlose Politschnulze aus den DEFA-Studios über sich ergehen lassen.

„Romanze mit Amélie" ist ein DEFA-Film nach einem Roman von Benito Wogatzki, der auch das Szenarium schrieb und den Schauspieler Ulrich Thein als Regisseur gewann.

Die Story spielt gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in dem märkischen Dorf Hohengörse. Ein junger Stadtflüchtling verliebt sich in Amélie, die Tochter der Gutsherrin. Wogatzki hat daraus ein peinliches Klassenkampf-Drama gemacht, in dem die Schauspieler nur die Wahl zwischen bedeutungsschweren Dialogen und hysterischem Geschrei haben.

Hinzu kommen handfeste Geschichtsfälschungen. Der Einmarsch der Roten Armee nimmt sich wie ein Frühlingsmanöver aus: Die „Befreier" kommen und besetzen nicht etwa das Dorf, sondern legen sich allesamt erst einmal schlafen. Wenn dann auch noch die Gräfin gemeinsam mit einem Offizier auf dem Rübenschlag Puschkin deklamiert, dann wissen wir: Sie haben wieder zugeschlagen, die sozialistischen Realisten Ausgabe Ost.

ULRICH SCHACHT

STUDIO

Den **„Prix Italia"** für die beste Fernseh-Musikproduktion erhielt bei dem am Sonnabend zu Ende gegangenen internationalen Wettbewerb für Hörfunk- und Fernsehsendungen in Triest der Engländer Peter Brook für „Die Tragödie der Carmen". Den Preis für die beste dramatische Fernsehproduktion bekam der Schwede Lars Mohlin für seine Sendung „Winterduell". Einige Tage zuvor wurden zwei deutsche Beiträge ausgezeichnet: „Ein weites dunkles Land" von Klaus Lindemann, eine Gemeinschaftsproduktion des SFB mit dem Süddeutschen Rundfunk und dem NDR, erhielt den „Prix Italia" für das beste Hörfunkfeature; das Hörspiel „Der Meinungscontainer" von Jürgen Geers, eine Gemeinschaftsproduktion des Hessischen und Norddeutschen Rundfunks mit dem SFB, wurde mit einem Sonderpreis ausgezeichnet. Alle Preise sind mit rund 14500 Mark dotiert.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Sketchup
Mit Beatrice Richter und Diether Krebs
10.55 Zum Blauen Bock
12.25 Kinder fragen Prominente
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Gefühls-Sachen
Lebens-Ängste
Film von Carola Benninghoven
16.55 Denkste!?
... zurück aus Hollywood
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
Musik und Nonsens
Die Ulkmusiksendung bringt wieder Pikantes und Interessantes aus der internationalen Musikszene.
21.00 Panorama
Themen: Schulsorgen, Arbeitsschutz, Drogen und Alkohol, Arbeitslosigkeit, Behindertenproblematik
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
Die nackte Wahrheit
22.30 Tagesthemen
23.00 Anwalt der Verfolgten
Graham Greene
Film zum 80. Geburtstag
Porträt von Tony Cash
Kaum einem weltberühmten Schriftsteller ist es so gut gelungen, die Öffentlichkeit von sich fernzuhalten, wie Graham Greene. Da es für diesen Beitrag nicht möglich war, ihn zu einem Gespräch vor der Kamera zu bewegen, soll er durch Filme, die nach seinen Romanen und Drehbüchern entstanden sind, zu Wort kommen.
23.40 von hier aus
Neue deutsche Kunst in Düsseldorf
0.10 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.20 Schüler-Express
Im Magazin für junge Leute: Bock auf Zoff
Rockergruppen und Stadtteilgangs gab es nicht nur in den 50er Jahren. Auch heute schließen sich Jugendliche zu Gruppen zusammen und bekämpfen sich oft gegenseitig in wüsten Prügeleien. Die heutige Folge beschäftigt sich mit den Ursachen dieser Freude an Gewalttätigkeiten und läßt einige „Bandenmitglieder" zu Wort kommen.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Gruppe Haindling
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Bunny kann zwar sprechen und denken, im Grunde seines Herzens bleibt er aber ein Hase, und so setzt der Gedanke an eine knackige Mohrrübe den Verstand außer Kraft.
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Kneippiaden von Georg Lohmeier
Der Zornige
19.00 heute
19.30 Der Verlust
Fernsehfilm von Ann Ladiges nach dem Roman von Siegfried Lenz
Regie: Claudia Holldack
21.15 WISO
Wirtschaftsmagazin
Moderation: Friedheim Ost
21.45 heute-journal
22.05 Zinsen des Ruhms
Komödie von Marcel Pagnol
23.40 heute



Tina Turner, Rocksängerin, in der Unterhaltungssendung Bananas – ARD, 20.15 Uhr. FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Die Zinn-Sklaven
20.45 Rückblende: Contergan
21.00 Formel Eins
21.45 Wissenschaftsladen Bielefeld
Ein Bürgerservice an der Universität
22.15 Drei vor Mitternacht
0.00 Schach dem Weltmeister
0.30 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Die Sprechstunde
19.15 Startschuß
Jugendsportschau mit Gästen
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Auslandskorrespondenten zu Gast mit Gästen
21.15 Die Schrecken des Krieges (3)
22.10 Ich und Du
23.10 Schach-WM '84 in Moskau
23.40 Nachrichten

HESSEN

18.30 Pan Tau
19.00 Formel Eins
19.45 Mode aktuell
20.00 Hokuspokus
Deutscher Kriminalfilm (1953)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Oskar Schlemmer
(1888–1943)
Porträt des Künstlers
23.00 Vor vierzig Jahren
March of Time vom Oktober 1944

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Transparent
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Winchester 73
Amerikanischer Spielfilm (1950)
22.45 Les cuisines ...
23.15 Nachrichten

BAYERN

18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Raubfischer in Alaska
Amerikanischer Spielfilm (1938)
Mit Henry Fonda u. a.
Regie: Henry Hathaway
20.45 Die Sprechstunde
Ratschläge für die Gesundheit
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
Programm nach Ansage
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

Offene Tür für Kunst

P. Jo. – Jede Stadt, die etwas auf sich hält, veranstaltet einen „Tag der offenen Tür". Da dürfen die Bürger dann hinter die Türen schauen, die ihnen sonst verschlossen sind, gleichgültig, ob es sich um die städtische Müllverbrennungsanlage oder das Stadttheater handelt. Und die Leute, so wird immer wieder anschließend berichtet, nutzen diese Möglichkeit gern.

Jede Stadt, die etwas auf sich hält, veranstaltet neuerdings „Kunstwochen". Da wird dann eine kräftige Scheibe aus dem sonst in Sachen Kultur arg gebeutelten Etat geschnitten, um allerhand Aktivitäten zu fördern, die das Etikett „Kunst" begehren. Natürlich begnügt man sich dabei nicht mit dem Konventionellen. Ein „Kunstzelt" muß her, „Kunstaktionen" haben sich in den Straßen auszubreiten, brave Läden räumen ihre Schaufenster für temporäre Kunstpräsentationen aus, und die Honoratioren geben als kunstfreundliche Menschen einen Empfang, auf dem man dann sogar gelegentlich einem Künstler begegnet.

Natürlich können und wollen sich bei solchem kulturellen Eifer die Privatgalerien des Ortes nicht ausschließen. Sie geben darum dem, was sie sowieso vorhatten, einen schönen Namen der Gemeinsamkeit – und hoffen, damit die Freigiebigkeit der öffentlichen Hand zu inspirieren. Aber damit nicht genug. Eine Bonner Galerie kam jetzt anläßlich der „Bonner Kunstwoche" auf die Idee, für sich selber einen „Tag der offenen Tür" zu proklamieren. Damit macht sie uns jedoch ganz melancholisch. Ist denn sonst die Tür verschlossen? Darf man das, was jetzt zu besichtigen ist, anderntags nicht sehen? Oder ist das Ganze nur ein Trick, um Leute ins Haus zu locken, die es sonst nicht zu betreten wagen?

Man kann auch mit einen „Tag der offenen Tür" offene Türen einrennen.

Sucht das Herz aller Dinge: Graham Greene wird 80

Im Netz des Glaubens

Wenn, was passieren könnte, die unberechenbaren Menschen von der Nobelpreis-Jury in Stockholm übermorgen – weil sie das immer an einem Donnerstag im Oktober und besonders gern während der internationalen Frankfurter Buchmesse tun – ihre Entscheidung für den diesjährigen Literatur-Laureaten verkünden sollten, wäre es eine große Überraschung, fiele sie auf den Engländer Graham Greene. Nicht nur käme er aus nationaler Optik kaum in Frage, weil sein Landsmann William Golding im vergangenen Jahr ganz überraschend an der Reihe war, er hat auch immer noch seinen geheimnisumwitterten Erbfeind im Vergabegremium sitzen.

Im Wettstreit der Senioren hat Graham Greene, der heute 80 Jahre alt wird, inzwischen aufgesteckt. Er engagiert sich statt dessen in seiner südfranzösischen Wahlheimat für die Sorgen von Mitbürgern, die von der Mafia bedroht werden. Als vor zwei Jahren seine Anklagebroschüre „J'accuse" gegen die üblen Machenschaften gewisser Kreise in Nizza erschien, wünschten ihn die Befehdeten am Ort als „senilen Ausländer" zum Teufel. Das störte den alten Herrn überhaupt nicht; er besitzt Souveränität.

Will den Leser unterhalten: Graham Greene FOTO: CAMERA PRESS

Es wird in diesen Tagen erschreckend viel über den Autor veröffentlicht. Man wendet ihn hin und her und zitiert ihn mit Stolz, wenn es gelungen ist, den medienscheuen Menschen zur Beantwortung von Fragen zu bewegen. Man nimmt den Geburtstag als Ereignis von monumentaler Bedeutung.

Das hätte man allerdings schon vor Dekaden haben können. Das Hauptwerk des Schriftstellers liegt längst vor. Es waren die Romane „Die Kraft und die Herrlichkeit" und „Das Herz aller Dinge" vor allen anderen, die nach dem Zweiten Weltkrieg das Bewußtsein erschütterten. Hätte es in den späten vierziger Jahren einen Preis für die Bewegung der Herzen gegeben, er wäre niemand anderem als Greene zugefallen.

Die Zeitläufte waren ihm dabei günstig. Die ganze Welt dürstete nach Aussagen. Es wurde im Chaos nach Wertbegriffen verlangt. Die unverwesliche Gottberufenheit des mexikanischen Schnapspriesters, die im Netz des Glaubens doch letztlich aufgefangene Verzweiflung des Major Scobie setzten Signale. Die Gestalten wurden zu Leuchtfeuer-Figuren. Gerade weil sie aus den Tiefen menschlicher Existenz heraufkamen, wurden sie in ihrer Verheißung der Rettung begierig ergriffen.

Greene ist Konvertit, er trat 1926 zum katholischen Glauben über. Der Sohn eines anglikanischen Schuldirektors stimmte für das radikalere Bekenntnis, das der unnachsichtigen Verdammung der Sünde auch die höchste Gnade gegenüberstellt. Die Zuversicht der Gnade ist überhaupt ein wesentliches Merkmal seines reichen Werks.

Graham Greene wäre allerdings kein wirklich englischer Schriftsteller, wenn er nur die Tiefen des Lebens und der Geschichte auslotete. Zwei Qualitäten sind es, die ihn beschwingen und gleichzeitig zügeln: Er hat Sinn für Humor und geographische Detailkenntnisse von allen Plätzen des Erdballs.

Was den Humor betrifft, lieferte er ein Paradebeispiel in den „Reisen mit meiner Tante"; was seine Urbanität, seine Weltgewandtheit angeht, beweist er absolute Zuständigkeit in allen seinen Büchern. Ihm unterlaufen keine „Kopfgeburten" wie deutschen Schriftstellern, die einmal ins Ausland geraten. Er kennt sich mit dem heimischen „Brighton Rock" (1938) ebenso aus wie in Sierra Leone, auf Kuba oder in Panama, das im Mittelpunkt seines jüngsten Buches steht (die WELT des Buches bringt darüber morgen eine gesonderte Besprechung).

Der Blick auf die Liste seiner Veröffentlichungen erfordert Zeit, denn Fleiß ist ebenfalls eine Tugend des 80jährigen. In der Bibliographie befinden sich, wie er selbst gesteht, mehrere „Brotarbeiten", wie etwa der „Dritte Mann", der auf dem Umweg über das Kino zum Leitbegriff wurde, oder seine Agentenromane, mit denen er dem jüngeren Rivalen John le Carré zu zeigen versuchte, wie es wirklich im Spionagemilieu aussieht.

Vielleicht rührt der Vorwurf vom Erzfeind in Stockholm, aber er wird häufig erhoben: Rudert Graham Greene nicht immer hart am Rand des Entertainment, der Unterhaltung, die hierzulande als verdächtig gilt? Dazu der Schriftsteller: „Wieso hart am Rande? Ich hoffe, alle meine Romane sind unterhaltsam. Jedenfalls gebe ich mir Mühe. Wollen denn die Leser gelangweilt werden?"

Der große alte Mann der europäischen Literatur aus Hertfordshire (sein jüngerer Bruder Hugh Carlton, der nach 1945 den Grundstein des westdeutschen Rundfunks gelegt hat und BBC-Boß wurde, stellt am kommenden Donnerstag auf der Buchmesse seine eigenen Memoiren vor) hat mit dem Irdischen ziemlich abgeschlossen. In dem Roman „Dr. Fischer aus Genf" (1981) legt er dem Protagonisten die Worte in den Mund: „Sterben war nicht mehr eine Antwort – es war eine Belanglosigkeit." Wer sich selbst in der Gnade weiß, kann das sagen.

ALFRED STARKMANN

THEATERKALENDER

3. Basel, Theater; Schiller: Demetrius (R: Hoffmann)
4. Freiburg, Theater; Strauß: Der Park (U) (R: Bitterli)
4. Berlin, Schaubühne; Görz: Das Verhör (U) (R: Tabori)
Essen, Bühnen der Stadt; Kraus: Die letzten Tage der Menschheit (R: Eschberg)
Hamburg, Thalia Theater; Widmer: Neuer Noah (DE) (R: Schnitzler)
Kassel, Staatstheater; Rame/Fo: Offene Zweierbeziehung (DE) (R: Trafic)
7. Berlin, Schiller-Theater; Ibsen: Die Frau vom Meer (R: Schulz-Michels)
12. Wien, Akademietheater; Lubimow/Karjakin: Verbrechen und Strafe (DE) (nach Dostojewski) (R: Lubimow)
13. Darmstadt, Staatstheater; Strauß: Der Park (R: Gramss)
Göttingen, Deutsches Theater; Strauß: Der Park (R: Hübsch)
München, Kammerspiele; Strauß: Der Park (R: Dorn)
Wien, Burgtheater; Raimund: Der Diamant des Geisterkönigs (R: Hollmann)
Zürich, Schauspielhaus; Goldoni: Das Kaffeehaus (R: Menzel)
18. Glasgow, New Citizen Theatre; Hochhuth: Judith (U) (R: Macdonald)
20. Basel, Komödie; Gromes/Mouchtar-Samorai: Vivat den Unterlegenen (U) (nach O'Casey) (R: Mouchtar-Samorai)
Bochum, Schauspielhaus; Beckett: Glückliche Tage (R: Jeker)
Köln, Schauspiel; F. Roth: Krötenbrunnen (U) (R: I. Flimm)
26. Berlin, Schiller-Theater; Enzensberger: Der Menschenfreund (U) (R: Zischler)
31. Bochum, Schauspielhaus; Norén: Dämonen (DE) (R: Peymann)

Wiedereröffnung des Hamburger Schauspielhauses mit Lessings „Minna von Barnhelm" unter E. Wendt

„Das Publikum komme, höre, richte"

Die Wiedereröffnung des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg lief auf einen Schönheitswettbewerb hinaus: Hier die Hanseatinnen in ihren Dernier-cri-Roben, vorzugsweise rouge et noir, dort die goldhäutigen Putten und alabasternen Karyatiden und die strahlende Harmonia, die vom Plafond aus mit dem von falscher Tünche befreiten Apoll im Triumphwagen kokettiert. Man tut den Lebenden gewiß keinen Tort an, wenn man die Engel und Götter, ja wenn man das ganze, herrlich restaurierte Interieur mit seinen zierlich-verspielten Ornamenten zum Sieger erklärt.

Wieder in seinem farbprächtigen Urzustand, entfaltet das Jahrhundertwende-Theater der Wiener Prominentenarchitekten Fellner und Helmer einen geradezu verblüffenden Charme, der in seiner Leichtigkeit, seiner Anmut, seiner hoftheaterlichen Intimität alle Behauptungen von der Häßlichkeit und der Protzsucht der Gründerzeitbauten Lügen straft.

Man hatte sich – im Lessingschen Originalton – gespannt gefragt: „Wer kömmt" zur Einweihungsfestivität? Nun, unser Bundespräsident, unser Kanzler, die Bonner Haute volée ließen sich entschuldigen, so daß das Ereignis, mit der Senatorenriege, den ehemaligen und amtierenden Intendanten und ortsansässiger Prominenz im rein lokalen Rahmen blieb.



Mit hochfliegender Gestik: Lisi Mangold (Minna) und Felix von Manteuffel (Tellheim) in Ernst Wendts Hamburger Inszenierung FOTO: PETER PEITSCH

Den versuchte allerdings Hamburgs Erster Bürgermeister, Klaus von Dohnanyi, in seiner Begrüßungsrede vor dem Eisernen Vorhang mit launigen Bemerkungen auszuzieren. Er ließ es sich dabei nicht nehmen, den Bürger aus dem Bürgermeister herauszuschälen und einmal dessen Vorstellungen vom Theater zu artikulieren. Er wolle sich, war da zu vernehmen, vom Theater gern in den Arm, aber nicht unbedingt auf den Arm nehmen lassen. Voilà! Und er sei überglücklich, die Klassiker auf der Bühne zu sehen, aber er möchte sie auch gerne wiedererkennen. Der Bürgermeister also als vox populi.

Das war nach Niels-Peter Rudolphs harscher, mit Hölderlin-Worten vorgebrachter Kritik, die Deutschen ehrten ihre Künstler nicht, nicht ohne Ironie. Es fehlte nur noch, Dohnanyi hätte Lessing mit seiner in der Hamburgischen Dramaturgie niedergelegten Warnung an alle Theatermacher zitiert, ja auf das Publikum zu hören: „Es komme nur und höre und prüfe und richte! Seine Stimme soll nie geringschätzig verhöret, sein Urteil soll nie ohne Unterwerfung vernommen werden."

Das Schauspielhaus zu einem der Brennpunkte der Theaterentwicklung zu machen dürfte Rudolph in Zukunft ohnehin schwerer fallen. Vom nächsten Jahr an wird ihm mit Jürgen Flimm als Thalia-Intendanten schärferer Konkurrenzwind ins Gesicht blasen. Und eine nicht geringe Hypothek wird es auch für ihn sein, daß das Regie-Theater künstlerisch in eine Sackgasse geraten ist, wie in der Hansestadt in der vergangenen Spielzeit zu spüren war.

Daß Rudolph das neue alte Haus nicht wie vorgesehen mit dem Sophokleischen „Ödipus", sondern mit Lessings Lustspiel „Minna von Barnhelm" eröffnete, das hier am 30. September vor genau 217 Jahren seine Uraufführung erlebte, dürfte für manchen Festgast vorab Grund zu freudigem Aufatmen gewesen sein. Denn das wäre doch gelacht, wenn man sich gerade an einem solchen Tage nicht auch einmal amüsieren dürfte, da man doch gerade als braver Steuerzahler 60 Millionen für das „Alster-Burgtheater" auf den Tisch geblättert hat!

Doch wer so dachte, hatte seine Rechnung ohne Ernst Wendt gemacht. Der nahm die „Minna" zwar nicht possen- und komödienstadelhaft auf die leichte Schulter, offerierte sie uns aber auch nicht gerade mit leichter Hand und leichtem Herzen. Ernst und schwerfüßig kam seine „Minna" daher und löste neben Faszination denn auch Unbehagen aus.

Dabei war er zum Glück nicht der fixen Idee verfallen, das Spiel von Krieg und Frieden, verlorener Ehr' und Liebesmüh', vordergründig zu aktualisieren, wie es jüngst Flimm tat, als er die „Minna" als „bitterböses Lehrstück über Militarismus und Kriegsgewinnlerei" glaubte anlegen zu müssen und es modisch in die Jahre nach 1945 verlegte. Wendt läßt es in der Zeit, sucht das Temporäre nicht zu negieren. Wenn man sein von Johannes Schütz gebautes Bühnenbild recht versteht, kommt es ihm eher auf das Gleichnishafte der Konflikte an.

So ist die „Minna" hier in Hamburg auf zwei Spielorte gehoben: Zum einen auf das mit schiefen Ebenen ausgestattete Gasthofzimmer, das für Minna und ihr Intrigenspiel zu einem gefährlich abschüssigen Terrain zu werden droht, zum anderen auf den beinahe leeren, mit einem Podium versehenen Gasthofsaal, in dem Wendt die in die Tragödie kippende Handlung schließlich doch noch als Spiel im Spiel, als Komödie enden läßt.

Diese leise leichte Volte kommt jedoch entschieden zu spät. Bis dahin wird uns die Minna eher angestrengt und überanstrengt denn geistreich locker vorgeführt. Natürlich ist das keine gemütliche Komödie, kein Lustspiel schenkelklopfender Heiterkeit. Aber ob es deshalb ein Spiel des überdrehten Aktionismus und einer immer wieder massiv angesteuerten Exaltiertheit sein muß, ist doch mehr als zweifelhaft.

Auch das Regiekonzept für Tellheim irritiert: Im ersten Akt ein maulender Décadent, dem man alles, nur nicht den preußischen Offizier abnimmt, wird er im folgenden zwar durch entschiedene Betroffenheit glaubwürdiger, gerät aber im Finale durch hilflose Übertreibung bedrohlich in die Nähe der Groteske. Neben diesem unentschieden angelegten Tellheim Felix von Manteuffels ist Lisi Mangold eine Minna, die es an Facettenreichtum nicht fehlen läßt. Doch hat Wendt auch sie – mit hochfliegender Gestik und zuweilen zu manieriertem Sprechgesang – in eine Übersteigerung getrieben, die ihrem Spiel die Natürlichkeit nimmt.

Das garantiert zwar immer Spannung, aber das Lächeln über Lessings herrliche Dialog-Verfänglichkeiten will sich nicht einstellen. Das gilt auch für den Just (Markus Boysen), die Franziska (Barbara Freier), den Werner (Jürgen Schornagel) und den Riccaut (Charles Brauer), die Wendt mit mehr oder weniger Glück eigenwillig zu konturieren suchte. Er hatte heftige Buhs einzustecken.

KLÄRE WARNECKE

Musik-Biennale Venedig: Luigi Nonos „Prometeo. Eine Hörtragödie" und Schrekers „Ferner Klang"

Künstlerträume – einmal leise und einmal laut

Siebzig Jahre trennen Franz Schrekers Oper „Der ferne Klang" von Luigi Nonos „Hörtragödie" (so der Untertitel) „Prometeo". Beide Werke wurden jetzt bei der Musik-Biennale von Venedig neu vorgestellt bzw. uraufgeführt. Für Schreker, den einst neben Strauss und Puccini erfolgreichsten Bühnenkomponisten der zehner und zwanziger Jahre, bedeutete dies die erst fünfte Aufführung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Für Nono ist der „Prometheus" eine Zusammenfassung der Arbeiten seit „Al gran sole" vor beinahe zehn Jahren. „Das atmende Klarsein" und das Prometheus-Fragment „Io", letzteres vor drei Jahren ebenfalls in Venedig uraufgeführt, flossen direkt in das neueste Werk ein.

Der Untertitel des Prometheus macht es klar: Nono möchte sein Werk nicht als Ereignis des herkömmlichen Musiktheaters behandelt sehen, sondern einzig als „Hörerlebnis". Nicht zuletzt deshalb fand die Präsentation in der Kirche San Lorenzo statt, denn wo sonst hätte der durch sein Centre Pompidou bekannte Architekt Renzo Piano, indem er eine auf Pfähle gesetzte, vom Boden weit losgelöste Arche imitierte, diese über mehrere Etagen sich verzweigende Treppenkonstruktion erstehen lassen können, die dem „Hörerlebnis" als Bühnenbild diente?

Schiffe sind wieder gefragt, siehe den letzten Film von Fellini. Doch Nono versenkt keine opernsüchtige Gesellschaft im Ozean, wie Fellini, sondern will den Sieg der Hoffnung über die Angst vor dem Unbekannten symbolisieren. Sein nach Ideen von Massimo Cacciari entstandener „Prometheus" ist keine Tragödie, in der widerstrebende Gedanken von Protagonisten ausgefochten werden, vielmehr ein Monodram, das alle Stimmen – darunter zwei Soprane, zwei Altistinnen, einen Bariton, zwei Sprecher, Instrumentalisten, das Europäische Kammerorchester und den Chor des Instituts für neue Musik (Freiburg) unter der Leitung von Claudio Abbado und Roberto Cecconi – zu einer einzigen Stimme, der des Prometheus, summiert.

Keine gliedernde Handlung also, kein erkennbarer Text unterstützt hier die Geschichte dessen, der den Menschen das Feuer brachte, das ihnen die Möglichkeit der Selbstbefreiung geben sollte. Äolische Klänge aus Mikrointervallen überträgt Nono auf Computern mit Tonhöhe und Tempo. Kaum wahrnehmbares Ein- und Ausatmen, das tonlose Pusten in die Klarinette, das Schlagen der Streicher, die angetippten Bläser, dunkle Cello-Akkorde schaffen eine vibrierende, schwingende Atmosphäre voller Intensität. Es ist alles sehr leise, ein der alten Kirchenmusik nachempfundenes Psalmodieren, wobei die Stimmen kaum vom gläsernen Geräusch der Instrumente unterschieden werden können. Und friedfertig wie bei Monteverdi schließt das Werk. Klaglos hat sich der sich auflehnende Prometheus ergeben. Das Feuer, das wie eine Masse der Kraft, „como una ola de fuerza", loderte, flackert nur noch zaghaft.

Was Nono durch leise, dosierte Dauerberieselung erreichen will, die konzentrierte Aufmerksamkeit der Hörer, versucht Schreker durch die kräftige Reizung aller Sinne. In seinem „Gesamtkunstwerk", das sich der Form des Filmes annähert, ahmte er die Pracht der großen Opern Meyerbeers nach, verwertete wenig bekannte symbolistische Dichtungen, die er mit mit einer Privatmythologie aus Sexualität und Künstlerproblematik verband. Wurde er zu seiner Zeit zu den Vorreitern der Moderne gezählt (sein Einfluß auf Berg ist ja auch unverkennbar), so konstatiert man heute bei ihm eher Stilmerkmale des ausgehenden Jugendstils, und seine Stoffe wirken trotz greller Suggestivität abgegriffen.

Um den geheimnisvollen „Fernen Klang" zu finden, verläßt der Musiker seine Geliebte Grete. In Venedig findet er sie in einem feudalen Bordell als große Kokotte wieder, verstößt sie aber, als er erkennt, wie tief sie gesunken ist. Beide finden sich ein letztes Mal bei der erfolglosen Uraufführung von Fritz' Oper, von manchen als Ankündigung des Messias gedeutet. Fritz stirbt am Ende einen wagnerschen Erlösungstod.

Die Aufführung im „La Fenice" nahm sich des Werks mit großer Sorgfalt an. Gabriele Ferro realisierte Schrekers Ton auf möglichst unaufdringliche, elegante Weise; eindrucksvoll, wie scharf die irritierende Schwüle des Venedig-Aktes mit den verschiedenen Orchestern und den aus allen Richtungen zusammenklingenden Chören herausgearbeitet wurde.

Nur begrenztes Glück hatte man mit der Besetzung. Weder James McCray als Fritz noch Florian Prey als Baron konnten überzeugen. Sylvia Sass machte den Gegensatz von Verführerin und Kindfrau in ein und derselben Brust gut deutlich. Trotz allem aber konnte die regielich ausgezeichnete Inszenierung (Giorgio Martin) die gewisse Vergilbtheit des Werkes und die streckenweise matte musikalische Verarbeitung nicht kaschieren.

ROLF FATH

Die Tagung der „Europäischen Märchengesellschaft" über „Märchen in Unterricht und Erziehung"

Wenn der böse Wolf aus dem Recorder droht

Ein Fistelstimmchen trällert etwas vom „grünen, grünen Wald". Wenig später kreischt dieselbe hohe Stimme: „Oh je, der Wolf!" Dumpf und rauh antwortet eine andere Stimme: „Haha, jetzt treffe ich dich, du süßes Kind". Dann hört man ein lautes „Schnapp, schnapp", und damit ist das Fistelstimmchen im Wolfsbauch gelandet. So klingt „Rotkäppchen" als akustischer Comic, denn anders kann man diese Version des Märchens, untermalt mit grellen Geräuschen und süßlicher Musik, kaum bezeichnen. Auf Kassette gepreßt, wird diese Verstümmelung des klassischen Märchens in Tausenden von Kinderschlafzimmern abends in einen Recorder eingelegt und ersetzt auf Knopfdruck die Eltern als Erzähler.

„Was Wunder, wenn auch Kinder, die einen solch üblen Verschnitt von Märchen täglich zu hören bekommen, Fernsehsüchtige und Leser billigster Unterhaltungsmagazine werden", wetterte Jürgen Jannings in seinem Vortrag „Märchen auf Kassetten". Fazit seines Referates anläßlich der Tagung der „Europäischen Märchengesellschaft" über „Märchen in Unterricht und Erziehung" in Bad Karlshafen war die dringliche Bitte an Eltern und Erzieher, selber Märchen zu erzählen, um die Phantasie der Kinder anzuregen und die imaginären Kräfte nicht den „Mediengötzen" zu opfern.

Daß Märchen im direkten Kontakt zwischen Erzähler und Zuhörer vorgetragen werden müssen, darüber waren sich alle einig. Wie aber bringt man Kindern von heute Märchen am besten nahe? Welche Märchen wählt man für welches Alter aus? Darf man die Märchensprache mutwillig verändern? Was sagen bestimmte Lieblingsmärchen über die seelische Verfassung von Kindern? Und lassen sich Märchen als therapeutisches Mittel in der Psychiatrie einsetzen? Der Fragenkatalog der diesjährigen Tagung war umfangreich. Und obwohl nicht alle Fragen beantwortet werden konnten, so ließ sich doch als Ergebnis aus den verschiedenen Referaten heraushören, daß Kinder so früh und so oft wie möglich an das Märchen herangeführt werden sollten.

Durch den persönlichen Kontakt zwischen Erzähler und Kind ergebe sich die Geborgenheit, die es dem Kind leicht mache, die oftmals deftige Märchenszene – wie etwa das Gebrüll von Menschenfressern oder die Mordanschläge grimmer Hexen auf die schönen Prinzen – unbeschadet zu überstehen. Im Gegenteil: In vertrauter Umgebung erzählt, könnten Märchen Kindern den Blick für eine Realität öffnen, die nicht beengt eindimensional ist, sondern Traum und Wirklichkeit als Teile einer realen Einheit offenlege.

Walter Scherf, ehemaliger Leiter der internationalen Jugendbibliothek in München, merkte in seinem vorzüglichen und humorvollen Vortrag über „Das Kind als Rezipient des Märchens" an, daß sich im Märchen motivhaft alle Entwicklungs- und Erfahrungsprozesse widerspiegelten, die die Menschheit seit jeher durchlief. Er nannte als Beispiel den Auszug aus der Familie und das damit verbundene Abnabeln von den Eltern, die Bewährungsprobe und die Überwindung von Problemen durch Klugheit und Erfahrung. „Im Märchen finden sich die gesammelten Urweisheiten aller Völker wieder", so Scherf. Durch sie aber könne das Verständnis des Kindes für das Leben geweckt werden. Zugleich aber ließe sich kindliche Aggression auffangen und eine gewisse Sensationslust auf lehrreiche Weise befriedigen. Als krassen Gegensatz zu dieser Form nannte Scherf die Horror-Videos. Hier seien die Kinder den grausamen Szenen schutzlos ausgesetzt. Die Ängste würden hier geschürt, aber – anders als im Märchen – am Schluß nicht abgebaut.

Da Märchen eine Fülle von tiefenpsychologischen Symbolen in sich bergen, benutzen auch immer mehr Psychotherapeuten das Märchen als Mittel zum Erkennen und zur Heilung seelischer Probleme. Prof. Irene Eichberger-Kienerdie, die seit Jahren schon Märchen als therapeutische Waffe gegen Neurosen und Schizophrenie einsetzt, meinte abschließend, neben aller psychologischen Deutelei sei ein Märchen, beim abendlichen Kerzenlicht erzählt, ein besseres Beruhigungsmittel für müde Nerven als warme Milch oder Valium.

MARGARETE von SCHWARZKOPF

JOURNAL

Wenders plädiert für europäischen Filmverleih

AFP, Berlin

Der Regisseur Wim Wenders will zur Verbesserung der Wettbewerbssituation des Autorenfilms einen europäischen Filmverleih gründen. Als Vorbild für dieses Projekt nannte Wenders den amerikanischen Filmverleih United Artists. Finanziert werden sollte das Projekt durch zinslose Darlehen der nationalen Parlamente. Nur so, meinte Wenders, habe der Autorenfilm eine Chance zu überleben.

Frauenskulptur in Samos gefunden

dpa, Athen

Eine überlebensgroße Frauenstatue aus archaischer Zeit (um 570 v. Chr.) ist bei Ausgrabungen des Deutschen Archäologischen Instituts im Hera-Heiligtum von Samos entdeckt worden. Die Marmorskulptur befand sich in einer spätantiken Mauer der „Heiligen Straße", die in das Heraion führt. Die Skulptur, ein Meisterwerk der archaischen samischen Plastik, ist 1,90 Meter hoch und bis auf den Kopf und die linke Hand vollständig erhalten.

Peter-Suhrkamp-Stiftung gegründet

DW. Frankfurt

Mit einem Vermögen von einer halben Million Mark wurde die „Peter-Suhrkamp-Stiftung" ausgestattet, die anläßlich des 60. Geburtstages von Siegfried Unseld, dem Besitzer des Suhrkamp-Verlages, errichtet wurde. Sie will einen „Peter-Suhrkamp-Preis" an Schriftsteller und Wissenschaftler verleihen, außerdem junge Autoren durch Beihilfen und Stipendien fördern und in Not geratene Schriftsteller und Übersetzer unterstützen.

Kammermusik-Woche des Beethoven-Hauses

DW. Bonn

Das Bonner Beethoven-Haus und Beethoven-Archiv veranstalten gemeinsam vom 15. bis 20. Oktober eine Kammermusikwoche. Sie wird mit einem Klavierabend von Rudolf Serkin eröffnet. Außerdem gastieren u. a. das Lieder-Quartett aus Paris, das Klaviertrio Noel Lee, das Melos-Quartett. Dazu kommen Vorträge und eine Ausstellung mit zeitgenössischen Dokumenten zu Beethovens Kammermusik.

Horst Antes im Guggenheim-Museum

dpa, New York

Das Solomon R. Guggenheim Museum in New York zeigt vom 12. Oktober bis zum 25. November Arbeiten von Horst Antes (Karlsruhe). Vorgestellt werden 38 „Votive": Objekte aus dünnem Feingoldblech und Acrylglas, die in den vergangenen drei Jahren entstanden sind. Horst Antes ist nach Joseph Beuys der zweite zeitgenössische deutsche Künstler, der von dem Museum eingeladen wurde.

Neue Abteilung über Brot im Alten Testament

DW. Ulm

Im Deutschen Brotmuseum in Ulm wurde jetzt eine neue Abteilung „Brot im Alten Testament" eingerichtet. Sie zeigt Majolika-Teller und Skulpturen, die biblische



FOTO: BROTMUSEUM ULM

Szenen illustrieren. So z. B. auf einem Holzrelief aus Schwaben (um 1530) König Melchisedek, der vor einem Altar mit Brot und Wein kniet (unser Bild). Außerdem ist in dem Museum eine Sonderausstellung „Unser täglich Brot gib uns heute ..." bis zum 28. Oktober zu sehen.

Zwei Ausstellungen von Werner Tübke

DW. Ravensburg/Nürnberg

54 Aquarelle des Leipziger Malers Werner Tübke zeigt die Albrecht-Dürer-Gesellschaft im Nürnberger Pilatus-Haus bis zum 7. Oktober. Bis zum 30. Oktober ist in der Ravensburger Galerie Döbele außerdem eine Auswahl von 92 Zeichnungen und Lithographien Tübkes zu sehen. Der Katalog, der alle Blätter abbildet, kostet 10 Mark.

Ein Buch will Drahtzieher der Mafia nennen

KLAUS RÜHLE, Rom

Die Enthüllungen des italienischen Ex-Mafia-Bosses Tommaso Buscetta haben eine Lawine von Verhaftungen, Haftbefehlen und Fluchtversuchen ausgelöst. Viele italienische Zeitungen sprechen von einer „geschichtlichen Operation", andere sind vorsichtiger und meinen, zwar habe die Justiz dank Buscetta eine Menge Details über die Organisation der sogenannten „ehrenwerten Gesellschaft" erfahren, doch zum Triumphieren sei kein Anlaß.

Die bisherigen Aussagen Buscettas füllen bereits 700 Protokollblätter. Seine Enthüllungen betreffen neun der vierzehn Mordfälle, deren Opfer Richter, hohe Funktionäre der Polizei und der Carabinieri und ein Journalist waren. Buscetta schweigt sich dagegen bisher über die sogenannten politischen Delikte aus.

Vorwürfe gegen Andreotti

Über die Gründe, die Buscetta veranlaßt haben, gründlich auszupacken und Hunderte von Konsorten hinter Schloß und Riegel zu bringen, besteht kaum ein Zweifel. Ende Dezember 1982 liquidierten Killer der gegnerischen Mafia-Gruppe fast alle seiner Familienangehörigen und Verwandten, weil sie ihn selber im Gefängnis nicht umbringen konnten. Sein jetziger Racheakt stellt fraglos eine große Hilfe für die italienische Justiz dar, bleibt aber von begrenztem Wert, denn die Hintermänner, das heißt die politischen Drahtzieher, bleiben offenbar weiter im dunkeln.

Um dieses Dunkel aufzuhellen, hat der Sohn des am 3. September 1982 zusammen mit seiner jungen zweiten Frau umgebrachten Generals Carlo Alberto Dalla Chiesa ein Buch geschrieben, das am 11. Oktober in Frankreich erscheinen wird und von dem das italienische Wochenblatt „Panorama" Auszüge im Vorabdruck veröffentlicht. Es trägt den Titel „Meurtre imparfait l'affaire Dalla Chiesa" und enthält schwere Anklagen gegen den derzeitigen Außenminister Giulio Andreotti. Autor Nando Dalla Chiesa, 35 Jahre alt, Universitätsprofessor in Mailand, hat sein Buch in Frankreich veröffentlicht, weil er eine Beschlagnahme in Italien befürchtet.

Der Sohn des ermordeten Carabinieri-Generals und Präfekten von Palermo, der vergeblich von der römischen Zentralregierung Sondervollmachten für die Mafia-Bekämpfung gefordert hatte, zitiert unter anderem folgende Tagebuch-Aufzeichnung seines Vaters vom 6. April 1982 über eine Begegnung mit Andreotti: „Ich war sehr deutlich und habe ihm versichert, daß ich keinerlei Rücksicht gegenüber der Gruppe nehmen werde ... Als ich ihm all das sagte, was ich über seine Männer in Sizilien wußte, wurde er blaß."

Andreotti habe diese Worte des Generals als „persönlichen Affront" angesehen.

Sohn des Generals klagt an

Nando Dalla Chiesa behauptet in seiner Anklage, die Italien in helle Aufregung versetzt hat, sein Vater habe vor der Ermordung mehrere Warnungen seitens der ihm feindlich gesonnenen sizilianischen Andreotti-Gruppe erhalten. Auf die Frage Nandos an seinen Vater: „Wer ist denn ausgesprochen gegen dich?" habe der General geantwortet: „Die Andreotti-Gruppe steckt bis zum Halse drin." (Womit vermutlich die sizilianische Mafia gemeint war, die Red.)

Die durch das Buch belasteten Persönlichkeiten aus dem Andreotti-Kreis, darunter der ehemalige christdemokratische Bürgermeister von Palermo, Vito Ciancimino, sind inzwischen aus der Frontlinie zurückgezogen beziehungsweise aus der Partei ausgeschlossen worden. Jetzt wartet Italiens Öffentlichkeit gespannt auf die Reaktion des Außenministers.

Jugendsekten – breiter Angriff auf die Familie

MARGOT SAID-LANG, Bonn

In Bonn fand am Wochenende der 1. Europäische Kongreß der Aktion für Geistige und Psychische Freiheit (AGPF) statt – die Vereinigung der Elterninitiativen gegen das Sektenunwesen. Um herauszufinden, aus welchen Maschen sich die Strickmuster der Verführung zusammensetzen, waren sie an den Rhein gekommen: Psychologen, Ärzte, Politiker, Theologen, Juristen und vor allem Eltern. Betroffene Eltern. Sie alle bemühten sich drei Tage lang, das Dunkel und Halbdunkel eines makabren Bühnenbildes zu beleuchten.

„Familie und destruktive Kulte: Menschenwürde, Recht und Freiheit" war das Motto der Veranstaltung, „eine Demonstration betroffener Eltern, die es nicht mehr hinnehmen werden, daß ihre Kinder von pseudo-religiösen Führern in eine psychische Abhängigkeit gelockt werden; ein internationales Arbeitstreffen, bei dem die Strategien und Praktiken dieser Kulte analysiert sowie Maßnahmen erörtert werden, diesen destruktiven Kulten zu begegnen", so der Vorsitzende Eckart Floether zu Beginn der Tagung.

Diskutiert wurde über folgende Themen: „Sektenarbeit aus politischer Sicht", „Die Missionierung des Westens aus dem Osten", „Die Familie als Schicksal", „Jugendsekten und Hypnose" und „Was ist zu tun?".

Der Angriff auf die bürgerliche Familie durch diese Gruppen erfolge auf so breiter Front – so Floether –, daß es nicht mehr nur Sache der Betroffenen sein könne, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Wenn Kinder und Jugendliche zur Prostitution angehalten würden, wie bei den „Kindern Gottes", wenn, wie bei der „Scientology Sekte" aufmüpfige Mitglieder durch mittelalterliche Strafen gefügig gemacht oder – wie bei den „Moonies" – Jugendliche ihrer Identität beraubt würden, dann seien nicht nur die Betroffenen gefordert, sondern das gehe die Gesellschaft als Ganzes an.

Bereits zu Beginn der siebziger Jahre hätte man aufhorchen sollen, als nach den „Blumenkindern" und „Hippies" eine neue Variante des Aussteigens aus der Gesellschaft um sich griff. Damals tauchten die ersten neo-religiösen Gruppierungen auf, die junge Menschen mit Heilsangeboten betörten, den Weg zur Glückseligkeit im Diesseits versprachen.

Seit den frühen siebziger Jahren ist die Zahl der Gruppierungen und ihrer Tarnorganisationen alarmierend angestiegen. Ebenso wie die Zahl ihrer Mitglieder und Sympathisanten. Mehr als 300 Religionsfirmen sind in Deutschland aktiv, die sich allerdings von der Motivation, Zielsetzung und Größe her sehr unterscheiden. Obwohl ihre Heilsangebote absurd klingen und ihre Werbeargumente wie „Kreative Intelligenz", „Bewußtseinserweiterung", „Permanente Gesundheit", „Totale Freiheit", „Absolute Geborgenheit" phantastischer nicht sein könnten, hätten wir es hier mit einer „Wachstumsindustrie mit Höchstraten" zu tun – so ein Theologe – die im östlichen Heiligenschein aufträte und ihre Mitglieder zum Nulltarif ausbeutete.

Worin liegt die Faszination? Der Pädagoge Martin Blachmann, seit Jahren Referent für neue Weltanschauungsfragen des Erzbistums Köln, sieht die Faszination darin, daß sie eine Sehnsucht und eine Suche erfüllen. Die Suche nach etwas Religiösem, das nicht erklärbar ist, und die Sehnsucht nach der Geborgenheit einer überschaubaren Gemeinschaft in einer Welt der Vermassung; ferner die Suche nach Selbsterfahrung wie -erfüllung und nach der Autorität, die dann in einem charismatischen Führer, einem Idol, einer Vaterfigur gefunden wird. Blachmann: „Die sogenannten Sekten sind in eine Marktlücke gestoßen. Sie nutzen das Defizit innerhalb von Gesellschaft, Kirche und Familie aus".

Auf dem Bonner Kongreß der AGPF nannte Floether drei wesentliche Gründe dafür, daß Menschen sich von ihrer Familie, vom Arbeitsplatz, von Freunden, allen rechtlichen und sozialen Bindungen lösen und in den gefährlichen Sog der Abhängigkeit einer Gruppenideologie geraten:

- Orientierungsschwierigkeiten mit der Gesellschaft und der eigenen Identität
- Persönliche Reifungs- und Entwicklungskrisen und
- eine Desillusionierung mit den bestehenden Institutionen.

Gottfried Kuenzlen, Theologe und Vertreter der evangelischen Zentrale für Weltanschauungsfragen in Stuttgart, sprach von einer „elementaren Orientierungskrise, in die die westlichen Länder zunehmend hineingerissen sind". Diese Krise sowie Einsamkeit und Verlassenheitsängste seien der Nährboden für die Jugendreligionen.

Obgleich wir nun schon über eine Dekade mit ihnen leben, stehen wir noch ganz am Anfang der dringend erforderlichen Beratungs- und Aufklärungsarbeit. Da weder die sogenannten Psycho-Sekten noch die destruktiven Kulte mit offenem Visier auftreten, ist es sehr schwierig, im spirituellen Sumpf der heutigen Sektenszene die Spreu vom Weizen zu trennen. „Wir wissen jedoch, daß hinter den von den Gruppen so sorgsam aufgebauten spirituellen Fassaden meist massive wirtschaftliche und politische Interessen stehen, erklärte Floether.

Die Arbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen sieht eine ihrer Hauptfunktionen darin, als Vermittlungsstelle zu fungieren. „Wir wissen, wo in der Bundesrepublik die Fachleute für die Scientology-Sekte, den Bhagwan-Kult, die Vereinigungskirche und andere mehr sitzen und können daher verzweifelte Angehörige entsprechend verweisen. Wir vermitteln Rechtsberatungen, informieren ratlose Familien – so gut wir können."

Helfen können allerdings nur wirkliche Fachkräfte, die sich intensiv mit den Gruppen auseinandergesetzt haben. Sie müssen in der Lage sein, nicht nur die betroffenen Familien über Herkunft, Zielsetzung, Programmatik und Methodik der jeweiligen Gruppierungen zu informieren, sondern vor allem die ganze Bandbreite der emotionalen Reaktionen aufzufangen. Diese Bandbreite reicht vom spontanen Drang, das Kind den Angehörigen aus den Fängen der Kultgruppe zu retten, über unreflektierte Angriffe gegen die Sekte bis hin zu völlig falscher Resignation.

„Was haben wir bloß falsch gemacht?" ist meist die erste Frage, die betroffene Eltern sich stellen. Dazu Verhaltensforscher Hansjörg Hemminger: „Es gibt kein Familienmilieu, das für eine Kultanfälligkeit prädestiniert ist." Nicht nur könne jeder Mensch jederzeit in eine seelische Krise geraten, sondern aus dieser heraus auch in eine Sekte.

2. Brandanschlag in Hamburger S-Bahn

PETER ZERBE, Hamburg

Ein Sachschaden zwischen fünf und zehn Millionen Mark ist in der Nacht zu gestern durch einen Brandanschlag auf die Hamburger S-Bahn angerichtet worden. Unbekannte hatten wahrscheinlich an der unterirdischen Haltestelle Reeperbahn einen Brandsatz in der 1. Klasse gezündet. Als die Bahn zwei Minuten später in die Station Landungsbrücken am Hafen einlief, standen zwei der drei Waggons in Flammen. Die Feuerwehr hatte große Mühe, sich zum Brandort durchzukämpfen, weil dichte Rauchschwaden aus dem Tunnel aufstiegen. Schon der Triebfahrzeugführer hatte mit einem Handfeuerlöscher versucht, den Brand zu löschen, nachdem er auf das Feuer aufmerksam geworden war. Es ist der zweite Brandanschlag mit Millionenschaden auf die Hamburger S-Bahn. Bereits im April 1980 hatte es im Knotenbahnhof Altona gebrannt. Auch hier war im 1.-Klasse-Abteil Feuer gelegt worden. Damals belief sich der Schaden auf mehr als zehn Millionen Mark.

Schonfrist vorbei

dpa, München

Aus für die „gelbe Karte": Gestern ist auch in Bayern als letztem Bundesland die Schonfrist für Gurtmuffel endgültig abgelaufen. „Maul ned, schnall Di o!" errinerte die Münchner Polizei auf ihren nicht nur bei Sammlern beliebten Plaketten, „ab heute kostet's 40 Mark". Ein Sprecher des bayerischen Innenministeriums versicherte jedoch, daß in Bayern keine gezielte Jagd auf „Oben-ohne"-Fahrer gemacht werde.

Früh am Glimmstengel

dpa, Köln

Schon sechs bis neun Jahre alte Kinder rauchen Zigaretten. Zu diesem besorgniserregenden Fazit kommen umfangreiche Studien in mehreren Großstädten, wie die Düsseldorfer Expertin Professor Ingeborg Kupke in einem Beitrag des „Deutschen Ärzteblattes" schreibt. Unter den 15- bis 19jährigen seien bereits ebenso viele Raucher anzutreffen wie unter Erwachsenen. Bei Schülern von Haupt- und Berufsschulen wurden erheblich mehr Raucher ermittelt als bei Gymnasiasten.

1200 Wespenstiche

dpa, New York

Ein siebenjähriger Junge in Apopka im US-Staat Florida und sein Hund wurden von einem aufgeschreckten Wespenschwarm angegriffen, nachdem sich Kind und Hund mit der Hundeleine in einem Gestrüpp verfangen hatten und nicht fliehen konnten. Der Junge starb an 1200 Stichen.

30-Kilometer-Staus

dpa, Hamburg

Strömender Regen hat gestern früh den Verkehr rund um die Ballungsgebiete an Rhein und Ruhr erheblich behindert. Tausende von Berufspendlern kamen zu spät zur Arbeit, nachdem die Zufahrten rings um Köln, Neuss, Düsseldorf, Duisburg, Bochum und Essen durch Auffahrunfälle blockiert waren. Bis in den späten Vormittag hinein steckten die Kraftfahrer in Staus bis zu 30 Kilometern Länge fest.

LEUTE HEUTE

Jackie dankt

Das Angebot, bei CBS täglich ihre eigene Interview-Show zu haben, lehnte **Jackie Kennedy** (55) dankend ab, obwohl ihr der amerikanische TV-Konzern dafür ein Honorar von vier Millionen Dollar geboten haben soll. Damit wäre sie nach **Johnny Carson** der höchstbezahlte TV-Star überhaupt geworden. Die ehemalige First Lady und zweite Frau von Onassis begründete ihre Ablehnung mit dem Hinweis, sie gehe völlig in ihrem Beruf als Verlagslektorin bei Doubleday in New York auf.

Neues Ziel

Lee Iacocca, der Chef des drittgrößten amerikanischen Autoherstellers Chrysler, wäre bereit, seinen Chefsessel für einen Kabinettsposten aufzugeben. „Unter den richtigen Bedingungen würde ich auch ... unter Reagan dienen", erklärte Iacocca gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Newsweek". Iacocca, der nach acht Jahren bei Ford von Henry Ford II. entlassen worden war, hat die damals vor dem Bankrott stehende Autofirma Chrysler mit Hilfe von Kreditgarantien der Regierung wieder zu einem profitablen Unternehmen gemacht.

Weitblick

In sechs Wochen ist elfter Hochzeitstag bei Prinzessin **Anne** (34) und **Mark Phillips** (35). Aber die Ehe – zwei Kinder, **Peter** (6) und **Zara** (2) – besteht nur noch auf dem Papier. Jetzt zieht Annes heimlicher Freund, der blonde Schauspieler **Anthony Andrews** (36), ganz in die Nähe der einzigen Queen-Tochter. Der gutunterrichtete Klatschkolumnist **Nigel Dempster** (43) gestern in der Londoner „Daily Mail": „Die enge Freundschaft und offenkundige gegenseitige Bewunderung zwischen Anne und Andrews (‚Das Haus am Eaton Place') erreicht demnächst eine neue Stufe." Welche?

Gewaltige Muskelpakete und ein ruhiges Temperament: Brauereirösser in München FOTO: DIE WELT

Der „Wies'n"-Rummel läßt Xaver kalt

R. BORNGÄSSER, München

Sie gehören zur Münchner Wies'n wie der Löwe zum Wappen oder die zweite Maß auf die erste. Mögen auch die rasantesten und ausgeklügeltsten Auto-Scooter ihre wilde Tour ziehen und die Weltraumraketen mit noch so kühnen, waghalsigen Kurven kreisen – die „Stars" des Oktoberfestes sind halt immer noch – die Pferde. Nicht irgendwelche Pferde, sondern die Bräurösser.

Mit schwerem silberbeschlagenen Geschirr prächtig behangen, stehen sie im Vierergespann vor den Bierzelten und lassen sich weder durch die spitzen Entzückungsschreie europareisender Amerikanerinnen noch durch das endlose Klicken der Kameras irritieren. Genüßlich zermahlen die Gäule ihren Hafer aus dem umgehängten Futtersack. Auch durch den Lärm und die Musik aus den Festzelten lassen sie sich nicht aus der Ruhe bringen.

Mitten im Herzen der City liegen die Ställe der Pferde nahe der Brauerei. Tag für Tag brausen hier die Autos vorbei, klingeln die Trambahnen, und kaum ein Passant ahnt, daß neben einem gewaltigen Fuhrpark von Autos sich hier ein veritabler Pferdestall befindet. „Tradition und Liebe zum Tier", meint der Leiter der Fuhrparksverwaltung der Spaten-Brauerei, Ernst Weiss, seien die tieferen Gründe dafür, daß es auch in der heutigen motorisierten Zeit noch Brauereirösser gebe.

Zwölf gewaltige Pferde stehen im Stall. Sie heißen „Lorenz", „Xaver", „Hansl" und sind zwischen acht und zehn Jahre alt. Brauereipferde sind mächtige Kolosse mit starken Knochen und gewaltigen Muskelpaketen, für schwerste Trag- und Zuglasten geschaffen. Ihr Körperbau und das ruhige Temperament stempeln sie zum ausgesprochenen Schrittpferd. Bedächtig schreitend zieht ein solches Gespann 90 bis 100 Zentner über das holprige Straßenpflaster.

Diese Kaltblüter stammen aus Belgien und Dänemark. Wochenende für Wochenende ist Ernst Weiss auf der Suche nach einem geeigneten Pferd. Seine glückliche Hand im Pferdekauf ist sprichwörtlich. Und Stolz schwingt mit, wenn er den Besucher durch die Ställe führt, liebevoll die Eigenarten eines jeden Tieres aufzählt.

Nun ist es nicht so, daß diese Tiere „reiner Luxus" für die Brauerei wären. Vielmehr transportieren die Gäule täglich Bierfässer tonnenweise durch die Stadt. Wie der junge Fuhrmann erzählt, habe er nie Schwierigkeiten, mit seinen Rössern durch den Verkehr zu kommen. Sogar die Münchner Autofahrer, sonst nicht gerade Kavaliere am Steuer, würden besonders rücksichtsvoll an den Tieren vorbeifahren.

Wochenende für Wochenende heißt es für die Pferde zu „üben", im Vierergespann oder gar im Sechsergespann zu gehen. Eine dieser Übungsstrecken ist der Tölzer Berg. Hier gilt es für den Fuhrmann wie für die Pferde, das Beste zu zeigen, geht es doch recht steil nach oben. Die prunkvollen Geschirre, mit denen die Gäule geschmückt sind, werden von Hermann Schiele, einem eigens dafür angestellten Sattlermeister, hergestellt. Schon dessen Vater hatte prächtiges Zaumzeug für Brauereipferde gefertigt.

Während des ganzen Jahres werden die Rösser zu Festumzügen auf bayerischen Volksfesten eingesetzt, als Vorspiel zum großen alljährlichen Festumzug: dem Wies'n-Einzug. Jemand hat einmal gesagt, Bayern hat zwei Festumzüge von Format: die Fronleichnams-Prozession und den Münchner Oktoberfest-Trachten- und Schützenumzug. Der Fronleichnamszug aber ist längst in das Spannungsfeld von Fortschritt und Tradition geraten und hat viel von seiner repräsentativen Prachtentfaltung eingebüßt.

Nicht so der Wies'n-Umzug. Dieser sieben Kilometer lange Festzug, der sich alljährlich zur Festwiese bewegt, ist noch immer Höhepunkt im Münchner Jahr. Begeistertes Klatschen der Zuschauer brandet auf, wenn die festlich geschmückten Gäule im Vierergespann, mit Bierbanzen beladen, gemächlich in die Festwiese einrollen. Dann ist Ernst Weiss, der Fuhrparksverwalter, glücklich. Und nicht nur er. Wer kann sich schon diesem stolzen Anblick der schönen Pferde verschließen, von geübter Hand gelenkt, glänzend im funkelnden Geschirr?

Englands Anwälte gehen über Funk auf Klientenfang

SAD, London

„Hier ist Percy Richer der Erste. Ich bin der erste Rechtsanwalt, der im Rundfunk wirbt. Aber dies ist nicht das letzte Wort, das Sie von mir hören werden." Londons Rundfunkhörer trauten ihren Ohren nicht, als sie nach dieser Einleitung in 90 Werbespotsekunden hörten, was einem so alles passieren kann.

Was macht man eigentlich, wenn man auf der Revierwache ins Röhrchen geblasen hat oder die Bank plötzlich die vorzeitige Rückzahlung eines Kleinkredits verlangt? Für Londoner ist die Antwort nun ganz einfach: Man geht zu Rechtsanwalt Percy Richer in der Kanzlei „Upton, Britton and Lumb" im Stadtteil Streatham. Der hat öffentlich versprochen, daß er jeden Fall billigst lösen werde.

Was deutschen Anwälten auch weiterhin standesrechtlich verboten bleibt, ist den britischen Kollegen ab sofort erlaubt. Sogar in Zeitungsanzeigen dürfen sie für ihre Advokatenkünste werben. In Deutschland ist dagegen schon die Anzeige „Dr. Meier, Rechtsanwalt und Notar, aus dem Urlaub zurück" ein Verstoß gegen die Standesregeln.

Die „Befreiung" der britischen Anwälte hat einen tieferen Grund. England besitzt für seine Anwälte kein strenges Gebührenrecht. In der deutschen „Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung" ist dagegen jeder Pfennig gesetzlich vorgeschrieben. In England haben Mandanten oft den Eindruck, daß ihr Anwalt bei der Gebührenrechnung mehr Phantasie entwickelt als beim Fall selbst.

Um diesen Zustand zu beenden, sah die britische „Law Society" nur eine Möglichkeit. Gebühren sollen künftig schon vorher vereinbart werden können. Das eröffnet jedem Mandanten die Möglichkeit, vorher in mehreren Kanzleien zu fragen, was es denn kosten werde. Am stärksten dürfte sich der Wettbewerb bei den Notaren auswirken, die Grundstücke überschreiben. Im Durchschnitt wird jedes englische Häuschen alle sieben Jahre verkauft – und jedesmal werden die Notariatsgebühren fällig.

Künftig lohnt es sich also, Rundfunkspots zu hören und Zeitungsannoncen zu lesen, wenn man wissen will, wie man sein „Schloß" mit dem geringsten Aufwand an den Mann bringen kann.

WETTER: Schauerwetter

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs über der Nordsee beeinflußt den Osten und Süden Deutschlands. Auf seiner Rückseite fließt mit Schauerstaffeln frische Atlantikluft heran.



Stationen: 17 bedeckt, West Stärke 5, 16°C; ● bedeckt, still; ≡ Nebel; ● Sprühregen; ● Regen; * Schneefall; ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Dienstag:

Im Osten und Süden Deutschlands bedeckt und Regen, im Tagesverlauf dort wie bereits in der Westhälfte Übergang zu wechselnder Bewölkung mit Schauern. Tageshöchsttemperaturen bei 14 bis 17 Grad, in den Kammlagen der Mittelgebirge um 10 Grad. Tiefstwerte nachts 10 bis 7 Grad. Mäßiger, zeitweise frischer Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:

Weiterhin wechselhaft mit Schauern und etwas kühler.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	29°
Bonn	15°	Kopenh.	13°
Dresden	16°	Las Palmas	25°
Essen	14°	London	14°
Frankfurt	19°	Madrid	17°
Hamburg	15°	Mailand	19°
List/Sylt	12°	Mallorca	22°
München	17°	Moskau	10°
Stuttgart	20°	Nizza	22°
Algier	24°	Oslo	12°
Amsterdam	13°	Paris	13°
Athen	26°	Prag	12°
Barcelona	21°	Rom	22°
Brüssel	12°	Stockholm	13°
Budapest	23°	Tel Aviv	29°
Bukarest	23°	Tunis	26°
Helsinki	10°	Wien	19°
Istanbul	24°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.26 Uhr, Untergang: 17.55 Uhr; **Mondaufgang:** 16.07 Uhr, Untergang: 23.49 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„El Negro" – schwarzes Schaf unter Mexikos Polizei

Der tiefe Fall des Arturo Durazo / Der Intimus des früheren Präsidenten Portillo wehrt sich gegen seine Auslieferung

WERNER THOMAS, Mexiko

Er sitzt in einem geheimgehaltenen Gefängnis des Raumes Los Angeles und kämpft gegen einen Auslieferungsantrag der mexikanischen Behörden. „Man kann meinen Mandanten nicht deportieren", sagt der Anwalt Howard Beckler. „Er hat zu viele Feinde in seiner Heimat. Irgend jemand würde ihn umbringen."

Der Mandant: Arturo Durazo, 55, einst Polizeichef von Mexico City. Er wird wegen Steuerhinterziehung, Betrugs, Erpressung, Schmuggelei und des illegalen Besitzes von Handfeuerwaffen gesucht, Delikte, die mit einer Freiheitsstrafe bis zu 34 Jahren geahndet werden könnten. Der frühere Ordnungshüter soll jedoch auch in den Rauschgifthandel und Mordfälle verwickelt gewesen sein.

Durazo, ein kleiner korpulenter Mann, aufgrund seiner dunklen Hautfarbe „El Negro" (der Schwarze) genannt, beherrscht seit Monaten schon die Schlagzeilen der mexikanischen Presse. Er ist die Symbolfigur der Korruptionswelle während der sechsjährigen Amtszeit (1976 bis 1982) des Präsidenten José Lopez Portillo. Er soll, so behauptet jedenfalls sein ehemaliger Vertrauter und Leibwächter José Gonzalez, ein Vermögen von 600 Millionen Dollar besitzen – bei einem monatlichen Gehalt, das umgerechnet 250 Dollar betrug.

Gonzalez hat ein Buch über seinen ehemaligen Boß geschrieben, das bisher eine Rekordauflage von 600 000 Exemplaren erreichte, „Das Schwarze des Schwarzen". Das Druckwerk, das die kriminellen Geschäfte Durazos detailliert schildert, wird nun verfilmt.

Arturo Durazo war ein Jugendfreund des früheren Präsidenten. Er wurde von Lopez Portillo zum Polizeichef ernannt, obgleich ihn die amerikanische Botschaft damals informierte, daß die US-Behörden Durazo als Kokain-Händler verdächtigten. Dennoch avancierte er sechs Jahre lang als Chef des Rauschgiftdezernates auf dem Flughafen von Mexico City zum obersten Kokainjäger.

Der Polizeichef, von Portillo zum Divisionsgeneral ernannt, und vielfach ausgezeichnet (Ehrendoktorwürde, Mitglied der Ehrenlegion des Landes, Mann des Jahres), setzte neue Maßstäbe für den Lebensstil hoher Regierungsbeamter. Er ließ sich zwei Paläste bauen, einen in der Nähe der Hauptstadt, den anderen in der Pazifikmetropole Zihuatanejo, wegen seiner griechischen Säulen „El Parthenon" genannt. Auf dem Privatbesitz entstanden eine Pferderennbahn, eine Hunderennbahn, eine Stierkampfarena, zwei künstliche Seen, ein Kasino, eine Diskothek, dem New Yorker „Studio 54" nachempfunden, und ein Automobilmuseum. Das imposante Anwesen bei Mexico City kann heute von der Bevölkerung besichtigt werden, die Presse taufte es „Museum der Korruption".

Im Mittelpunkt der jüngsten Untersuchungen gegen Durazo steht die Ermordnung von zwölf inhaftierten Bankräubern. Die verstümmelten Leichen dieser Männer trieben vor zwei Jahren im Tula-Fluß des Staates Hidalgo. Ehemalige Polizeibeamte, die wegen dieses Verbrechens angeklagt sind, erklärten, sie hätten lediglich Durazos Befehle ausgeführt. Solche Morde seien öfter vorgekommen. Menschenrechtsorganisationen registrierten 500 Vermißtenfälle während der Präsidentschaft Lopez Portillos. Die Ex-Polizisten berichteten über 18 geheime Gefängnisse, Labors genannt, wo man die Insassen gequält und gefoltert habe.

Arturo Durazo verschwand wenige Tage nach der Amtsübernahme des neuen mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid mit seiner Familie. Er pendelte meist zwischen der holländischen Antilleninsel Curaçao, Montreal und Los Angeles, bis ihn FBI-Agenten am 25. Juni dieses Jahres in Puerto Rico fassten. Er wurde nach Los Angeles gebracht, seinem Wohnsitz in den USA.

Der Häftling hat sich einige der besten Anwälte Kaliforniens genommen, die seine Auslieferung an Mexiko verhindern sollen. Die Entscheidung über den Fall kann Monate dauern. Durazo wollte diese Zeit gegen Hinterlegung einer Kautionssumme auf freiem Fuß verbingen. Das zuständige Gericht lehnte jedoch ab – unter anderem wegen der üppigen Vermögensverhältnisse des Mexikaners. (SAD)

ZU GUTER LETZT

Eine gute politische Jugendsendung ist eine anständig gemachte politische Erwachsenen-Sendung. Deutsches Fernsehen, Programmdirektion Presse und Information.